

Inhalt

1. KURZBESCHREIBUNG	1
1.1 KURZBESCHREIBUNG DES PROJEKTES	1
1.2 PROJEKT IN ZAHLEN	2
1.3 AUFLISTUNG DER FÜR DAS PROJEKT RELEVANTEN INSTITUTIONEN UND ORGANISATIONEN	3
2. ARBEITSBERICHT	4
2.1 AUSGANGSLAGE UND FORSCHUNGSSTAND ZU BEGINN DES PROJEKTS	4
2.2 PROJEKTABLAUF	7
2.3 METHODISCHE VORGEHENSWEISE UND ART DER DOKUMENTATION	9
2.7 BEWERTUNG DER ERGEBNISSE	11
2.8 OFFENE FRAGEN UND WEITERER FORSCHUNGSBEDARF	12
3. ERGEBNISDOKUMENTATION	13
3.1 DOKUMENTATION DER ERMITTELTEN PROVENIENZEN UND VORBESITZER DER ÜBERPRÜFTEN OBJEKTE UND KONVOLUTE - EXEMPLARISCHE DARSTELLUNG AUSGEWÄHLTER EINLIEFERER UND PROVENIENZEN	15
3.1.1 DIE MINISTERIEN DER DDR	23
A) DAS MINISTERIUM DER FINANZEN DER DDR / TRESORVERWALTUNG	23
3.1.2 DIE RÄTE DER GEMEINDEN, STÄDTE, KREISE UND BEZIRKE	31
A) MAGISTRAT VON GROß-BERLIN	33
B) RAT DES KREISES BELZIG	38
C) RAT DER GEMEINDE KLEINMACHNOW	40
3.1.3 ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN IN NACH 1945 UMGENUTZTEN SCHLÖSSERN UND HERRENHÄUSERN - SCHULEN, KINDERHEIME, FERIEHEIME, HEILANSTALTEN	42
A) SCHULEN	43
B) HEILANSTALTEN	46
3.1.4 WEITERE „EINZIEHENDE DIENSTSTELLEN“/VOLLZUGSORGANE	46
A) DAS AMT FÜR ZOLL UND KONTROLLE DES WARENVERKEHRS (AZKW) BZW. DIE ZOLLVERWALTUNG DER DDR	46
B) DIE DIENSTSTELLEN DER DEUTSCHEN VOLKSPOLIZEI	49
C) DIE GENERALSTAATSANWALTSCHAFT GROß-BERLIN	50
3.1.5 MUSEEN IN DER DDR	51
A) DAS MUSEUM FÜR VORGESCHICHTE IN HALLE	55
B) STAATLICHE GALERIE MORITZBURG (HALLE/SAALE)	57
3.1.6 MASSENORGANISATIONEN – BEISPIEL: KULTURBUND	58
3.1.7 ZUSAMMENFASSENDE BETRACHTUNG DER AUSGEWÄHLTEN BEISPIELE	59
3.2 LITERATURVERZEICHNIS UND INTERNETQUELLEN (AUSWAHL)	62
3.3 ABBILDUNGSNACHWEIS	71

1. Kurzbeschreibung

1.1 Kurzbeschreibung des Projektes

Das Museum für Deutsche Geschichte (MfDG) wurde offiziell am 18./19. Januar 1952 gegründet und galt als zentrales Geschichtsmuseum der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).¹ Im Jahr 1990 wurden dem Deutschen Historischen Museum (DHM) im Zuge der Wiedervereinigung die Sammlungen des Ost-Berliner Museums für Deutsche Geschichte übertragen, die seit 1953 im Zeughaus untergebracht waren.

Eine erhebliche Anzahl von Objekten gelangte durch die allgemeine Zugangsart der „Übergabe“ aus staatlichen Quellen der DDR in das historische Nationalmuseum. Häufig zählten staatliche Institutionen und Organisationen der DDR zu den Einlieferern. Daraus ergab sich ein potenziell zu prüfender Bestand von über 50.000 Einzelobjekten (vgl. Tabelle 1). Die sich aus diesem Zugangskontext ergebenden Fragen über die Herkunft der Objekte standen im Mittelpunkt einer zweijährigen, repräsentativen Studie, die von Anfang Oktober 2018 bis Ende November 2020 am DHM und in Kooperation mit dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste (DZK) erarbeitet wurde. Das Projekt widmete sich dabei neben der generellen Erwerbspraxis des MfDG, mit Fokus auf die Aufbauphase des neu gegründeten Museums in den 1950er und 1960er Jahren, auch den Netzwerken der Akteure in Politik, Behörden und der Museumslandschaft der DDR, die hinter den Überweisungen an das Museum standen. Weiterhin wurde ein besonderes Augenmerk auf die Übergaben von Objekten gelegt, die aus den verschiedenen spezifischen Entzugskontexten der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR stammen. Darunter fallen beispielweise die Enteignungen von Schloss- und Gutsbesitzern im Zuge der Bodenreform („Schlossbergungen“) und der Entzug von Eigentum im Zusammenhang mit der Flucht aus der DDR, sog. Republikflucht.

Zu den übergebenden Institutionen gehörten zahlreiche staatliche Institutionen, darunter die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) mit ihren Untergliederungen, der Ministerrat und die Ministerien der DDR, wie etwa das Ministerium der Finanzen, Abteilung Tresorverwaltung, das Ministerium des Innern oder das Ministerium für Staatssicherheit, Exekutivorgane wie die Räte der Gemeinden, Städte, Kreise und Bezirke, die Dienststellen der Deutschen Volkspolizei oder auch die Zollbehörden, aber auch andere DDR-Museen. Neben diesen Institutionen, von denen auch Übergaben enteigneter Objekte an das MfDG zu vermuten oder belegt sind, sandten auch Massenorganisationen der DDR Objekte ein. Neben der Prüfung der museumseigenen Datenbank und der MfDG-Inventarbücher wurden für die Studie insgesamt über 590 Akten gesichtet, allein rund

¹ Siehe zur Gründungsphase insbesondere: Stefan Ebenfeld: Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950 bis 1955), Marburg 2001, S. 61ff.

200 im DHM-Hausarchiv. Zur besseren Einordnung der Übergaben erfolgten in Einzelfällen exemplarische tiefergehende Nachforschungen zu ausgewählten Objekten bzw. Konvoluten.

Anhand des Beispiels des Museums für Deutsche Geschichte wurden durch umfangreiche Bestands-, Quellen- und Literaturrecherchen grundlegende Erkenntnisse über die staatlich gelenkten Bewegungen von Kulturgütern in der DDR gewonnen, die nicht nur als Basis für die vertiefte Provenienzforschung am DHM dienen sollen, sondern auch als beispielgebend für die Erwerbswege anderer Museen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gelten können.

1.2 Projekt in Zahlen

Im ersten Projektjahr konnte mit Hilfe der museumseigenen Objektdatenbank APS ein summarischer Umfang der Zugänge in das Museum für Deutsche Geschichte erhoben werden. Die Zahlen beziehen sich jedoch auf die retrodigitalisierten Objekte, nicht auf den angenommenen Gesamtbestand. Die Anzahl der Objekte, über die das Museum für Deutsche Geschichte vor seiner Auflösung im Jahr 1990 verfügte, liegt bei ca. 450.000 inventarisierten Einzelobjekten. Die unter dem Zusammenhang „Bestand MfDG“ zusammengefassten und digital retroinventarisierten Objekte belaufen sich auf eine Gesamtzahl von 259.252 Einzelobjekten (Stand: 11.06.2019), die sich wie folgt auf die verschiedenen Zugangsarten aufteilen:

Zugangsart	Anzahl
Übergabe	53.576
Schenkung	25.278
Ankauf	83.388
unbekannt	37.298
Sonstige ²	59.712

Tab. 1: Zugangsarten im „Bestand MfDG“, Stand: 11.06.2019

Die für das Projekt vorgesehene Untersuchung der „Übergaben“ hat demnach eine Datenbasis von 53.576 Objekten. Es muss allerdings beachtet werden, dass die Begriffe „Übergabe“ und „Schenkung“ bzw. „Geschenk“ mitunter auch synonym verwandt wurden. Ebenso können sich unter dem Hilfsbegriff „Sonstige“ weitere „Übergaben“, „Übereignungen“ und „Überweisungen“ befinden.

² Unter „Sonstige“ sind alle Zugangsarten subsummiert, die sich nur unter größtem Aufwand einzeln aufführen ließen. Darunter sind beispielsweise Fehl- oder Falscheinträge bzw. Varianten von Einträgen.

1.3 Auflistung der für das Projekt relevanten Institutionen und Organisationen

Nachfolgend ist eine Auswahl der als Einlieferer in das Museum für Deutsche Geschichte recherchierten Institutionen, Behörden, Einrichtungen und Organisationen zu finden, die aus den MfDG-Inventarbüchern und der internen Objektdatenbank zusammengetragen wurden.

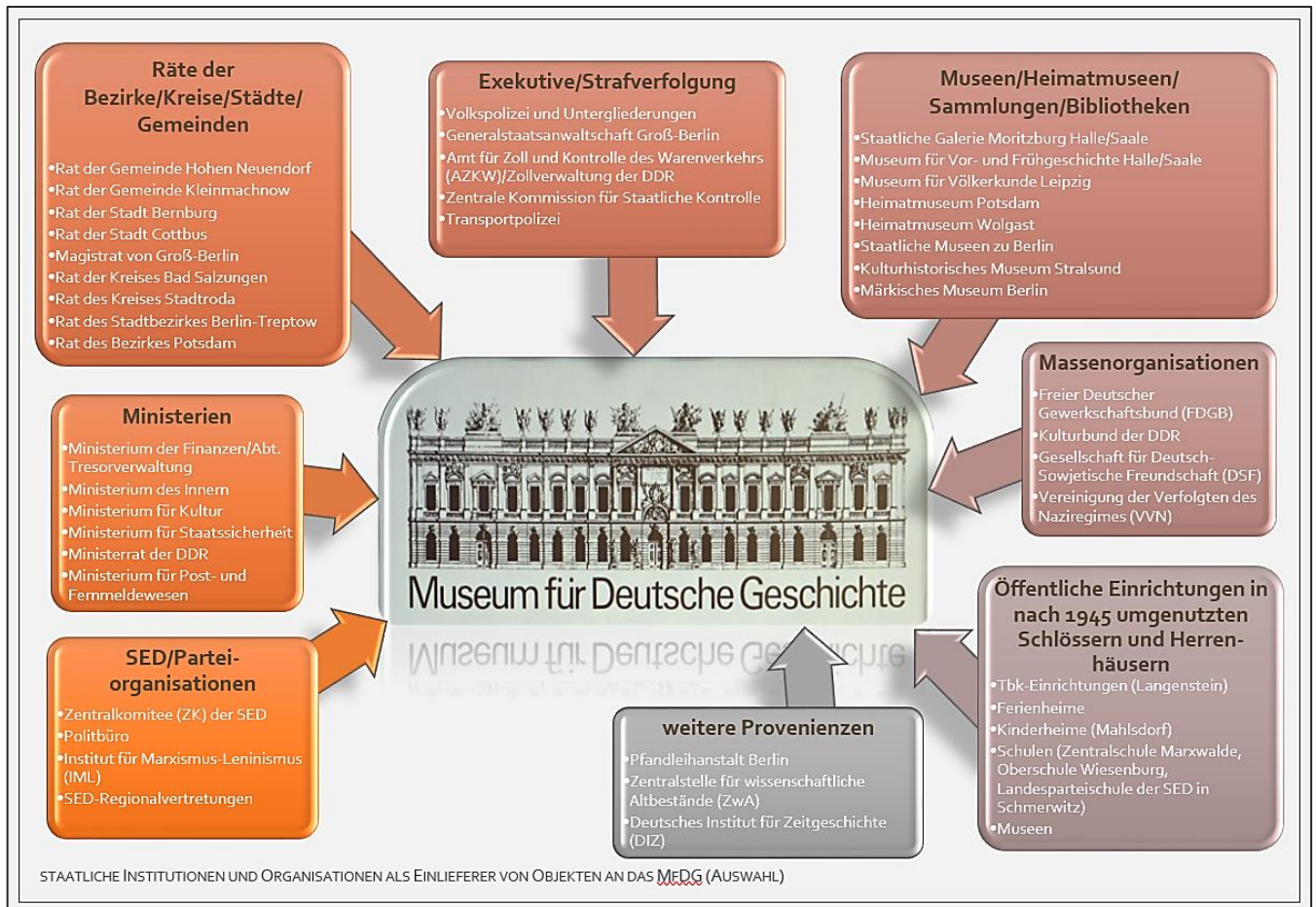


Abbildung 1: Schematische Darstellung der staatlichen Einlieferer aus der Deutschen Demokratischen Republik, die überwiegend in der Aufbauphase des MfDG Objekte übergaben (Auswahl)

Dazu zählen bei den **Ministerien der DDR**: das Ministerium der Finanzen, Abt. Tresorverwaltung, das Ministerium des Innern, das Ministerium für Kultur der DDR, das Ministerium für Post und Fernmeldewesen, das Ministerium für Staatssicherheit, der Ministerrat der DDR, das Staatssekretariat für Hochschulwesen/Ministerium für Hoch und Fachschulwesen.

Bei den **Räten der Gemeinden, Städte, Kreise und Bezirke** sind beispielsweise zu benennen: der Magistrat von Groß-Berlin, die Räte der Gemeinden Hohen Neuendorf und Kleinmachnow, die Räte der Städte Bernburg, Cottbus, Falkensee und Weißenfels, die Räte des Bezirks Potsdam und des Stadtbezirks Treptow (Berlin) sowie Weißensee (Berlin), die Räte der Kreise Bad Salzungen, Belzig, Naumburg und Oranienburg sowie der Rat des Kreises Stadtroda.

Des Weiteren sind die diversen **Untergliederungen der Volkspolizei** (z. B. Präsidium der Volkspolizei Berlin, Bezirksverwaltung der Volkspolizei Schwerin), **Transportpolizei**, **Generalstaatsanwaltschaft**

Groß-Berlin und das **Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW)/ Zollverwaltung der DDR** hervorzuheben. Bei der **SED mit Untergliederungen** sind ferner anzuführen: das Zentralkomitee (ZK) der SED, das Politbüro, Regionale Untergliederungen der SED, das Institut für Marxismus-Leninismus (IML) und das Zentrale Parteiarchiv der SED (ZPA).

Wiederholt kamen auch **öffentliche Einrichtungen** vor, die nach einer Standortüberprüfung in nach 1945 umgenutzten Schlössern und Herrenhäusern ausgemacht werden konnten: zum Beispiel die Tuberkulose (Tbk)-Einrichtung in Langenstein, das Sozialversicherungskasse (SVK)-Heim in Stadtlengsfeld, das Kinderheim in Mahlsdorf, die Zentralschule in Marxwalde (heute: Neuhardenberg), die Landesparteischule der SED in Schmerwitz oder auch die Oberschule in Wiesenburg.³ Zu den überweisenden **Massenorganisationen der DDR** gehörten der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), der Kulturbund der DDR, die Freie Deutsche Jugend (FDJ), die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) und beispielsweise auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).

Überdies sind zahlreiche **Museen der DDR** als Einsender von Objekten zu nennen, unter anderem das Märkische Museum, das Museum für Vorgeschichte und die Moritzburg in Halle, das Museum für Völkerkunde Leipzig, das Museum Schloss Neuenburg/Freyburg, das Heimatmuseum Velten, das Ernst-Moritz-Arndt-Museum in Garz auf Rügen, das Heimatmuseum Potsdam, das Kulturhistorische Museum Stralsund, das Museum Schloss Ettersburg, die Staatlichen Museen zu Berlin, oder auch das Heimatmuseum Plauen, das Städtische Museum Weißenfels und das Heimatmuseum Wolgast. Weitere Institutionen sind die **Zentralstelle für wissenschaftliche Altbestände (ZwA)**, die **Pfandleihanstalt Berlin** und das **Deutsche Institut für Zeitgeschichte (DIZ)**.

Im Zusammenhang mit den angegebenen Institutionen und Organisationen ist zu bemerken, dass oftmals von den entsprechenden staatlichen Stellen sektorenspezifische Objekte übergeben worden sind. So wurden beispielsweise von der Volkspolizei häufig Waffen und Uniformen an den Sammlungsbereich Militaria überwiesen.

2. Arbeitsbericht

2.1 Ausgangslage und Forschungsstand zu Beginn des Projekts

Eine Untersuchung, die sich dezidiert mit der Herkunft und den Quellen der Erwerbungen des Museums für Deutsche Geschichte als dem nationalen Geschichtsmuseum der DDR befasst, liegt bislang noch nicht vor. Die Forschung zum Museum für Deutsche Geschichte beschäftigte sich bis

³ Hilfreich für die Verortung von Museen in Burgen und Schlössern war die im „Handbuch der Museen und Wissenschaftlichen Sammlungen“ angefügte Auflistung. Vgl. Heinz Arno Knorr: Handbuch der Museen und Wissenschaftlichen Sammlungen. Fachstelle für Heimatmuseen beim Ministerium für Kultur, Halle an der Saale 1963, S. 513ff.

dato vornehmlich mit dessen Profil und Ausstellungshistorie.⁴ Nach der Übernahme der Sammlungen des MfDG wurden jedoch verdachtsbezogen einige exemplarische Recherchen durch SammlungskuratorInnen des DHM durchgeführt, die mögliche Erwerbungswege in das Museum für Deutsche Geschichte aufzeigen. Sie sind aber allenfalls Hinweise auf die Notwendigkeit der grundlegenden Untersuchung. Ferner erfolgten in den 1990er und 2000er Jahren Restitutionen von Objekten, die im Zusammenhang mit Enteignungen im Zuge der Bodenreform stehen. Sie wurden in den Untersuchungen des Grundlagenprojektes berücksichtigt und lieferten durch die Eindeutigkeit und Belegbarkeit der Entziehungsvorgänge Erkenntnisse über Personen, Abläufe und Strukturen der Übergaben. Beispielsweise befanden sich im Sammlungsbestand rund 160 Objekte, darunter Gemälde, Möbel, Porzellan und kunstgewerbliche Objekte der Familie Dohna aus dem Schloss Schlobitten. Auf den betreffenden Inventar-Karteikarten wurden die konkreten Einlieferer und Vorbesitzer mit „Rat der Stadt Bernburg, vorm. Fürst von Dohna-Schlobitten“ vermerkt. Die Herkunft der Objekte aus der „Schlossbergung“ im Jahr 1947 war eindeutig nachweisbar. In einem Protokoll vom 14. Juni 1955 wird die Übergabe an das Museum für Deutsche Geschichte dokumentiert.⁵ Letztlich erhielt die Familie Dohna die Objekte in den 1990er Jahren zurück.

Neben den Enteignungen im Zuge der Bodenreform bis 1949,⁶ in deren Folge eine Vielzahl von Objekten in den Bestand des Museums gelangte, ließ sich bereits zu Beginn des Projektes ein weiterer wichtiger Erwerbungsweg feststellen. Die Sowjetunion hatte mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine beträchtliche Anzahl an Kulturobjekten als Kompensation für eigene Verluste abtransportiert. Ab 1955 erfolgten Rückführungen in großem Umfang, auch eher kulturhistorisch interessante Gemälde, Militaria, kunstgewerbliche Objekte, historische Textilien, Leuchter u.Ä. wurden zurückgeführt und in Museen eingeliefert. Dabei ist es oftmals zu unbeabsichtigten, als auch vermutlich billigend in Kauf genommenen Fehlübertragungen an das MfDG gekommen. Erst im Jahr 2017 konnte das DHM beispielsweise sowohl ein Hochrelief als auch ein Gemälde an die Rüstkammer der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden als Nachfolger des Historischen Museums Dresden rückübertragen.

Des Weiteren finden sich in den Inventarbüchern des MfDG auch Hinweise auf Erwerbungen von der Kunst & Antiquitäten GmbH (KuA) – durchaus auch mit Verweisen auf private Vorbesitzer*innen. So bei einer Repetierwindbüchse M1780, bei der neben der Kunst & Antiquitäten GmbH eine private

⁴ Siehe hierzu u.a.: Mary-Elizabeth Andrews: „Memory of the Nation“: Making and re-making German history in the Berlin Zeughaus, Sydney 2014 . Online: <<https://ses.library.usyd.edu.au/handle/2123/11994>> (letzter Zugriff: 21.10.2020) und Ebenfeld 2001.

⁵ DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 024, Bl. 4f.

⁶ Von den Landes- und Provinzialverwaltungen wurden im Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone die Bodenreformverordnungen Anfang September 1945 erlassen. Eine entschädigungslose Enteignung wurde vorgenommen, wenn der gesamte Großgrundbesitz über einer Betriebsfläche von 100 Hektar lag oder unabhängig von der Flächengröße, wenn der Grundbesitz dem ehemaligen Deutschen Reich, Nazi- und Kriegsverbrechern und -aktivisten gehörte, einschließlich der Gebäude, des Inventars etc.

Sammlung in Suhl angegeben wurde.⁷ Die Zusammenhänge zwischen der KuA und möglichen Enteignungen sind bislang nur vereinzelt erkennbar und konnten im Hinblick auf den Projektschwerpunkt nur ansatzweise recherchiert werden.

Eine große Anzahl an Objekterwerbungen fanden sich zu Beginn des Projektes in den vollständig vorhandenen Inventarbüchern aller Sammlungen des MfDG mit der Zugangsart „Übergabe“, deren Einlieferer oder Vorbesitzer staatliche Einrichtungen waren, wie das Institut für Marxismus-Leninismus, das Finanzministerium der DDR, Räte diverser Gemeinden, Städte und Kreise oder das Zentralkomitee der SED. Diesen vielfältigen Einlieferungen und deren Hintergründen galt es dann im Laufe des Projektes so umfassend wie möglich nachzugehen, um kritische Provenienzen aufzuspüren und von unkritischen Provenienzen zu unterscheiden und um Kategorisierungen vornehmen zu können.

An umfänglichen Resultaten durch systematische Erforschungen der Entziehungen von Kunst- und Kulturgut zwischen 1945/1949 und 1989 mangelt es. Für die Erstellung der Studie konnten dennoch einige bestehende Forschungsergebnisse zu den Kulturgutentziehungen in SBZ und DDR von Wissenschaftler*innen und Provenienzforscher*innen genutzt und vergleichend herangezogen werden, darunter veröffentlichte oder persönlich übermittelte Erkenntnisse in diesem Forschungsbereich beispielsweise von der Arbeitsgruppe 1949-89 der Konferenz nationaler Kultureinrichtungen (KNK)⁸, von Alexander Sachse (Museumsverband Brandenburg e.V., u.a. 2018 abgeschlossenes „Pilotprojekt zur Untersuchung kritischer Provenienzen aus der Zeit der SBZ und DDR in brandenburgischen Museen“), Jan Scheunemann (u.a. Untersuchung zur Geschichtspolitik und regionale Museumsarbeit in der SBZ/DDR 1945–1971 sowie Untersuchungen zur Moritzburg in Halle (Saale) als Zentrallager für enteignetes Kunst- und Kulturgut aus der Bodenreform), Ulf Bischof (Kunstrecht, Publikation, 2003: „Die Kunst und Antiquitäten GmbH im Bereich Kommerzielle Koordinierung“), Petra Winter (Zentralarchiv der Staatlichen Museen zu Berlin, Kulturgutentziehungen in der SBZ/DDR, u.a. Forschungsquellen in maßgeblichen Archiven), Gilbert Lupfer, Thomas Rudert und Barbara Bechter (u.a. Provenienzforschungsprojekt „Daphne“ in den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, u.a. auch intensive Recherchen zur „Schlossbergung“ Moritzburg/Haus Wettin, Dresden), Thomas Widera (MfS-Aktion „Licht“ 1962) sowie Uwe Hartmann und Mathias Deinert (DZK, Kunsttransfers und Kulturgutentziehungen in der SBZ/DDR).

⁷ Vgl. Fachbeitrag von Christopher Jütte in Band 3 der Schriftenreihe „Provenire“ des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste, voraussichtliches Erscheinungsdatum ist Anfang 2021.

⁸ Vgl. u.a. Online: http://www.konferenz-kultur.de/Downloads/Tagungen/Tagungsband_Museumsgut_Eigentumsfragen.pdf?m=1367873057& (letzter Zugriff: 05.10.2020). Dort findet man ebenfalls ein hilfreiches Glossar.

2.2 Projektablauf

Im ersten Projektjahr (01.10.2018 – 30.09.2019) begann Christopher Jütte als wissenschaftlicher Projektmitarbeiter,⁹ die für die Studie relevanten Provenienzen innerhalb der digital inventarisierten Bestände aus der ehemaligen Sammlung des Museums für Deutsche Geschichte mit Hilfe der Museumsdatenbank APS, den Inventarbüchern des MfDG sowie dem Hausarchiv zu eruieren. Darüber hinaus erfolgte die quantitative Ermittlung der in der Objektdokumentation als „Übergabe“ bezeichneten Entgegennahmen von Objekten. Den Schwerpunkt der Recherche im DHM-Hausarchiv bildete zunächst die Sichtung und Auswertung der bereits verzeichneten und über ein Karteisystem recherchierbaren Akten. Hinzu kamen ausgewählte Akten aus dem noch nicht verzeichneten Teilbestand „MfDG/Rot“ der MfDG-Überlieferung. Die Annäherung an die diversen Provenienzen erfolgte demnach von zwei Seiten. Zum einen über den offensichtlichen Weg der Prüfung der Einlieferer im Inventarbuch und andererseits über das Feststellen von möglichen kritischen Provenienzen über Hinweise aus der im Archiv überlieferten Korrespondenz, Protokollen etc. Überdies fand im ersten Projektjahr auch die Sichtung einzelner Inventar-Karteikarten statt, die sich jedoch als nicht weiterführend erwies. Die Karteikarten zu den jeweiligen Objekten wurden nach der Inventarisierung erstellt, weswegen die Informationen auf der Karteikarte lediglich die aus dem Inventarbuch spiegeln.

Somit lag bei der Übernahme des Projektes im Oktober 2019 durch die Verfasserin des Berichtes ein erster facettenreicher Überblick über Einlieferer und Überweisungen der staatlichen Institutionen und Organisationen an das Geschichtsmuseum der DDR vor. In der zweiten Projekthälfte (01.10.2019 – 30.11.2020 mit zweimonatiger Verlängerung) konnte folglich eine Vertiefung der Recherchen vorgenommen werden. Der Schwerpunkt dieser Recherchephase lag auf den Übergaben staatlicher Institutionen und Organisationen im Zeitraum der Aufbauphase des Museums für Deutsche Geschichte nach dessen Gründung (1950er und 1960er Jahre), da hier der Erwerbungszuwachs aufgrund des geringen Sammlungsumfanges und des Zeitdruckes, schnellstmöglich Ausstellungsexponate zu präsentieren, am höchsten war. Hinzu kommt, dass in Folge des Zweiten Weltkrieges insgesamt eine hohe Anzahl an Translokationen von Kunst- und Kulturgut in der SBZ/DDR vorlag (Verlagerungen und Rückführungen von Museumsgut, Verteilung von Bodenreformbeständen und herrenlosem Gut, Zurücklassung von Hab und Gut sog. Republikflüchtiger um 1953, etc.). Es ist hervorzuheben, dass das Museum für Deutsche Geschichte in dieser Zeit Objekte aus der gesamten Deutschen Demokratischen Republik erwarb und insbesondere in der Aufbauphase hierfür zahlreiche Erwerbsdienstreisen durchführte.

Vor allem Übergaben vom Ministerium der Finanzen der DDR, Abteilung Tresorverwaltung, von Räten und dem Magistrat von Groß-Berlin, von anderen DDR-Museen und öffentlichen Einrichtungen, die nach 1945 häufig in umgenutzten Schlössern und Herrenhäusern untergebracht

⁹ Die Forschungsergebnisse aus seinem Zwischenbericht wurden in den Abschlussbericht eingearbeitet.

waren, sowie Erwerbungen, die etwa unter Mitwirkung des Kulturbundes in das Museum kamen, wurden in der zweiten Projekthälfte intensiv untersucht. Überdies war es erforderlich, Kontextrecherchen, zum Beispiel im Hinblick

- auf Trägerschaften, Behörden-, Verwaltungs- und Institutionsstrukturen und die entsprechenden schriftlichen Überlieferungen in der Zeit der SBZ/DDR,¹⁰
- auf Sammelstellen und Depots (als Auslagerungsorte, Sammelstellen von Schlossbergungsgut, herrenlosem Gut oder sowjetischer „Kriegsbeute“),
- auf Tätigkeiten von Landes- und Provinzialkonservator*innen, Denkmalpflegern*innen und ihren Mitarbeiter*innen im Zusammenhang mit der Bergung von Objekten während des Zweiten Weltkrieges und der Verbringung von Kunstgut im Zuge der Bodenreform/„Schlossbergung“,
- auf Vermittler*innen von Kunstobjekten oder auch auf Inventarisierungsrichtlinien im Museum durchzuführen.

Zudem wurden mit Hilfe der Museumsdatenbank Adestprüfungen von Objekten vorgenommen, um bei Einzelfällen zu klären, ob sie sich heute noch im Bestand des Deutschen Historischen Museums befinden. Objektbezogene Provenienzrecherchen wurden im gesamten Projektzeitraum durch Datenbank-, Literatur-, Internet- und Archivrecherchen sowie Auskunftsanfragen bewerkstelligt.

Seit Dezember 2018 bis September 2020 erfolgten begleitende Recherchen in externen Archiven wie dem Bundesarchiv, Standort Berlin-Lichterfelde, im Archiv des BStU, dem Archiv des Amtes für Rechtsschutz des Vermögens der DDR (AfR) beim Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV), dem Landeshauptarchiv Schwerin, Landesarchiv Berlin, Landesarchiv Thüringen/Staatsarchiv Meiningen, Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark, Kreisarchiv Oberhavel, Stadtarchiv Weißenfels, dem Hauptstaatsarchiv Dresden, Zentralarchiv der Staatlichen Museen zu Berlin oder auch dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv. Insgesamt konnten 590 Akten gesichtet werden, davon rund 200 im DHM-Hausarchiv.

Zudem konnte mit Unterstützung der studentischen Hilfskraft, Marius Schmidinger, in der zweiten Projekthälfte eine Personendokumentation erstellt werden und Datensätze von 93 Personen, die im Rahmen des Projektes eine Rolle spielten, in der museumseigenen Datenbank APS bearbeitet oder neu angelegt werden. Zudem fertigte Herr Schmidinger ein Organigramm der MfDG-Abteilungen und Mitarbeiter*innen der Aufbauphase des Museums an.

Die Betreuung des Projektes wurde für die gesamte Dauer von Dr. Brigitte Reineke, Leiterin Zentrale Dokumentation und Provenienzforschung am Deutschen Historischen Museum, übernommen. Durch

¹⁰ Siehe hierzu Petra Winter: Von der Sowjetischen Besatzungszone zur DDR. Anmerkungen aus politisch-historischer Sicht., in: Dirk Blübaum, Bernhard Maaz, Katja Schneider, u. a. (Hg.): Museumsgut und Eigentumsfragen. Die Nachkriegszeit und ihre heutige Relevanz in der Rechtspraxis der Museen in den neuen Bundesländern, Halle 2012, S. 45-48.

zweiwöchentliche Jour fixe-Termine mit Frau Reineke konnten aufkommende Fragestellungen und Zielrichtungen besprochen werden.

2.3 Methodische Vorgehensweise und Art der Dokumentation

Methodische Vorgehensweise

Die musealen Objekte, die dem Bestand des ehemaligen Museums für Deutsche Geschichte zugeordnet werden und die über die Zugangsart „Übergabe“ aus staatlichen Quellen der DDR in die Sammlung des Museums für Deutsche Geschichte gekommen sind, bildeten den Kern der zweijährigen Untersuchung. Auf Grund der sehr großen Anzahl an Objekten, die in dieses Raster passen, erfolgte die Ermittlung der Objekte in der Hauptsache datenbankgestützt. Eine Überprüfung in den Inventarbüchern oder den Karteikarten des Katalogisierungssystems des MfDG erfolgte nur unterstützend, da eine vollumfassende, händische Durchsicht sämtlicher Inventarbücher nur unter größtem zeitlichem Aufwand zu bewältigen gewesen wäre.

Unter diesen Vorzeichen wurden zunächst die Objekte des „Bestands MfDG“ ermittelt, die unter „Übergabe“ zu verzeichnen waren. Daraus ergab sich ein potenziell zu prüfender Bestand von 53.576 Einzelobjekten.¹¹ Im nächsten Schritt folgte die Ermittlung übergebender Institutionen, mit besonderem Hinblick auf jene, hinter denen sich der Entzug von Eigentum vermuten lässt. Beispiele hierfür sind die Ministerien der DDR, besonders das Ministerium der Finanzen, Abt. Tresorverwaltung, die Räte der Gemeinden, Kreise und Bezirke oder Exekutivorgane wie die Dienststellen der Deutschen Volkspolizei, des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW) bzw. der Zollverwaltung der DDR. Zur besseren Einordnung der Übergaben erfolgten in Einzelfällen exemplarische Tiefenuntersuchungen. Der zeitliche Schwerpunkt der Untersuchungen wurde, wie eingangs erläutert, auf die Aufbauphase des Museums für Deutsche Geschichte in den 1950er-Jahre und 1960er-Jahren gelegt.

Durch Schlagwortsuchen im umfangreichen Exzerptverzeichnis der gesichteten 201 MfDG-Archivalien konnten gezielt und systematisch Zusammenstellungen und Überblicke für eine spätere Auswertung generiert werden, die sich beispielsweise auf Begriffe wie „Rat“, einzelne Museen oder auch „Bodenreform“ und auch Ministerien bezogen. Diese Filterungen ließen zum Beispiel Rückschlüsse auf Häufigkeiten der Einlieferungen von einzelnen staatlichen Stellen zu. Voraussetzung war eine möglichst einheitliche Verzeichnung der Akteninhalte.

Darüber hinaus wurde versucht, im Verlauf der Projektzeit gezielt indizienbasierte Recherchen durchzuführen. So bildeten bestimmte Parameter, die sich auf Einlieferer und Objektarten beziehen, den Ausgangspunkt, um tiefergehende Recherchen bei Verdachtsmomenten voranzutreiben und

¹¹ Anzumerken ist hierbei, dass der noch nicht elektronisch erfasste Teil des „Bestandes MfDG“ keine Berücksichtigung im Rahmen des Projektes fand.

mögliche Entziehungskontexte zu ermitteln, beispielsweise wenn Räte von Gemeinden, Städten und Kreisen (v.a. Finanz- und Kulturabteilungen) Möbel, Wertgegenstände oder Gemälde mit (Adels-) Porträts übergaben, oder Erwerbungen von der Tresorverwaltung des DDR-Finanzministeriums oder „einziehender Stellen“, zum Beispiel der Volkspolizei, vorgenommen wurden oder auch Objekte aus Schlössern, Guts- und Herrenhäusern in die Sammlungen des MfDG kamen, die in der Nachkriegszeit von öffentlichen Einrichtungen umgenutzt wurden. Hierfür waren zunächst Standortüberprüfungen notwendig. Jedoch kann in solchen Fällen nicht pauschal von Entziehungshintergründen ausgegangen werden oder gar von einer Formel zur Erkennung von Unrechtskontexten gesprochen werden. Letztlich ist immer eine umfassende Recherchearbeit nötig, die im Rahmen des Projektes nur in Einzelfällen unternommen werden konnte. Immerhin kann aber auf diese Weise eine grobe Kategorisierung von Akteur*innen und Vorbesitzer*innen vorgenommen werden und es setzt eine Sensibilisierung ein.

Neben der umfangreichen Recherche in den Akten des DHM-Hausarchivs, in denen zahlreiche Erwerbungsverfahren mit Übergabe-Übernahme-Protokollen und Hintergründe bei systematischer Durchsicht zu finden waren, konnten im Zuge von objektbezogenen Einzelrecherchen über den gesamten Projektzeitraum Provenienzuntersuchungen mit Datenbank-, Literatur-, Internet- und Archivrecherchen sowie mit Auskunftsanfragen an Kolleg*innen des Deutschen Historischen Museums und anderer Museen sowie Mitglieder des Arbeitskreises Provenienzforschung e.V. durchgeführt werden, um weitere Vorprovenienzen und mögliche Entziehungskontexte nachzuweisen.¹² Zu beachten ist hierbei, dass im Zusammenhang der einliefernden Institutionen und Organisationen in zahlreichen Fällen der vormalige Eigentümer (z. B. bei Objekten aus „Volkseigentum“) nicht benannt wurde oder auch der Einlieferer nicht der Eigentümer der übergebenen Objekte war. Teilweise waren mehrere Institutionen, übergeordnete Behörden, Museumsträger und Verwaltungen an einem Übergabevorgang und Genehmigungsverfahren beteiligt, wie zahlreiche Korrespondenzakten im DHM-Hausarchiv belegen.

Dokumentation

Die erstellte wissenschaftliche Studie wird in der Provenienzforschungs-Datenbank Proveana (<https://www.proveana.de/>) veröffentlicht, zudem wird ein Beitrag der Verfasserin über die Projektergebnisse im dritten Band der Schriftenreihe „Provenire“, herausgegeben vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste, im Jahr 2021 erscheinen.

¹² Im zweiten Projektjahr war es zudem möglich, auf Initiative von Christopher Jütte, Carolin Faude-Nagel und der Projektbearbeiterin, eine Arbeitsgruppe „SBZ/DDR“ im Arbeitskreis Provenienzforschung e.V. zu etablieren.

2.7 Bewertung der Ergebnisse

Das Ziel des Projektes war es, einen der umfänglichsten Wege des Objekterwerbs in das staatlich gelenkte Geschichtsmuseum der DDR zu beleuchten. Grundlegende Fragen, die es in diesem Zusammenhang im Projekt zu beantworten galt, waren vor allem diejenigen nach der Herkunft der Objekte: Aus welchen Kontexten stammen sie? Lassen sich Tendenzen und Relationen erkennen? Stammt die Mehrzahl der Objekte aus privatem Eigentum oder eher aus aufgelösten Organisationen? Welches (eigentums)rechtliche Verständnis ergab sich aus dem Terminus „Übergabe“ für das MfDG, oder gibt der Terminus keinen Hinweis auf die genaue Eigentumskategorie? Welche Archivalien führen bei dieser Forschung im Allgemeinen weiter, welche nicht? Welcher Umgang ergab sich vor 1990, nach 1990 und ergibt sich bis heute im DHM aus dem Besitz dieser Objekte?

Nach über zweijähriger, intensiver Recherchetätigkeit kann konstatiert werden, dass eine sehr hohe Anzahl von Archivalien- und Literatursichtungen, umfangreiche objektbezogene Recherchen, Inventarbuch- und Datenbankprüfungen sowie weitreichende Kontextrecherchen dazu führten, einen vielfältigen Überblick über die staatlichen Institutionen und Organisationen und zahlreichen übergebenen Objekte sowie im besten Falle über Vorbesitzer*innen und Entziehungskontexte zu erhalten. Unter Berücksichtigung der immens hohen Anzahl der Übergaben von staatlichen Stellen und des weiten Erwerbungsradius des nationalen Geschichtsmuseums (Gesamt-DDR) kann in der hier dargelegten Studie die Organisation des staatlichen Objekterwerbs durch eine Analyse der zugrundeliegenden Prozesse, Strukturen und Akteure facettenreich aufgezeigt werden. Letztlich mussten im zweiten Projektjahr Schwerpunkte gesetzt werden, um exemplarisch und im verbleibenden Zeitrahmen die komplexen Erwerbungswege einzelner Übergaben staatlicher Stellen nachzuverfolgen und weitere Provenienzen zu ermitteln. Insgesamt ist zu bemerken, dass jeder Übergabevorgang einzeln zu betrachten ist und pauschale Einschätzungen über die Abläufe nur selten erfolgen können. Die Ergebnisse des Projektes stellen deshalb auch nur einen Beitrag zur Erforschung der Kulturgutentziehungen in der SBZ und der DDR dar.

In vielen Fällen war die tatsächliche Herkunft der übergebenen Objekte nur schwer zu ermitteln, wenn beispielsweise Informationen und Dokumentationen nicht vorhanden waren oder sich die schriftliche Überlieferung auf diverse Archive verteilte. Ein Grund hierfür ist beispielsweise die Verwaltungsreform im Jahr 1952, die zur Bildung von 14 Bezirken der DDR führte und mit der das SED-Regime die bis dahin bestehenden Länder aufhob (Abb. 4). Dies führte auch zu Veränderungen in der archivischen Überlieferung.¹³

Die Ermittlung der staatlichen Einlieferer, die Klassifizierung der Überweisungen nach Absendern und die Erörterung der strukturellen Zuständigkeiten und Befugnisse der staatlichen Stellen, vorwiegend im Zusammenhang mit den Möglichkeiten über Kunst- und Kulturgüter zu verfügen oder sie sogar zu

¹³ Vgl. Winter 2012, in: Blübaum, Maaz, Schneider u. a. (Hg.) 2012, S. 47.

entziehen, sie zu verteilen oder das Wissen um den Verbleib entzogener Objekte zu teilen, bildeten die Basis, um weiterführende Recherchen vorzunehmen.

Durch die zeitliche Eingrenzung des Projektes auf die Aufbauphase des Museums nach 1952 konnten umfassende Erkenntnisse über Erwerbsstrategien des Museums, über die Etablierung der Rolle als zentrales Geschichtsmuseum der DDR und über die zahlreichen Kontakte zu staatlichen Institutionen, Behörden, Verwaltungen, Museen und Massen- und Parteiorganisationen gewonnen werden.

Das Museum selbst war allerdings nicht nur passiver Empfänger von Museumsgut, sondern bemühte sich auch selbst um Kontakt zu Institutionen, um an Ausstellungsobjekte zu gelangen. Es konnte aufgezeigt werden, dass sich das Museum gezielt an die Räte der Kreise etc. wandte, um Objekte für die Sammlung zu erhalten. Dabei handelte es sich auch um Objekte, die im Rahmen der Bodenreform in der SBZ enteignet wurden. In manchen Fällen erhielt das MfDG die Hinweise auf Bodenreform-Bestände aus dem Ministerium für Kultur oder auch vom ZK der SED. Die Zugänge erfolgten in der Regel durch „Übergabe“. Ähnlich verhält es sich mit den Ministerien der DDR, die ebenfalls als Einlieferer in den Inventarbüchern auftauchen. Auch von dort kamen die Objekte als „Übergabe“, beispielsweise aus dem Ministerium des Innern. Daneben wurden aber auch Gegenstände von staatlichen Institutionen angekauft, etwa aus dem Ministerium der Finanzen, Abteilung Tresorverwaltung. Deren Verwertungsrichtlinien regelten, dass Objekte an Museen gegen Bezahlung abgegeben werden durften. Dennoch erfolgten von dort wiederum ebenfalls vereinzelt unentgeltliche Übergaben. Ebenso lieferte das Ministerium für Staatssicherheit Objekte an das MfDG. Gerade die Rolle vieler staatlicher Institutionen lässt einen Zusammenhang mit Enteignungs- und Entzugskontexten vermuten.

Der Projektbericht gibt nachfolgend unter anderem Aufschluss über die ermittelte Quellenlage und Aktensituation der stiftenden Institutionen und damit auch über die Möglichkeiten künftiger Provenienzforschung an solchen und ähnlichen Beständen.

Ferner lässt die Studie Rückschlüsse auf mögliche Objektwege anderer, kleinerer und regional situierter Museen in der DDR zu. Prinzipiell soll sie für andere Museen eine Vergleichsbasis bieten.

2.8 Offene Fragen und weiterer Forschungsbedarf

Durch den großen Umfang des Forschungsgegenstandes konnte zwar zunächst ein erster Überblick gegeben und eine komplexe Material- und Hinweissammlung angelegt werden. Die Vorgänge um Objektbewegungen in der DDR im Allgemeinen und Objektzugänge an das MfDG im Speziellen konnten jedoch in vielen Punkten nur in Ansätzen recherchiert werden.

Neben dem auch weiterhin bestehenden Forschungsbedarf zu den im vorliegenden Bericht aufgeführten, exemplarischen Provenienzen existieren noch zahlreiche Bezüge zu weiteren Übergaben beziehungsweise übergebenden Institutionen, denen bisher noch nicht weiter nachgegangen werden konnte. Darunter sind beispielsweise die Übergaben von (Staats-) Geschenken und Nachlässen Wilhelm Piecks, Otto Grotewohls und Walter Ulbrichts. Im Zusammenhang mit der SED selbst bzw. deren Organen, zum Beispiel dem Institut für Marxismus-Leninismus (IML) oder der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED und der Büros Fred Oelßner und Kurt Hager, wären weitere Forschungen im Hinblick auf Überweisungen an das MfDG zu bedenken. Ebenfalls lohnend für Betrachtungen sind die Verbindungen des MfDG zur Zentralstelle für wissenschaftliche Albestände (ZwA). Entziehungen im Zusammenhang mit dem Kulturgutschutzgesetz, Ankäufe vom staatlichen Kunsthandel oder der Kunst und Antiquitäten GmbH fanden aufgrund des Projektziels und fokussierten Zeitraums eine geringe Berücksichtigung. Sie werden am Deutschen Historischen Museum vom wissenschaftlichen Mitarbeiter für SBZ/DDR-Provenienzforschung zukünftig weiter untersucht. Der Begriff der „Übergabe“ selbst und die Möglichkeiten, die sich hinter einer Überweisung verbergen können, unter anderem Einlieferungen von staatlichen Institutionen, von beschlagnahmten Objekten durch die alliierten Besatzungsmächte oder von rückgeführten Objekten kriegsbedingter Auslagerungen sollten ebenfalls weiteren Nachforschungen unterzogen werden.

Darüber hinaus können Untersuchungen zu Sammelstellen und Depots vor allem in Zusammenhang mit der Bodenreform, mit sowjetischer „Beutekunst“ oder mit herrenlosem Gut, zur Arbeit von Provinzialkonservator*innen und Denkmalpfleger*innen, zu Gutachtertätigkeiten, Funktionen und Befugnissen von Museumsmitarbeiter*innen oder auch zum Umgang mit in der Nachkriegszeit untergestellten Objekten (Fremdbesitz) hilfreiche Erkenntnisse im Bereich der Kulturgutentziehungen in der SBZ und der DDR liefern.

3. Ergebnisdokumentation

Einzelne Einlieferungshintergründe und Hinweise auf Vorprovenienzen konnten im Projekt größtenteils nur anhand exemplarischer Tiefenrecherchen zu Objekten nachvollzogen werden. Dementsprechend werden nachfolgend ausgewählte Recherchefälle vorgestellt, um das breite Spektrum an Übergaben von staatlicher Seite aufzuzeigen. Provenienzmerkmale konnten lediglich in Einzelfällen dokumentiert werden bzw. waren bereits in der APS-Datenbank hinterlegt.

Insbesondere die (Weiter-)Verteilung von Bodenreformbeständen, unter anderem über Räte der Kreise, Städte, etc., über Museen oder Sammelstellen, das DDR-Finanzministerium und öffentliche Einrichtungen spielt für den Untersuchungszeitraum eine übergeordnete Rolle und ist bei sehr vielen

Fallbeispielen nachzuweisen. In einigen Fällen besteht zumindest der Verdacht auf einen solchen Entziehungskontext. In diesem Zusammenhang konnten auch lokale und regionale Netzwerke, die zur Beschaffung von Objekten für das Museum für Deutsche Geschichte beitrugen, ermittelt werden.

Als Hindernisse und Schwierigkeiten bei der Erforschung einzelner Objekte sind folgende zu benennen: eindeutige Bestimmung der Werkidentität von Objekten, insbesondere bei kunstgewerblichen, Nachinventarisierungen und damit das Finden von übergebenen Objekten in den Inventaren sowie fehlende Informationen oder Quellen über die tatsächliche Herkunft des Objektes.

Überdies war für die Recherchen ausschlaggebend, sich über das Wirken der verschiedenen Verwaltungseinheiten der SBZ und DDR (mit Umbenennungen, Änderungen durch die Verwaltungsreform, Strukturen, Zuständigkeiten und Zugehörigkeiten) zu informieren und relevante Suchbegriffe bei Archivrecherchen zu nutzen. So muss zum Beispiel beachtet werden, welche Begriffe wo gebräuchlich waren, etwa der Terminus „Schlossbergung“, der ursprünglich im Zusammenhang mit der Bodenreform in Sachsen und der „Sichtung, Bewertung und dem Abtransport der Kunstwerke“ eingeführt wurde.¹⁴ Als Suchbegriff in Findmitteln von brandenburgischen Archiven, wie dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv, liefert er jedoch keine Ergebnisse.

Die vielfältig eingesetzte Bezeichnung „Übergabe“ kann im Hinblick auf eigentumsrechtliche Belange nicht abschließend definiert werden. Nicht per se und ausschließlich wurde dieser Begriff bei staatlichen Übergaben verwandt. Festzuhalten ist, dass mit einer „Übergabe“ generell ein Besitzwechsel vollzogen und gekennzeichnet wird. Eine Hausmitteilung des Abteilungsdirektors Sammlung Rolf Kiaus an den Museumsdirektor Eduard Ullmann aus dem Jahr 1955 gibt einen Hinweis, dass mit der Bezeichnung „Übergabe“ auch ein Eigentumsverständnis verbunden war. Unter dem Betreff „Bemerkungen zum Übergabe-Protokoll Nachlass Thälmann“ führt Kiau aus:

„Mit dem übersandten Übergabe-Protokoll zum Nachlass Ernst Thälmann sind wir nicht einverstanden. Im ersten Satz wird uns der Nachlass übergeben, anschließend wird die Formulierung rückgängig gemacht, indem uns die Gegenstände nur zur Aufbewahrung übergeben werden. Die Formulierung ist so gefasst, dass das MELSt-Institut jederzeit das Eigentumsrecht ableiten kann. Aus dieser Tatsache konnten wir nicht einmal das Recht zu einer ordnungsgemäßen Inventarisierung ableiten.“

¹⁴ Vgl. Sachse 2018, S. 11 (Anm. 21), in: <https://www.proveana.de/de/projekt/zwischen-schlossbergung-und-kommerzieller-koordinierung-pilotprojekt-zur-untersuchung?term=Alexander%20Sachse&context=default&position=18> und <https://www.skd.museum/en/research/skd-archiv-und-dokumente/> (letzter Zugriff: 09.11.2020).

Wir sind der Ansicht, dass in einem Übergabe-Protokoll derartige Vorbehalte nicht enthalten sein dürfen. Bei einem evtl. Bedarf der Möbel durch das MELSt-Institut versteht es sich von selbst, dass wir bemüht sind, zu helfen.“¹⁵

Aus diesem kurzen Abschnitt geht hervor, dass unter einer Übergabe vermutlich ein Eigentumswechsel verstanden wurde. „Übergeben“ wurde in beiden Fällen. Der Zusatz „leihweise“ allerdings erlaubte nur den Besitz-, nicht aber den Eigentumswechsel. Die Frage, die sich ferner stellte: Besaßen diese Übergabeprotokolle Vertragscharakter?

Mit der Inventarisierung oder auch Nachinventarisierung von Objekten im Museum für Deutsche Geschichte ist letztlich der Eigentümerwechsel bei diversen Übergabevorgängen belegbar. Es gab hingegen keine Auflistungen oder Vermerke von als „Fremdbesitz“ geführten Objekten im Museum für Deutsche Geschichte. Leihnahmen und Dauerleihnahmen wurden separat in Verzeichnissen gelistet. In den Schreibanweisungen für Inventarbücher des MfDG findet sich der Begriff der „Übergabe“ nicht. Eine Anleitung, die vermutlich aus dem Jahr 1968/1969 stammt, nennt unter dem Punkt „Art der Erwerbung“: „Kauf, Geschenk, Sammelfund, Ausgrabungsfund, aus staatlichem Eigentum [...]“¹⁶ Ob es bereits vor 1968/1969 eine feste Schreibanweisung für die Art der Herkunft gab, ist bisher noch nicht bekannt. In mehreren Akten des DHM-Hausarchivs aus den 1970er Jahren sind darüber hinaus die ausgefüllten Vordrucke, sogenannte Einlieferungsbelege, nachweisbar, die unter „Art der Erwerbung“ die folgenden Möglichkeiten vorgaben: „Ankaufspreis“, „Tauschvertrag“, „Übergabeprotokoll“ oder „Geschenk“.¹⁷

3.1 Dokumentation der ermittelten Provenienzen und Vorbesitzer der überprüften Objekte und Konvolute - Exemplarische Darstellung ausgewählter Einlieferer und Provenienzen

Das Museum für Deutsche Geschichte erwarb viele seiner Objekte durch Schenkung sowie durch Übergaben bzw. Überweisungen oder Übereignungen. Im Folgenden werden Erwerbskontexte geschildert, die unter Umständen als „kritisch“ betrachtet werden müssen.

Das MfDG war besonders während seiner Aufbauphase in den 1950er-Jahren darauf angewiesen, schnell ausstellungsfähige Objekte zu beschaffen. Nach der Gründung 1952 verfügte das Museum, nebst kleineren Konvoluten, hauptsächlich über die Sammlung des alten Berliner Zeughauses. Die Zeughaus-Sammlung bestand fast ausschließlich aus Militariabeständen, wie historischen Waffen, Uniformen und Orden, und war auch aufgrund der engen Verbindung zu den Hohenzollern und der ideologischen Verknüpfung mit dem „preußischen Militarismus“ nicht für die Präsentation der deutschen Geschichte im Licht der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung geeignet. Durch

¹⁵ Hausmitteilung des Direktors der Abteilung Sammlung, Rolf Kiau, an den stellvertretenden Direktor des Museums für Deutsche Geschichte, Eduard Ullmann, bezüglich des Übergabe-Protokolls zum Thälmann-Nachlass, 24.10.1955, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 030.

¹⁶ Anweisung zur Einteilung des Inventarbuches der Abteilung Fundus, undat., DHM-HArch, MfDG/598, unfol.

¹⁷ Vgl. bspw. DHM-HArch, MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 263.

den Beschluss des ZK der SED vom 13. Dezember 1951 wurde festgelegt, dass das MfDG durch diverse staatliche Institutionen Unterstützung beim Aufbau eines „Archivs“ erhalten sollte.¹⁸ Unter anderem werden das Staatsekretariat für Hochschulwesen, das Ministerium für Volksbildung, die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten (Stakuko), das Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut (MELSt-Institut, später das Institut für Marxismus-Leninismus (IML)) sowie die Massenorganisationen, wie FDGB, FDJ und Kulturbund, in die Pflicht genommen. Die Landes- und Heimatmuseen der DDR sollten ebenfalls den Aufbau des Museums unterstützen.¹⁹ Auch der Wissenschaftliche Rat, der das Museum in Fragen der Geschichtsdarstellung beraten sollte, brachte Ideen zur Beschaffung von Museumsobjekten ein.

In einem im März 1952 entstandenen Protokoll einer Tagung des Wissenschaftlichen Rates des MfDG ist diesbezüglich eine Anregung des Mitgliedes Hermann Weidhaas zu finden: „Wir müssen für unsere Arbeit die ländlichen Bürgermeister usw. mobilisieren. Sie wissen, wo sich wertvolle Originale (Möbel, Bilder, usw.) befinden. Auf diese Weise könnte man solche wertvollen Stücke dem Museum zuführen. Es gibt im Lande eine Kommission für Heimatpflege und Naturschutz, die gern bereit ist, sich aktiv einzusetzen.“²⁰ Zu diesem Zeitpunkt war Weidhaas außerdem Professor für Denkmalpflege an der Hochschule für Architektur in Weimar und versandte im selben Zeitraum ein Rundschreiben über die Landesleitung des Kulturbundes Thüringen an die thüringischen Heimatfreunde, in dem er die Meldung von für das MfDG interessanten Objekten erbat. Darin heißt es:

„Schon am kommenden 1. Mai soll das Museum für Deutsche Geschichte in Berlin so eröffnet werden, dass die Öffentlichkeit ein erstes Stadium seiner Entwicklung und seine Zielrichtung kennenlernen kann. Zu diesem Zweck werden allerlei Gegenstände gesucht, die für die Ausstellung in diesem Museum geeignet sind. Ihnen allen wird etwas Derartiges bekannt geworden sein. Wir wollen grundsätzlich nicht schon vorhandene und vielleicht mit Liebe ausgebaute örtliche Museen zugunsten des beabsichtigten grossen Zentralmuseums in Berlin ausräumen, sondern vor allem das erfassen, was bisher noch nicht seine richtige Stätte gefunden hat. Von der Bodenreform her z.B. werden die ländlichen Bürgermeister Ihnen viele Gegenstände nennen können, die heute noch der Öffentlichkeit entzogen, irgendwo untergebracht sind und es verdienen, in einem größeren Rahmen gezeigt zu werden. Ebenso pflegt in alten Turmgeschossen und Dachböden von Kirchen manches vorhanden zu sein, was ebenfalls sehr in Frage kommt. [...] Gesucht werden durchaus nicht nur Sachzeugen der Spitzenleistung der Kultur, sondern gerade auch solche, die scheinbar ohne erheblichen künstlerischen oder Sachwert sind, aber die gesellschaftliche Epoche, aus der sie stammen, charakterisieren.“²¹

Ein Rückgriff auf Bodenreformbestände wurde also bereits 1952 ins Auge gefasst. Um diese ausfindig zu machen, erfolgte die zitierte Anfrage über den Kulturbund. Im Dezember 1953 wurde in einem

¹⁸ Anlage 15 zum Protokoll Nr. 125 von der Sitzung des ZK der SED vom 13.12.1951, BArch DY 30/55926, Bl. 118ff.

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Protokoll der Tagung des Wissenschaftlichen Rates des MfDG, 01.03.1952, DHM-HArch, MfDG/41, Bl. 28.

²¹ Abschrift eines Rundschreibens von Hermann Weidhaas an die Landeskommision Thüringen der Heimat- und Naturfreunde, März 1952, DHM-HArch, MfDG/458.1, Bl. 122f.

Arbeitsplan der Abteilung Sammlung die „Sicherstellung“ von Bodenreformbeständen zu einer wichtigen Aufgabe der Abteilung Sammlung des MfDG erklärt. Im Arbeitsplan heißt es folgendermaßen:

„Entsprechend der Anregung von Prof. Dr. Weidhaas betrachten wir es als unsere Aufgabe, Kunstwerte aus der Bodenreform sicherzustellen. Um die Erfüllung dieser Aufgaben zu gewährleisten, werden freie Mitarbeiter in der Abteilung zunächst in einem Bezirk der DDR (wahrscheinlich Halle) die noch vorhandenen Bestände erfassen, um eine genaue Auswertung für eine möglichst restlose Erfassung dieser Kunstwerte im Rahmen der DDR durch Regierungsvorlage zu erleichtern. Es ist beabsichtigt, diese Arbeiten im II. Quartal durchzuführen. Diese Arbeiten sind nur in enger Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Hochschulwesen, dem Kulturbund und den Heimatmuseen zu erledigen.“²²

Einige Beispiele für die Verdeutlichung der Netzwerkstrukturen und der Zusammenarbeit mit den Räten von Gemeinden, Kreisen und dem Kulturbund sowie für die Vorgehensweise des MfDG beim Objekterwerb sind im weiteren Verlauf dieses Berichts aufgeführt. Insbesondere an Übergabefällen des Rates des Kreises Bad Salzungen wird ersichtlich, wie umfassend lokale und regionale Behörden, Institutionen und Massenorganisationen zusammenarbeiteten und mitwirkten, um museale Objekte an das Leitmuseum in Berlin zu übergeben. Der Bürgermeister des Rates der Gemeinde Gehaus (Rhön), Landkreis Bad Salzungen, betonte beispielsweise am 21. August 1956, dass es ihm auch in Zukunft eine Verpflichtung sein werde, „unserem Deutschen Geschichtsmuseum beim Aufbau zu helfen“.²³ Lokale Erwerbungsdiensstreisen wurden laut Berichten im DHM-Hausarchiv²⁴ in allen Kreisen der DDR in den 1950er und 1960er Jahren durchgeführt. Auffallend ist sowohl eine besonders hohe Frequentierung der südwestlichen, grenznahen und ländlichen Regionen (Bezirke Suhl, Erfurt, Halle, Magdeburg), um eventuell noch unentdeckte Objekte ausfindig zu machen, als auch die entscheidende Rolle von Vermittler*innen und Hinweisgeber*innen vor Ort. Für die Beschaffung von Objekten im DDR-Grenzgebiet mussten des Weiteren Aufenthaltsgenehmigungen bei der Volkspolizei beantragt werden.²⁵

Bereits in einem Entwurf des Statuts des Museums für Deutsche Geschichte vom 25. Februar 1952 wurden zudem das aktive Vorgehen und die systematische Herangehensweise für den Erwerb von für das Museum geeigneten Objekten festgeschrieben:

„§4 (2) Durchführung wissenschaftlicher Expeditionen zum Studium und zur Herbeischaffung von Dokumenten und Materialien mit dem Ziele der Vervollständigung der Grundbestände, wobei sich das Museum sowohl auf die Hilfe anderer wissenschaftlicher und künstlerischer Einrichtungen wie Museen, Kunstsammlungen, Archive, Bibliotheken [...] stützt, als auch die gesamte

²² Arbeitsplan der Abteilung Sammlung des Museums für Deutsche Geschichte für das Jahr 1954, 04.12.1953, DHM-HArch, MfDG/433, Bl. 174.

²³ DHM-HArch, MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 6.1.

²⁴ Unter anderem geben Dienstreiseberichte, Arbeitsberichte und Schriftwechsel mit Institutionen Auskunft über die Vorgehensweise des MfDG und die Objektermittlung und -auswahl.

²⁵ Vgl. u.a. DHM-HArch, MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 6.2 und MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 7.2.

Bevölkerung zur tätigen Mithilfe auffordert, und um die Übergabe entsprechender Dokumente und Materialien bittet.“²⁶

Nach der Bitte um Unterstützung beim Aufbau der Sammlung, dem Hervorheben der Sammlungsgebiete des MfDG und der Betonung der Zugänglichmachung für einen wachsenden Interessentenkreis wurden Vorbereitungen und Vorbesichtigungen in den Gemeinden durch Museumsmitarbeiter*innen vorgenommen.²⁷ Es erfolgten zudem teilweise erste Vorarbeiten durch kontaktierte Ortsansässige, zum Beispiel in Form von Umfragen, ausgehend von den jeweiligen Ortsgruppen des Kulturbundes oder von Lehrer*innen, die oftmals Mitglieder des Kulturbundes waren.²⁸ Folglich wurden ebenfalls Schüler in die Suche nach musealen Objekten einbezogen.²⁹

Im Zusammenhang mit dem „Beschluss des ZK der SED über die Verbesserung der Forschung und Lehre der Geschichtswissenschaft der DDR“ im Jahr 1955 verstärkte sich noch einmal das Bestreben nach verbesserter Anschaulichkeit der MfDG-Ausstellungen.³⁰ Ziel war es, potenzielle Orte beziehungsweise Besitzer*innen vor Ort ausfindig zu machen. Ferner waren auch Kontakte in die Umgebung eines Ortes von Interesse. An einer Übermittlung von gesammelten Anschriften von Schulen, Bürgermeistern oder Freunden des Kulturbundes oder Anschriften von Besitzer*innen musealer und kulturgeschichtlich wertvoller Gegenstände an zentraler Stelle, zum Beispiel in Schulen oder bei Bürgermeistern, war das MfDG fernerhin interessiert, falls es Schwierigkeiten bei der sofortigen Ermittlung von Objekten gäbe.³¹

Die Befragung der kommunalen Behörden und Institutionen war für das MfDG ebenfalls stets von Vorteil, da davon auszugehen war, dass sie durch ihre umfangreiche Kenntnis der lokalen Gegebenheiten und die notwendige multilaterale Abstimmung über die Herausgabe von Kunst- und Kulturgütern in den meisten Fällen Objekte überreichen konnten, zum Teil gegen Bezahlung, zum anderen Teil unentgeltlich.³² Das Interesse an kostenlosen Übergaben und Überlassungen von Dauerleihgaben war groß, da auf diesem Wege die limitierten Etatmittel vernachlässigt werden konnten. Das vorhandene Wissen um im Ort verbliebene Güter aus der Bodenreform war für

²⁶ Entwurf des Statuts des Museums für Deutsche Geschichte vom 25.02.1952, BArch DR3/4039, Bl. 29f.

²⁷ Es wurden zudem Vorträge von MfDG-Mitarbeitern vor Ort gehalten, unter anderem um die Bedeutung des MfDG hervorzuheben. Vgl. DHM-HArch, MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 6.2

²⁸ Im Jahr 1949 entspricht der Anteil an Pädagogen in Bezug auf die Sozialstruktur des Kulturbundes in der DDR 12,4% und stellte damit nach den Angestellten den zweitgrößten Anteil dar. Vgl. Martin Broszat, Hermann Weber, Gerhard Braas (Hg.): SBZ-Handbuch: Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München, 1990, S. 732.

²⁹ Vgl. u.a. DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 027; MfDG/Rot/vorl. 029; MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 6.2.

³⁰ Vgl. Vorschläge aufgrund des ZK-Beschlusses und entsprechend des Organisationsplanes der Betriebsparteiorganisation (BPO) nach Abteilungsbesprechungen der Abteilung Sammlung am 10., 11. und 12.11.1955, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 029.

³¹ Vgl. Schriftwechsel des MfDG mit dem Lehrer und Kulturbundmitglied Herrn Schnabel sowie mit dem Bürgermeister Herrn Barchfeldt (Rat der Stadt Heldburg, Thüringen) im Jahr 1957, DHM-HArch, MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 7.1.

³² Vgl. „Vorschlag zur Sammlungstätigkeit“ von MfDG-Leiter des Sektors Produktionsmittel Herrn Stein, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 029.

Übergaben essentiell und das MfDG konnte sich somit beispielsweise über beschlagnahmte Möbel im jeweiligen Referat Staatliches Eigentum der Räte informieren. Mit dem Runderlass Nr. XIV/38/48 vom 15. Mai 1948 zeigt sich beispielsweise in Brandenburg, dass die Räte der Kreise und kreisfreien Städte, insbesondere die Landräte und Oberbürgermeister, die Erfassung von nicht-landwirtschaftlichen Gebrauchsgütern und Gegenständen von künstlerischem und historischem Wert aus Schlössern, Herrenhäusern usw. im Zuge der Bodenreform überwachten.³³ Zudem wurden „einzelne Gebäude der Gutsverwaltungen (Herrenhäuser, Schloss, Speicher, Lagerhallen) ebenfalls in Volkseigentum überführt und an Rechtsträger (z. Bsp. Gemeinden, Kreisverwaltungen, Ministerien oder Parteien und Massenorganisationen) übergeben.“³⁴

Neben der Zusammenarbeit zwischen MfDG, Rat der Gemeinde oder des Kreises und Kulturbund, kam es auch zur Kooperation mit Museen, die Hinweise auf Objekte – auch in Privatbesitz geben konnten. Fred Oelßner, ab 1950 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, betonte auf einer Tagung des Wissenschaftlichen Rates im Jahr 1952:

„Werden auch zuerst noch in großem Maße Schrift und Bücher herangezogen werden müssen, so sollte man sich doch bemühen, soweit es möglich ist, Originale zu beschaffen. Es ist bisher auch von uns noch nicht genug getan, um das Museum in den Besitz solcher Dinge gelangen zu lassen. Es liegen viele wertvolle Stücke in den Landes- und Heimatmuseen, in den Archiven und Bibliotheken verstreut. Hier sollte ein Austausch vorgenommen werden. Z.B. fand sich eine Sammlung der Reichsabschiede aus dem 18. Jahrhundert in einer Unterhaltungsbibliothek eines Erholungsheimes.“³⁵

Im Zusammenhang mit der systematischen Vorgehensweise bei der Beschaffung von Objekten für das Museum für Deutsche Geschichte auf Dienstreisen durch die DDR wurde um 1955 auch eine sogenannte Hinweiskartei im MfDG etabliert. So vermerkte man in einem Arbeitsbericht des ersten Quartals 1956 neben einer Notiz über die noch nicht begonnene Aufarbeitung von Bodenreformbeständen, auch wegen ausbleibender Hinweise angeschriebener Stellen, den Beginn der Erstellung einer Hinweiskartei.³⁶ Doch bereits im Arbeitsplan der Abteilung Sammlung des vierten Quartals 1955 wurde die Planung zur Beschaffung von Material aus dem Westen sowie die systematische Ergänzung der Hinweiskartei auf Grundlage der Reiseberichte erwähnt. Allerdings traten sogleich Schwierigkeiten bei der Fortführung der Kartei auf und in einer Aktennotiz über die Erfüllung des zweiten Quartalplanes 1955 (Abt. Sammlung) vom 24. Juni 1955 wurde unter Punkt III.5 festgehalten, dass die Bestände der Hinweiskartei zu gering seien und eine generelle Durcharbeitung

³³ Vgl. BLHA, Rep. 205A MfV, 802, fol. 38 und bpsw. auch Rep. 250 Guben/Ffo 352 (Nichtlandwirtschaftliche Inventarverzeichnisse der durch die Bodenreform enteigneten Familiengüter, Kreis Guben/Frankfurt Oder).

³⁴ Torsten Hartisch: Quellen zur Bodenreform 1945ff. im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, 2018. https://blha.brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/01/Hartisch_Bodenreform_2018_klein.pdf (letzter Zugriff: 06.11.2020).

³⁵ Protokoll der Tagung des Wissenschaftlichen Rates des MfDG, 01.03.1952, DHM-HArch, MfDG/41, Bl. 26f.

³⁶ Vgl. DHM-HArch, MfDG/418, Bl. 307f. und 385.

sämtlicher Reiseberichte zu erfolgen habe.³⁷ Vermutlich wurden Hinweise auf Objekte und Auskunftgeber*innen in bestimmten Orten, Museen, Archiven etc. notiert, vorwiegend auf Grundlage von Dienstreiseberichten, und um mögliche Erwerbungen von Exponaten erwägen zu können. Die Hinweiskartei konnte leider bisher nicht im DHM-Hausarchiv ermittelt werden. Möglicherweise erfolgte eine Verzeichnung von Hinweisen aufgrund des Zeitaufwandes nur für eine kurze Dauer und die Kartei wurde anschließend wieder vernachlässigt. Ein als „Hinweiskarte“ überschriebenes Dokument entdeckte die DHM-Depotmitarbeiterin für Kunstgewerbe, Astrid Zimmermann, zufällig im Juli 2020. Es ist unklar, ob ein Zusammenhang zur Hinweiskartei aus den 1950er Jahren besteht, da es sich hier um ein inventarisiertes Objekt handelt, das unter dem Schlagwort „Deutsches Kreuz“ geführt wurde (Abb. 2).

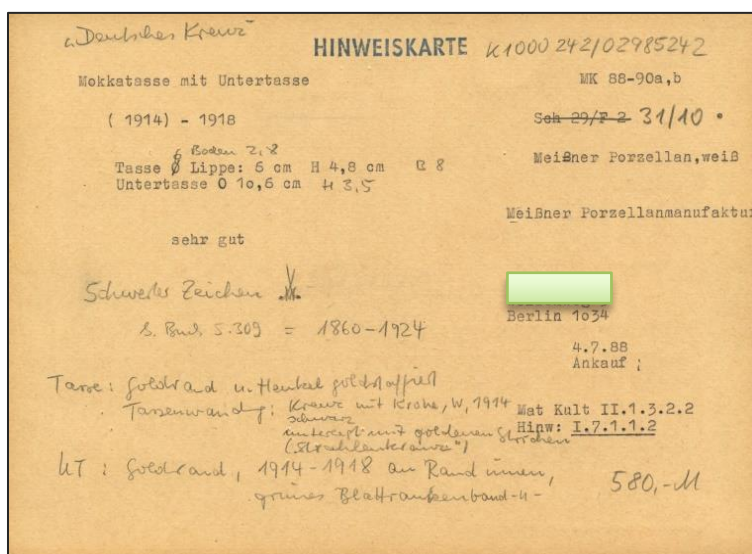


Abbildung 2: Hinweiskartei aus dem Jahr 1988

Stefan Ebenfeld erklärt in seiner Publikation „Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950 bis 1955)“ dazu – ohne die Hinweiskartei explizit zu erwähnen: „Die Bestände anderer Museen wurden durch das Museum für Deutsche Geschichte dahingehend erfaßt, ob sie sich für dessen Belange eigneten, was bei den betroffenen Museen die Angst vor verordneten Entnahmen weckte“³⁸ und zitiert den MfDG-Mitarbeiter und Sammlungsleiter Helmut Eschwege, der über den Ankauf und die Registrierung von Objekten bemerkte, dass vieles erfasst wurde, was noch im Besitz anderer Museen und auch in Privatsammlungen vorhanden war.³⁹

Am 6. September 1971 wurde in einem Dienstreisebericht zusammengefasst, dass die Sammlungsreisen insgesamt sehr „nutzbringend“ seien. Man erhielt Einblicke in Bestände, Heimatmuseen, Ausstellungen und Sammlungsweisen und fördere die persönlichen Kontakte, insbesondere bei Neuerwerbungen sei die Unterstützung durch Leiter der Heimatmuseen wichtig.

³⁷ Vgl. DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 029.

³⁸ Ebenfeld 2001, S. 114.

³⁹ Vgl. Helmut Eschwege: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991. S. 67f. Zitiert nach Ebenfeld 2001, S. 115.

„Als Gegenleistung könnten die Heimatmuseen durch Leihgaben, Beratungen und kleine Sonderausstellungen von uns [MfDG, Anm. der Verf.] unterstützt werden.“⁴⁰

Durch die Mitwirkung von Kulturabteilungen, der Abteilung Finanzen, Staatliches Eigentum oder der Volkspolizei konnte darüber hinaus zurückgelassenes oder eingezogenes Gut etwa von „Republikflüchtigen“ bereitgestellt werden. Sehr häufig findet man eine Beteiligung von Heinz Levien, Mitarbeiter Sammlung, Sektor Kunst, an diesen Übergabevorgängen. Auch bei der Abholung von Objekten, die durch MfDG-Mitarbeiter erfolgte, taucht sein Name in den MfDG-Unterlagen auf.

Insbesondere durch Aufrufe in verschiedenen Medien, wie Rundfunk und Zeitung, mobilisierte das MfDG in den 1960er Jahren die Bevölkerung zur Unterstützung der Sammlungsarbeiten durch Abgabe von museumswürdigen Objekten.⁴¹

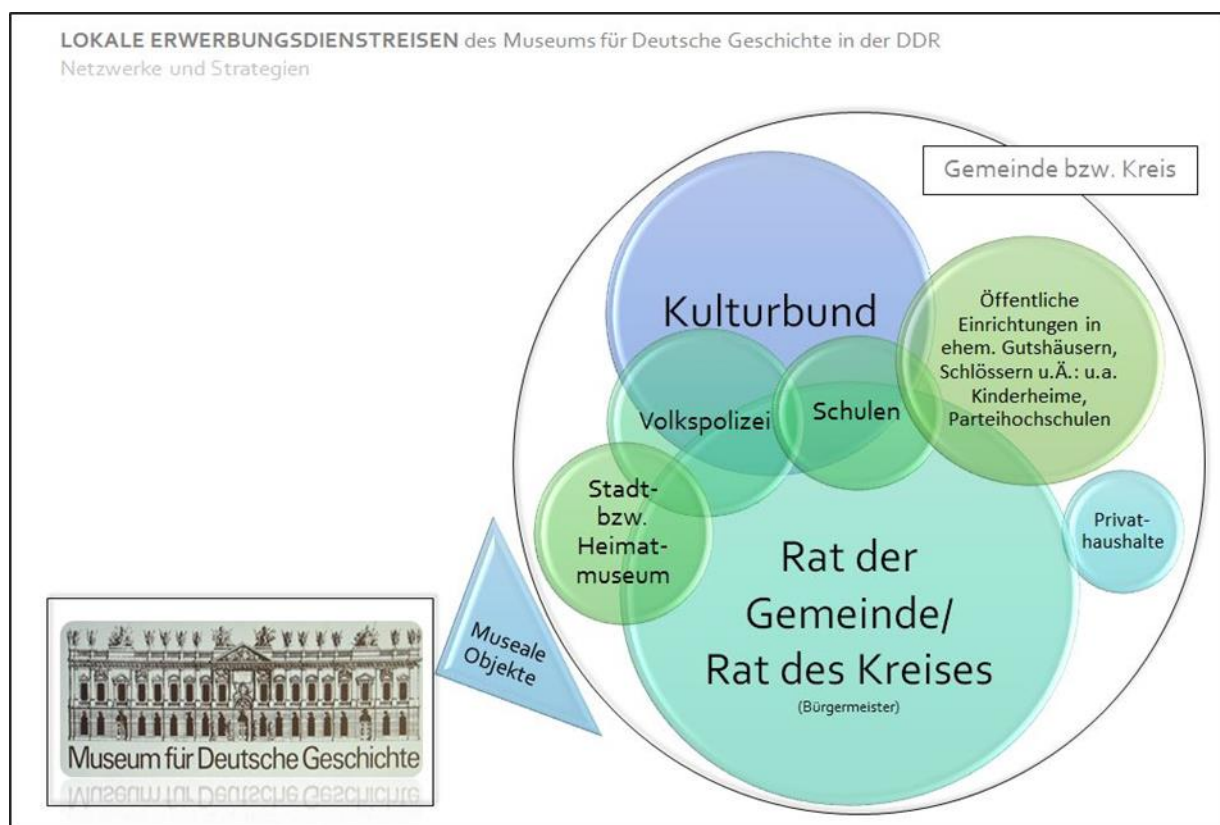


Abbildung 3: Schema zum systematischen territorialen Sammeln des MfDG – Zusammenarbeit lokaler Institutionen, Behörden und Einrichtungen in den 1950/60er Jahren

⁴⁰ Bericht vom 06.09.1971 über die Dienstreise vom 24.-27.08.1971 nach Gotha, Saalfeld, Jena, Weißenfels und Umgebung, unterzeichnet von den MfDG-Mitarbeitern Kölling, Kunter und Henniger, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 1040.

⁴¹ Vgl. z. B. DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 538; MfDG/Rot/vorl. 925 und MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 254.1.

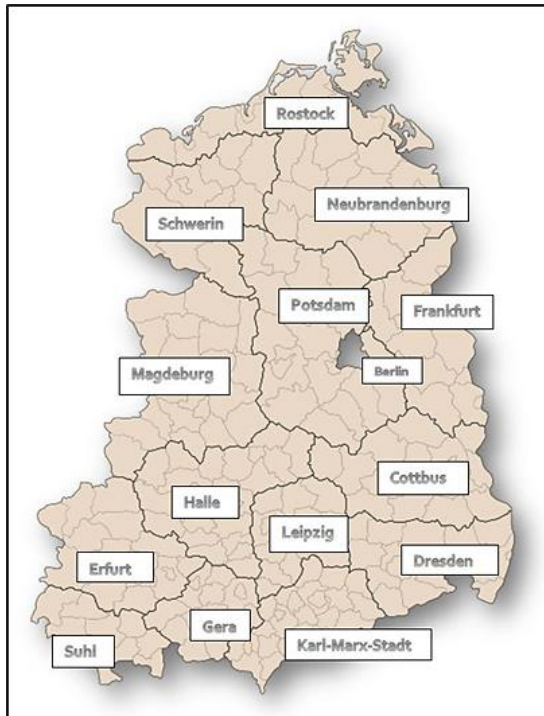


Abbildung 4: Die Bezirke der DDR, 1968

In den 1970er-Jahren, als die museale Darstellung der DDR verstärkt in das Zentrum der Arbeit des MfDG rückte, gewann die Zusammenarbeit mit den Massenorganisationen, wie z.B. dem FDGB zusätzlich an Bedeutung. Gesammelt wurden verstärkt Objekte, die das Schaffen der SED, der Institutionen und Organisationen der DDR in den Vordergrund stellten. Zudem waren Institute und Organisationen verpflichtet, Material abzugeben, das ihre eigene Geschichte dokumentiert.⁴²

Für die 1970er-Jahre sind auch Bemühungen des MfDG nachweisbar, Zugriff auf Kunstgegenstände zu bekommen, die aus Straf- oder Steuerverfahren stammen. In einem Schreiben an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen erkundigt sich Ingo Materna, zu dem Zeitpunkt amtierender Direktor des MfDG, nach der Möglichkeit, Zugriff auf derartige Objekte zu bekommen:

„Im Rahmen einer planmäßigen zielgerichteten und ökonomischen Erwerbungspolitik für unsere Sammlungen bitten wir um Auskunft und Unterstützung zu folgendem Problem:

- Kann das Museum Gegenstände aus
1. steuerrechtlich eingezogenem Besitz,
 2. strafrechtlich eingezogenem Besitz,
 3. Nachlässen etc.
 4. Zollrechtlich eingezogenem Besitz in Auswahl entsprechend der

⁴² Vgl. Grundsätze für den Aufbau des Museums für Deutsche Geschichte (1951), Punkt 10, DHM-HArch, MfDG/040, Bl. 23.

Sammlungskonzeption für die einzelnen Bestandsgruppen erwerben bzw. sofern in Staatseigentum übergegangen, als Dauerleihgabe erhalten?“⁴³

Besonders das Einziehen von Eigentum durch steuerrechtliche Verfahren war ein Kennzeichen der ab 1973 wirkenden Kunst und Antiquitäten GmbH (KuA) des Bereiches Kommerzielle Koordinierung im DDR-Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung.⁴⁴ Sollten also Objekte aus diesen Kontexten in die Sammlung gekommen sein, bringen sie dieselben in direkte Verbindung mit der KuA. Zum Schluss dieses Abschnitts sei noch auf die 1990 erfolgte Liquidation der KuA hingewiesen. Das MfDG nutzte die Gelegenheit des Vorkaufsrechts, das den Museen der DDR eingeräumt wurde, um mehrere hundert Objekte aus dem Lager in Mühlenbeck zu kaufen. Auch wenn diese Objekte nicht in die Kategorie der „Übergabe“ fallen, so sei auch hier auf den zukünftigen Forschungsbedarf hingewiesen.

3.1.1 Die Ministerien der DDR

In den MfDG-Inventarbüchern finden sich viele Ministerien der DDR, darunter das Ministerium der Finanzen, das Ministerium des Innern, das Ministerium für Kultur, das Ministerium für Nationale Verteidigung, das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen sowie das Ministerium für Staatssicherheit oder der Ministerrat. Im Anschluss wird nur ein Ministerium als Einlieferer exemplarisch vorgestellt.

a) Das Ministerium der Finanzen der DDR / Tresorverwaltung⁴⁵

Die Abteilung Tresorverwaltung wurde im März 1953 auf Beschluss des Zentralkomitees (ZK) der SED als selbstständige Abteilung des Ministeriums der Finanzen der DDR gegründet.⁴⁶ In einer als streng vertraulich eingestuften Hausmitteilung der Abteilung Tresorverwaltung an den damaligen stellvertretenden Finanzminister der DDR, Martin Schmidt, die eigentlich die geplante Eingliederung

⁴³ Schreiben des amtierenden Direktors des Museums für Deutsche Geschichte, Ingo Materna, an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Abteilung Bibliotheken und Museen, Herrn Stangl, bezüglich Erwerbungen aus steuerrechtlich oder strafrechtlich eingezogenem Besitz, 20.01.1978, DHM-HArch, MfDG/252.

⁴⁴ Siehe hierzu: Ulf Bischof: Die Kunst und Antiquitäten GmbH im Bereich Kommerzielle Koordinierung, Berlin, 2003 (Schriften zum Kulturgüterschutz, Band 9).

⁴⁵ Zunächst wurde 1946 die „Bankentreuhandstelle“ bei der Deutschen Zentralfinanzverwaltung errichtet, die nachfolgend bis 1950 als Bankenkommission für die „Sicherstellung der Geschäftsunterlagen und Wertpapiere der Hauptsitze geschlossener Banken“ im Ostsektor Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg zuständig war. Zur Organisation und Struktur der Abteilung Tresorverwaltung beim Ministerium der Finanzen sowie zu deren Verwertungspraxis siehe auch: Ronny Licht: Wettiner Provenienzen in Berliner Museen. Untersuchung zu Erwerbs- und Verwertungsstrategien von Kunst- und Kulturgut durch das Ministerium der Finanzen der DDR, Halle an der Saale 2018 (unveröffentlichte Masterarbeit).

⁴⁶ Vgl. Hausmitteilung der Abteilung Tresorverwaltung an den Stellvertreter des Ministers der Finanzen, Martin Schmidt, 6.12.1955, BArch DN 1/3439.

der Abteilung Tresorverwaltung in die Hauptabteilung Valuta des Finanzministeriums behandelt, beschreibt sich die Abteilung und ihre Aufgaben wie folgt:

„Die Abt. Tresorverwaltung ist die zentrale Verwertungsstelle für alle in der DDR und dem demokr. Sektor von Gross-Berlin eingezogenen und gepfändeten Wertgegenstände und Kostbarkeiten wie

echte Schmuckwaren, Korpuswaren, Bestecke, Uhren und Münzen,
Edel- und Halbedelsteine,
echtes Markenporzellan,
echte Teppiche, Brücken, Gobelins, etc.,
Briefmarkensammlungen,
wertvolle Gemälde, Graphiken, Skulpturen usw. sowie
andere Gegenstände, die einen besonderen Kunstwert haben.

Diese Waren werden nach Auf- oder Umarbeitung bzw. Restaurierung dem staatl. Einzelhandel oder, soweit sie musealen Charakter haben, den staatl. Museen verkauft. Exportfähige Waren werden ausgeführt.“⁴⁷

Die Tresorverwaltung war demnach auch für den Verkauf von Objekten verantwortlich, die musealen Charakter hatten. Im folgenden Absatz wird beschrieben, woher die Wertgegenstände in die Tresorverwaltung kamen:

„Einlieferer sind alle einziehenden Dienststellen (Verw. Staatl. Eigent., Volkspolizei, Staatsanwaltschaften, AZKW usw.) sowie alle pfändenden Dienststellen (UA Abgaben, Gerichtsvollzieher usw.). Außerdem leiten uns alle kommunalen Pfandleihanstalten ihre verfallenen Pfänder zu.“⁴⁸

In der Auflistung der hier genannten Einlieferer sind demnach viele der Institutionen aufgeführt, die für die DDR-Provenienzforschung als kritische Provenienzen bezeichnet werden können wie die Volkspolizei oder die Verwaltungen staatlichen Eigentums.

Die vom Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Materialversorgung, Alfred Binz⁴⁹, herausgegebene „Rundverfügung über die Behandlung eingezogener Gegenstände und Waren“ vom 12. Oktober 1953 regelte bereits, welche Waren auf welche Weise der Tresorverwaltung zugeführt werden sollten.⁵⁰ In Bezug auf die eingezogenen Gegenstände besagt die Verfügung §1, Absatz 2:

„Für die Verwertung sind die staatlichen Organe verantwortlich, die die Sicherstellung bzw. Beschlagnahme veranlasst haben. Für Wertgegenstände und andere Kostbarkeiten gelten die Bestimmungen des §2 Ziff. 7.“⁵¹

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Alfred Binz war in den 1950er-Jahren der Leiter des Staatlichen Komitees für Materialversorgung sowie stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission. Siehe Eberhard Kuhrt (Hg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft - Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999 (Am Ende des realen Sozialismus), S. 502.

⁵⁰ Rundverfügung über die Behandlung eingezogener Gegenstände und Waren, 12.10.1953, BADV, AfR-Archiv, Bestand Tresorverwaltung, Akte Nr. 17, unfol.

⁵¹ Ebd. § 1, Absatz 2.

Der §2, Abs. 7 umfasste einen Großteil der Objekte, die für eine Abgabe in ein Museum in Frage kommen konnten. In dem Absatz heißt es:

„Wertgegenstände und Kostbarkeiten wie:

a) Gegenstände aus Edelmetall (Gold, Silber, Platinmetall, Rhenium) und zwar alle Gegenstände, die ganz oder teilweise aus Edelmetall bestehen, wobei der Feingehalt keine Rolle spielt sind der Deutschen Notenbank, Berlin, Aufgabengebiet Edelmetalle, Berlin C 111, Unterwasserstr. 5/10 über die Bezirksfilialen zuzuleiten.

b) Edelsteine, Halbedelsteine, Diamanten,

c) Gegenstände aus echtem Markenporzellan,

d) echte Teppiche,

e) Briefmarkensammlungen,

f) wertvolle Bilder,

g) andere Gegenstände, die einen besonderen Kunstwert haben, sind dem Ministerium der Finanzen, Tresorverwaltung, Berlin C 111, Unterwasserstr. 5/10, zuzuleiten.“⁵²

Geändert hat sich diese Praxis spätestens 1956 mit der Einrichtung des Staatlichen Kunsthandels der DDR ein Jahr zuvor. In der Ergänzung zur zuvor zitierten Rundverfügung von 1953 wurde folgendes festgelegt:

„Auf Grund der Eröffnung von HO-Briefmarkengeschäften im demokratischen Sektor von Groß-Berlin und der Schaffung des Staatlichen Kunsthandels (HO) hat sich eine Überprüfung der Rundverfügung des staatlichen Komitee's [sic!] für Materialversorgung vom 12.10.1953 und der Richtlinie 4/54 des Staatssekretariats für innere Angelegenheiten vom 15.4.54 notwendig gemacht.

1) Danach erhält der §2 Ziff. 7 der Rundverfügung des ehem. Staatlichen Komitee's [sic!] für Materialversorgung vom 12.10.1953 mit Wirkung vom 1.2.1956 die folgende, vom Vorsitzenden der staatlichen Plankommission bestätigte Neufassung:

„Wertgegenstände und Kostbarkeiten wie

a) Gegenstände aus Edelmetall (Gold, Silber, Platinmetall, Rhenium) und zwar alle Gegenstände, die ganz oder teilweise aus Edelmetall bestehen, wobei der Feingehalt keine Rolle spielt,

b) Edelsteine, Halbedelsteine, Perlen,

sind dem Ministerium der Finanzen, Tresorverwaltung, Berlin C 111, Unterwasserstr. 5-10, über die Filialen der Deutschen Notenbank zuzuleiten.

c) Gegenstände aus echtem Markenporzellan,

d) echte Teppiche,

e) wertvolle Bilder und

f) andere Gegenstände, die einen besonderen Kunstwert haben,

sind dem Staatlichen Kunsthandel (HO), Berlin O112, Stalinallee 366 – soweit möglich über die Filialen der Deutschen Notenbank – zuzuleiten.

g) Briefmarken und Briefmarkensammlungen

⁵² Ebd. §2, Absatz 7.

sind dem Großhandelskontor für Kulturwaren, Niederlassung Berlin, Handelsabteilung Philatelie, Berlin W 8, Friedrichstrasse 63 – soweit möglich über die Filialen der Deutschen Notenbank – zuzuleiten.“⁵³

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Abteilung Tresorverwaltung mindestens in den frühen 1950er-Jahren eine zentrale Rolle bei der Verwertung von Kulturgut spielte. Da einziehende Dienststellen beteiligt waren, zirkulierten unter anderem auch Objekte aus Enteignungen im Zusammenhang mit der Bodenreform („Schlossbergungen“) in der SBZ oder auch von aus der DDR Ausgereisten bzw. „Republikflüchtigen“.

Ferner nahm Ost-Berlin eine Sonderrolle ein, da es hier zwischen 1951 und 1953 zur Erfassung und Verwertung von in den Altbanken lagernden Schließfächern und Verwahrstücken kam, teilweise von unbekannten Eigentümer*innen. Die Tresore wurden zuvor vom DDR-Finanzministerium übernommen.

„In den Jahren 1951-53 wurde von der Obersten Staatsanwaltschaft und der Deutschen Volkspolizei im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Wertgegenstände und Kostbarkeiten der Sammlung Moritzburg eine gründliche Überprüfung der in den Tresoren der in den Berliner Altbanken lagernden Schließfächer und Verwahrstücke vorgenommen.“⁵⁴

Ausschlaggebend für die Öffnung waren demnach unter anderem die späten Beschlagnahmungen von Kunst- und Kulturbesitz der Wettiner (Albertinische Linie) im Schloss Moritzburg (Dresden) und Umgebung, die um 1950 im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft (Heinz Lipka) erfolgten. Die Objekte wurden in das Finanzministerium nach Berlin verbracht und an Museen veräußert.

Durch die Umnutzung von ehemaligen Bankgebäuden in Berlin nach 1945 kam es ferner zu Räumungen von Dienstzimmern bzw. -gebäuden oder Tresoren, unter anderem aufgrund des Platzbedarfes, z. B. in der Reichsbank (Erweiterungsbau), in die das DDR-Finanzministerium zog⁵⁵ oder in der ehemaligen Dresdner Bank-Filiale, die erst Sitz der Bezirksleitung der SED geworden war und anschließend bis 1990 von der Staatsbank der DDR genutzt wurde.

Darüber hinaus wurden in den Berliner Banken Objekte untergestellt. Als Auslagerungsort von Museen während des Zweiten Weltkrieges konnte etwa die Reichsbank von der Nationalgalerie und dem Märkischen Museum genutzt werden. Auch weiteres fremdes Schutzgut oder aber auch eingezogenes Gut konnten während der Zeit des Nationalsozialismus deponiert werden. In den

⁵³ Ergänzung der Rundverfügung vom 12.10.1953 des staatlichen Komitees für Materialversorgung, 01.03.1956, BADV, AfR-Archiv, Bestand Tresorverwaltung, Akte Nr. 17.

⁵⁴ Aus einer Akte mit dem Titel „Schließfächer der Altbanken. - Ausarbeitung der DNB vom 11. Dez. 1961 zum Befehl 01 der SMAD“, BArch, DN 6/1066. Freundl. Hinweis auf die Akte von Thomas Widera, 12.12.2019.

⁵⁵ Siehe hierzu auch den Fall zu einem Möbelstück, das vermutlich im Zuge der „M[öbel]-Aktion“ in die Reichsbank gelangte und 1952 über das Ministerium der Finanzen der DDR an das Märkische Museum übergeben wurde. Vgl. <https://www.stadtmuseum.de/aktuelles/verschlungene-wege>.

1950er Jahren mietete das Museum für Deutsche Geschichte interessanterweise Kellerräume als Magazine im Gebäude des DDR-Finanzministeriums an.⁵⁶

Für die Abgabe von Wert- oder Kunstgegenständen an Museen wurden Regelungen getroffen. In einem Schreiben Willi Georginos, zu dem Zeitpunkt Staatssekretär im Ministerium der Finanzen, an das Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 11. Mai 1954 heißt es unter dem Betreff „Übernahme von Kostbarkeiten und Edelmetallen für Museen und ähnliche Einrichtungen“:

„Die von der Abteilung Tresorverwaltung des Ministeriums für Finanzen den Museen und sonstigen Einrichtungen angebotenen Edelmetallwaren und Kostbarkeiten, die für die Übernahme in Museen usw. geeignet sind, sind von den Übernehmenden grundsätzlich aus Haushaltsmitteln entsprechend den Schätzungswerten zu bezahlen.

Sofern das Staatssekretariat für Hochschulwesen es für erforderlich hält, solche Wertgegenstände für Universitäten usw. zu übernehmen, obwohl Haushaltsmittel nicht mehr bereitstehen, richtet das Staatssekretariat für Hochschulwesen einen entsprechenden Antrag an das Ministerium der Finanzen – Hauptabteilung Finanzierung der staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen-.“⁵⁷

Dem Schreiben kann entnommen werden, dass eine Übergabe an Museen ohne eine finanzielle Gegenleistung nicht vorgesehen war. Ob durch den beschriebenen Antrag bei der Hauptabteilung Finanzierung der staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen dann doch eine Übergabe ohne Bezahlung erwirkt werden konnte oder ob in diesem Fall beispielsweise Sondermittel bereitgestellt wurden, kann noch nicht gesagt werden.

Nach diesen generellen Vorbemerkungen soll nun ein Blick auf die Verbindung der Tresorverwaltung mit dem Museum für Deutsche Geschichte geworfen werden. Das Ministerium der Finanzen der DDR, besonders die Abteilung Tresorverwaltung, taucht häufiger als Vorbesitzer in den Inventarbüchern des MfDG auf, knapp 470 Einzelobjekte sind über das Ministerium in die Sammlungen des MfDG gekommen. Unter diesen Objekten befinden sich Gemälde, historische Dokumente, zum Beispiel frühneuzeitliche Urkunden, Gläser, Gemälde, Porzellan, Münzen und Schmuck. Als Zugangsarten sind sowohl Ankäufe als auch Übergaben vermerkt.

Die ersten Sammlungszugänge stammen aus dem Jahr 1954. In einer Aktennotiz vom 19. Juni 1954 hielt der damalige Abteilungsdirektor der Sammlung, Rolf Kiau, den Inhalt eines Gesprächs fest, das er mit Wilhelm Tümmel, Oberreferent in der Tresorverwaltung, geführt hat. Tümmel informierte ihn darüber, dass sich in der Tresorverwaltung, unter anderem Ölgemälde, Akten der Deutschen Bank und der Dresdner Bank sowie andere Gegenstände befänden, die vom Ministerium der Finanzen an

⁵⁶ Vgl. Schreiben von Reinhold Specht, stellvertretender MfDG-Abteilungsdirektor an MdF, Allgemeine Verwaltung, Herrn Schmitz, 06.07.1954, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 221.

⁵⁷ Schreiben des Staatssekretärs im Ministerium der Finanzen, Willi Georgino, an das Staatssekretariat für Hochschulwesen zur Übernahme von Kostbarkeiten und Edelmetallen durch Museen, 11.05.1954, BADV, AfR-Archiv, Bestand Tresorverwaltung, Akte Nr. 17, unfol.

geeignete Institutionen verkauft werden sollen.⁵⁸ Darunter waren auch vier Ölgemälde⁵⁹, deren Herkunft im Laufe des Projektes durch Recherchen im Bundesarchiv Lichterfelde näher bestimmt werden konnte. In der bisher unbekannten Bundesarchivakte mit der Signatur BArch DY 30/93315 konnte die Projektmitarbeiterin konkrete Tresorinhalte der geschlossenen Berliner Altbanken und eine bedeutende Liste mit den „Anordnungen der Tresore (Bezeichnung)“ entdecken. Somit ist nun eine Entschlüsselung der in vielen Übergabelisten lediglich mit Buchstaben angegebenen Bankhaustresore möglich (z. B. entspricht Tresor F dem Tresor der Dresdner Bank, Berlin, Behrenstr.). Die vier Gemälde stammen aus dem Keller des Finanzministeriums (= Tresor J)⁶⁰ und waren vermutlich zuvor Ausstattungs-Kunstwerke von Bankgebäuden. Die Finanzierung des Ankaufs sollte laut Aktennotiz direkt zwischen dem Ministerium der Finanzen und dem Staatssekretariat für Hochschulwesen verabredet werden.⁶¹ Am 30. Juni 1954 verfasste der MfDG-Mitarbeiter, Reinhold Specht, eine weitere Aktennotiz, die die Ankaufsmodalitäten beschreibt. Darin heißt es:

„Kollege Tümmel vom MdF – Abt. Tresor-Verwaltung, Telefon 200501, Ap. 2843 – rief an und teilte mit, dass nach Rücksprache mit dem Staatssekretariat für Hochschulwesen, die vom Kollegen Kiau besichtigten Museumsstücke von uns erworben werden können. Er bat, dass ein bevollmächtigter Vertreter des Museums die Gegenstände aufnimmt, beurteilt und abschätzt und ein Verzeichnis derselben an das Staatssekretariat für Hochschulwesen weitergeleitet wird. Das Staatssekretariat für Hochschulwesen hat sich bereiterklärt, die Stücke alsdann dem Museum zu überreichen. [...]“⁶²

Am 23. Juli 1954 fand eine weitere Besichtigung der Bestände in der Tresorverwaltung statt, an der von Seiten des MfDG Rolf Kiau, Eduard Ullmann als stellvertretender Direktor des Museums und Heinz Levien, Mitarbeiter des Sektors Kunst der Abteilung Sammlung, teilnahmen.⁶³ Ende August 1954 wandte sich Kiau dann in einem Schreiben an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Frau Meyns. Kiau schrieb:

„Auf Wunsch des Ministeriums für Finanzen, Kollegen Tümmel, übersenden wir Ihnen eine an uns gerichtete Rechnung mit der Bitte um Kenntnisnahme und sachliche Richtigezeichnung. Zur Erklärung unserer Bitte ist folgendes auszuführen: Es handelt sich bei den aufgeführten Gemälden und Gegenständen um solche, die im Besitz der Tresorabteilung des Ministeriums für Finanzen sind. Die Preise sind in Übereinstimmung mit dem Kollegen Tümmel von uns festgesetzt worden. Zur Erklärung der verhältnismäßig niedrigen Preise bei den Gemälden muß berücksichtigt werden, daß es sich zum großen Teil um unsigned Bilder handelt

⁵⁸ Vgl. Aktennotiz Rolf Kiaus zu einem Gespräch mit Herrn Tümmel vom Ministerium der Finanzen, Abteilung Tresorverwaltung, 19.06.1954, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 029. Die Aktennotiz enthält auch eine Liste der angebotenen Objekte.

⁵⁹ Bernhard Plockhorst: „David Justus Ludwig Hanseemann“ nach 1862, Hugo Vogel: „Porträt Wilhelm Herz“, 1904, Richard Pfeiffer: „Schiffe der Kurbrandenburgischen Flotte“, vor 1954 und „Kurfürst Friedrich Wilhelm auf dem Eis vor Königsberg“, vor 1954.

⁶⁰ Vgl. BArch DY 30/93315, Bl. 110.

⁶¹ Vgl. ebd.

⁶² Aktennotiz von Reinhold Specht vom 30.06.1954 sowie Aktennotiz Rolf Kiaus vom 20.07.1954, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 029.

⁶³ Vgl. ebd.

(wahrscheinlich Kopien). Da in anderen Fällen die Preissetzung nicht durch Mitarbeiter des Instituts erfolgt, das den Ankauf vornimmt, bittet der Kollege Tümmel, da es sich hier um einen Ausnahmefall handelt, um die Befürwortung des Staatssekretariats. [...]“⁶⁴

Die von Seiten des MfDG gewünschte Zustimmung zum genannten Prozedere ist bisher noch nicht bekannt, das Verfahren scheint aber dennoch genehmigt worden zu sein. Am 9. November 1954 ging beim Museum für Deutsche Geschichte die Rechnung über die getätigten Ankäufe ein.⁶⁵ Mehrere einzelne Übergabe-Übernahme-Protokolle listen einen Teil der zu der Rechnung gehörenden Objekte auf.⁶⁶ In den Protokollen werden insgesamt 48 Einzelobjekte angeführt, in der Hauptsache Meißner Porzellan, aber auch Gemälde und Druckgrafik. Die Protokolle scheinen jedoch nur einen Bruchteil der 1954 aus dem Finanzministerium angekauften Objekte aufzulisten, denn eine Datenbankabfrage zu dieser Provenienz für den Zeitraum 1954 ergibt insgesamt 175 Einzelobjekte.

Ein weiterer Ankauf wurde durch das MfDG im September 1955 getätigt. Laut Museumsdatenbank wurden 57 Einzelobjekte in Form von Glaswaren erworben. Das für den Zeitraum gültige Wert-Ausgangsbuch der Tresorverwaltung listet unter der laufenden Nummer 711 den Verkauf von 30 Positionen an das MfDG für den 26. September 1955 auf.⁶⁷ Weiterhin genannt wird die Rechnungsnummer 213. Die Überprüfung der Rechnungsnummer im Ausgangs-Rechnungsbuch 1955-1960 zeigt, dass die Tresorverwaltung am 23. September 1955 eine Rechnung in Höhe von 2.600 Mark für das MfDG ausgestellt hat.⁶⁸ Die Rechnung wurde allgemein für „Glas“ ausgestellt.⁶⁹

Sowohl die 1954 angekauften Porzellangegegenstände als auch die Glasobjekte aus dem Ankauf 1955 weisen eine sächsische Provenienz auf.⁷⁰ Die Objekte stammen vermutlich größtenteils aus dem Schloss Moritzburg und Umgebung. Eine Akte aus dem Bestand des Ministeriums der Finanzen der DDR, die im Bundesarchiv verwahrt wird, beinhaltet umfangreiche Listen von durch die sächsische Landespolizei beschlagnahmten Objekten aus den Jahren 1950/1951.⁷¹ Die konfiszierten Gegenstände wurden durch den Oberstaatsanwalt Heinz Lipka an das Ministerium der Finanzen übergeben. Unter den Objekten befinden sich auch zahlreiche Glas- und Porzellangegegenstände, die

⁶⁴ Schreiben Rolf Kiaus an das Staatssekretariat für Hochschulwesen, Frau Meyns, 20.08.1954, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 025, Bl. 273.

⁶⁵ Vgl. Rechnung des Ministeriums der Finanzen, Abt. Tresorverwaltung für das Museum für Deutsche Geschichte, 09.11.1954, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 025, Bl. 285.

⁶⁶ Vgl. Übergabe-Übernahme-Protokolle zwischen dem Ministerium der Finanzen, Abt. Tresorverwaltung und dem Museum für Deutsche Geschichte, Abteilung Sammlung, Sektor Kunst, undat., DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 025, Bl. 287-292.

⁶⁷ Vgl. Wert-Ausgangsbuch der Abteilung Tresorverwaltung, begonnen am 14.11.1953, BADV, AfR-Archiv, Bestand Tresorverwaltung.

⁶⁸ Buch mit Ausgangs-Rechnungen 1955-1960 der Tresorverwaltung, BADV, AfR-Archiv, Bestand Tresorverwaltung.

⁶⁹ Siehe hierzu auch: DHM-Blogbeitrag von Doris Kachel: „Gläsernes Glücksspiel“ (14.04.2020), <http://www.dhm.de/blog/2020/04/14/glaesernes-gluecksspiel/> (letzter Zugriff 14.10.2020).

⁷⁰ Eine ausführliche Schilderung zu der Entziehung des wettinischen Eigentums in Sachsen mit besonderem Schwerpunkt auf der Moritzburg siehe: Ronny Licht: Wettiner Provenienzen in Berliner Museen, 2018.

⁷¹ Siehe hierzu: BArch DN 1/34014.

Monogrammierungen und Aufschriften tragen, die die Objekte in die Nähe der Wettiner rücken. Das MfDG wiederum kaufte, wie bereits geschildert, 1954 auch Porzellan von der Tresorverwaltung. Dieses Porzellan weist ähnliche Aufschriften wie die Stücke auf den Beschlagnahmungslisten auf.⁷² Weitere Recherchen stehen noch aus.

In einer Akte des Hauptstaatsarchives Dresden wurde in Zusammenhang mit diesen Beschlagnahmungen auch die „Sicherstellung und Einziehung“ von historischen Dokumenten aus dem Kunstgewerbemuseum in Dresden am 22. Mai 1951 protokolliert.⁷³ Sie gelangten ebenfalls zur Aufbewahrung in das Finanzministerium der DDR nach Berlin⁷⁴ und wurden anschließend bei den Staatlichen Museen zu Berlin untergestellt,⁷⁵ bis sie 1953 nach einer Abstimmung der beiden für die Museen zuständigen Behörden, der Stakuko für die SMB und dem Staatssekretariat für Hochschulwesen für das MfDG,⁷⁶ an das Museum für Deutsche Geschichte überwiesen wurden. In einem Arbeitsplan für das Jahr 1955 heißt es unter Punkt 6c: „Katalogisierungsarbeiten, der von den Staatlichen Museen 1953 übergebenen und bisher noch nicht aufgearbeiteten Originaldokumente, schätzungsweise 1100 Einzelstücke“.⁷⁷ Im MfDG-Zugangsbuch für das Jahr 1953 sind lediglich die Staatlichen Museen Berlin als Einlieferer benannt. Ein Übergabevorgang ist im DHM-Hausarchiv nicht nachweisbar. Die ursprüngliche Herkunft konnte nur durch bereits zuvor unternommene, umfangreiche Recherchen zur Tresorverwaltung im SMB-Zentralarchiv im Rahmen eines Volontariats ermittelt werden.

Das MfDG kaufte jedoch nicht nur museale Objekte von der Tresorverwaltung, sondern erhielt von dieser auch einige übergeben. So verzeichnet das bereits oben zitierte Wert-Ausgangsbuch unter der laufenden Nummer 733 für den 14. Oktober 1955 den Ausgang von insgesamt 16 Positionen an „Büchern und diversen Objekten“. Anstelle der sonst üblichen Rechnungsnummer wird „Kostenlose Übergabe“ vermerkt.⁷⁸ Im zweiten Projektjahr konnte ein Übergabe-Übernahme-Protokoll mit „entschädigungslos“ zur Verfügung gestellten Objekten, wie Kartenstichen, Büchern und diversen

⁷² In diesem Zusammenhang waren unter anderem folgende Akten des Hauptstaatsarchivs Dresden für die Recherchen relevant: HStAD, 11402 Hauptverwaltung der Staatlichen Museen, Schlösser und Gärten, Nr. 19 (Beschlagnahmung von Kunstgütern des ehem. Hauses Wettin in Reichenberg bei Moritzburg und auf Schloss Moritzburg, 1947); 10716 Haus Wettin Albertinischer Linie e.V., Nr. 0343 (Verzeichnis der dem Haus Wettin gehörenden Dekorationsgläser) und 11378 Landesbehörde der Volkspolizei, Nr. 961 (Beschlagnahmungen im Zuge der Suche nach Objekten des Schlosses Moritzburg).

⁷³ Vgl. HStAD, 11378 Landesbehörde der Volkspolizei, Nr. 961, Bl. 252ff. Sie wurden vermutlich im Dresdner Kunstgewerbemuseum mit anderem „Schlossbergungsgut“ der Moritzburg nur untergestellt und stammen ebenfalls aus ehemaligem Wettiner Eigentum.

⁷⁴ Vgl. BArch DN 1/34014.

⁷⁵ Vgl. hierzu auch Recherchen in Licht 2018 (unveröffentlicht), S. 81.

⁷⁶ Vgl. Schreiben der Stakuko, Hauptamt Bildende Kunst, Abt. Kunstsammlungen und Denkmalpflege an Staatssekretariat für Hochschulwesen vom 13.03.1953 mit Betreff: „Beschlagnahmte Objekte (vertraulich)“, SMB-ZA, II/VA 1191.

⁷⁷ DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 029. Es sind von diesem großen Konvolut bisher nur wenige Dokumente in der DHM-Sammlung nachweisbar.

⁷⁸ Wert-Ausgangsbuch der Abteilung Tresorverwaltung, begonnen am 14.11.1953.

Waffen vom 14. Oktober 1955 im DHM-Hausarchiv registriert werden.⁷⁹ Auf Grund der nur sehr vagen Beschreibung der übergebenen Objekte konnten noch nicht alle im heutigen DHM-Bestand identifiziert werden.

Zuletzt sei hier noch ein Übergabevorgang aus den späten 1970er-Jahren erwähnt. Aus der Objektdokumentation der Sammlung Dokumente/1 des DHM liegt ein Übernahme-Übergabe-Protokoll vor. Darin wird festgehalten, dass „das Ministerium der Finanzen – Tresorverwaltung – verschiedene alte Briefe und Unterlagen an das Museum für Deutsche Geschichte“ übergeben hat. Insgesamt wurden 75 Objekte übergeben, datiert ist das Protokoll auf den 26. April 1978.⁸⁰ Unterzeichnet wurde das Protokoll vom damaligen Leiter der Tresorverwaltung, Herrn Pätzold. Bei den erwähnten Dokumenten handelt es sich der Wahrscheinlichkeit nach um Teile des sogenannten Fröschweiler-Archivs, dass mit der Familie Eckbrecht von Dürckheim-Montmartin zusammenhängt. In den Warengangbüchern der Tresorverwaltung finden sich diese Objekte nicht. Eine weitere Prüfung dieser Provenienz steht noch aus.

3.1.2 Die Räte der Gemeinden, Städte, Kreise und Bezirke

Neben den im Kapitel 3.1 enthaltenen Ausführungen über die Zusammenarbeit des MfDG mit Räten von Kreisen oder Gemeinden, um unter anderem auch Bodenreformgüter zu erhalten, ist ein weiterer wichtiger Aspekt näher auszuführen: Den Räten, vor allem den Finanzabteilungen fiel als Verwaltungs- und Exekutivorganen unter anderem auch die Verwaltung des Staatlichen Eigentums zu. Darunter fallen Vermögenswerte, die im Zuge der Bodenreform enteignet worden waren, aber auch Rücklässe von „Republikflüchtigen“, eingezogene Gegenstände aus Strafverfahren sowie die erbenlosen Nachlässe.

Die „Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten“ vom 17. Juli 1952 gab vor, wie mit dem Vermögen von „Republikflüchtigen“ umgegangen werden sollte. Paragraph 1, Abs. 1 der Verordnung besagt: „Das Vermögen von Personen, die das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, verlassen, ohne die polizeilichen Meldevorschriften zu beachten, oder hierzu Vorbereitungen treffen, ist zu beschlagnahmen.“⁸¹ Präzisere Anweisungen dazu überliefert eine vom Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, Abteilung Staatliches Eigentum herausgegebene Richtlinie:

„1.) Nach Bestätigung der zuständigen VP-Meldestelle über den illegalen Weggang von Personen, deren Vermögenswerte unter §1 der Verordnung vom 17.7.1952

⁷⁹ Vgl. DHM-HArch, MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 6.2. Die Stücke wurden vom MfDG als „schlecht“ bezeichnet und für eine Magazinierung oder Weitergabe vorgesehen.

⁸⁰ Übernahme-Übergabe-Protokoll zwischen dem Ministerium der Finanzen, Tresorverwaltung und dem MfDG, 26.04.1978, Sammlung Dokumente/1, Ordner Sammlung Dürckheim Steinkallenfels.

⁸¹ Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17. Juli 1952, <http://www.verfassungen.de/ddr/vermoegenssicherung52.htm> (letzter Zugriff: 11.11.2020).

fallen oder nach Rechtskraft eines Strafurteils, in dem das Vermögen der betreffenden Person einzuziehen ist, sind die in ihrem Besitz befindlichen Wertgegenstände u.a. Schmuck, Gold- und Silberwaren und andere Kostbarkeiten, wie Briefmarkenalben usw. von einem verantwortlichen Mitarbeiter der Räte, der Gemeinden und Städte unter Hinzuziehung eines Zeugen (VP-Angehörigen) einzuziehen.

2.) Die eingezogenen Wertgegenstände etc. sind unter Angabe des Namens und der Anschrift des ehemaligen Eigentümers sowie des Grundes der Einziehung (entweder §1 der Verordnung vom 17.7.1952 oder eines rechtskräftigen Strafurteils z.B. Wirtschaftsstra[verordnung] §1) vom Rat der Gemeinde oder der Stadt einzeln nach Vorgängen unter Angabe von Art und Gattung, etwa nach folgendem Schema, auf einem Übergabe-Übernahmeprotokoll aufzuführen [...]. [...]

4.) Nach ordnungsgemäßer Einziehung sind die Wertgegenstände getrennt nach Enteignungsvorgängen zu einem Wertpaket zusammenzulegen und sofort, jedoch spätestens innerhalb von zwei Wochen durch einen Kurier dem Rat des Kreises – Referat Staatliches Eigentum – zu übergeben. [...]

11.) Die Räte der Kreise – Referat Staatliches Eigentum – werden verpflichtet, die Räte der Städte und Gemeinden schriftlich anzuweisen, daß Gegenstände der obenbezeichneten Art, die aus Erfassungsvermögen der Verordnung vom 17.7.1952 oder aufgrund eines auf Vermögenseinziehung gerichteten Strafurteils stammen, nach diesen Verfahrensrichtlinien zu behandeln sind.

Verantwortlich für die ordnungsgemäße Abwicklung dieses aufgezeigten Verfahrens sind die Bürgermeister der Städte und Gemeinden.⁸²

Die Richtlinie zeigt die zentrale Rolle, die die verschiedenen Räte bei der Einziehung von Vermögenswerten spielten. Die Räte der Kreise übernahmen hierbei eine Leitungsfunktion für die Räte der Gemeinden und Städte.

Die „Verordnung über die in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und den demokratischen Sektor von Groß-Berlin zurückkehrenden Personen“ vom 11. Juni 1953 bestimmt in Paragraph 1, dass „Alle republikflüchtigen Personen, die in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und den demokratischen Sektor von Groß-Berlin zurückkehren, erhalten das auf Grund der Verordnung vom 17. Juli 1952 zur Sicherung von Vermögenswerten beschlagnahmte Eigentum zurück. Ist in Einzelfällen eine Rückgabe dieses Eigentums nicht möglich, so ist Ersatz zu leisten.“⁸³

Ab dem 1. Dezember 1953 galt für das zurückgelassene Eigentum von „Republikflüchtigen“ die „Anordnung über die Behandlung des Vermögens der Personen, die die Deutsche Demokratische Republik nach dem 10. Juni 1953 verlassen“.⁸⁴ Die Anordnung regelte unter anderem die Einsetzung

⁸² Richtlinien für die Räte der Gemeinden, Städte und Kreise - Referat Staatliches Eigentum - über die weitere Behandlung von Wertgegenständen und Kostbarkeiten, die auf Grund der Verordnung vom 17.7.1952 §1 oder rechtskräftiger Strafurteile in Eigentum des Volkes übergegangen sind., 24.03.1953, BAArch DO 3/1704, Bl. 40f.

⁸³ Verordnung über die in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und den demokratischen Sektor von Groß-Berlin zurückkehrenden Personen vom 11. Juni 1953, <<http://www.verfassungen.de/ddr/rueckkehrerverordnung53.htm>> (letzter Zugriff: 11.11.2020).

⁸⁴ Anordnung über die Behandlung des Vermögens der Personen, die die Deutsche Demokratische Republik nach dem 10. Juni 1953 verlassen. Online: <<http://www.verfassungen.de/ddr/vermoegensverordnung53.htm>> (letzter Zugriff: 11.11.2020).

von Treuhänder*innen bzw. Abwesenheitspfleger*innen zur Verwaltung des zurückgelassenen Eigentums, falls von der ausgereisten Person kein Verwalter bestimmt wurde. Gegenstände, die „keine volkswirtschaftliche Bedeutung“ hatten, sollten nicht durch einen Treuhänder, sondern durch einen Abwesenheitspfleger verwaltet werden. Darunter fielen beispielsweise Wertgegenstände, aber auch Hausrat und Möbel, also Gegenstände, die potenziell interessant für Museen sind. Eingesetzt wurden die Abwesenheitspfleger durch das Staatliche Notariat nach Ersuchen des örtlichen Rates.⁸⁵ Durch die „Anordnung Nr. 2 vom 20. August 1958 über die Behandlung des Vermögens von Personen, die die Deutsche Demokratische Republik nach dem 10. Juni 1953 verlassen“ erfuhr die vorherige Anordnung eine Verschärfung. Sowohl die Abwesenheitspfleger als auch die von den eigentlichen Eigentümern bestellten Verwalter wurden nun als Treuhänder geführt, die ab diesem Zeitpunkt der Autorität des jeweils zuständigen Referates der örtlichen Räte unterstanden.⁸⁶

Sogenannte Feststellungsprotokolle verzeichneten die als Volkseigentum erfassten Gegenstände, andere Vermögenswerte oder Dokumente.

Vor dem Hintergrund der bis hierhin dargelegten Erläuterungen soll nun eine Auswahl an Vorgängen betrachtet werden, die zu Objektzugängen in das MfDG führten und die auf Mitwirkung der Räte der Bezirke, Kreise oder Gemeinden zurückzuführen sind.

a) Magistrat von Groß-Berlin

Besonders für die Aufbauphase des MfDG in den 1950er-Jahren lassen sich in den Akten des DHM-Hausarchivs Belege für Übergaben durch den Magistrat von Groß-Berlin finden, wobei nicht mehr alle von den in den Übergabeprotokollen genannten Objekten in den Beständen des DHM nachweisbar sind.⁸⁷ Die Bandbreite der überlassenen Objekte reicht hierbei von Stilmöbeln über Gobelins und Baluschk-Lithographien bis zu einer Nachbildung des Behaim-Globusses. Die Inventarbücher listen als Zugangsart entweder „Übergabe“ oder „Geschenk“ auf. In den vorliegenden Übergabeprotokollen findet sich zudem zusätzlich der Terminus „übereignet“.⁸⁸ Als Einlieferer treten hier verschiedene Unterabteilungen des Berliner Magistrats auf:

- Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Verwaltung und Personalpolitik, Hauptamt Allgemeine Verwaltung, Berlin W 8, Behrenstraße 42/45
- Magistrat von Groß-Berlin, Referat Bildende Kunst und Denkmalpflege, Berlin C 2, Alexanderplatz, Berolinahaus bzw. Magistrat von Groß-Berlin, Hauptamt Kunst, Berlin C 2, Alexanderplatz, Berolinahaus

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Siehe hierzu besonders: DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 001.

⁸⁸ Abschrift eines Verzeichnisses über Objekte, die dem Museum für Deutsche Geschichte vom Magistrat von Groß-Berlin, Referat Bildende Kunst übereignet wurden, 10.10.1952, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 001.

Besonders das Hauptamt Kunst ist als Provenienz im Kontext der Studie hervorzuheben. In einem Verzeichnis vom 13. November 1952, das die vom Hauptamt Kunst an das Museum für Deutsche Geschichte übergebenen Objekte auflistet, wird das Ermeler-Haus als Herkunftsort der Gegenstände genannt.⁸⁹ Im Ermeler-Haus befand sich in den 1950er-Jahren ein Depot des Magistrats mit Kunstgegenständen, unter anderem gefährdetes, herrenloses Bergungsgut oder beschlagnahmtes Gut von staatlichen Grundstücken und Gebäuden der Stadt Berlin und Brandenburg (also auch „Volkseigentum aus enteignetem Besitz oder aber aus nicht feststellbarem Besitz“⁹⁰) sowie Bestände des Märkischen Museums. Auch haben sich im Bestand des Kunstdepots Kunstwerke aus Carinhall befunden.⁹¹ Die Übergaben, die das Museum für Deutsche Geschichte über den Magistrat von Groß-Berlin erhalten hat, sind insbesondere im Hinblick auf das Kunstdepot Ermeler-Haus demnach kritisch zu sehen.

Als Korrespondenzpartner des MfDG auf Seiten der Hauptabteilung Kunst tritt ein Herr „Wittich“ auf.⁹² Hierbei handelt es sich vermutlich um eine falsche Schreibweise des Namens, denn in einem undatierten Stellenplan der Hauptabteilung Kunst wird ein Herr „Wittig“ aufgeführt. Der Stellenplan listet Herrn „Wittig“ als Sachbearbeiter im Referat Bildende Kunst, dessen Zuständigkeit sich unter anderem auf die Verwaltung von Kunstwerken im Ermeler-Haus sowie auf die Fahndung nach gestohlenem Kunstgut erstreckt.⁹³ Im Nachlass Kurt Reuttis ist Heinrich Wittig zunächst als Mitarbeiter beim Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Volksbildung im Referat Rückführung von Museumsgütern zu finden.⁹⁴ Des Weiteren war er vermutlich um das Jahr 1955 am Märkischen Museum in Berlin tätig.⁹⁵

Im Sommer 1952 erstellte Heinrich Wittig eine Liste über die in der Bergungsstelle des Ermeler-Hauses noch verbliebenen Objekte. Diese wurde an die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten übersandt und diente höchstwahrscheinlich den Museen als Übersicht bzw. „Katalog“. ⁹⁶ Wittig meldete Kurt Schifner von der Stakuko, Hauptabteilung Bildende Kunst am 24.

⁸⁹ Verzeichnis der übergebenen Objekte, die das MfDG vom Hauptamt Kunst des Magistrats von Groß-Berlin erhalten hat, 13.12.1952, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 001.

⁹⁰ Schreiben von Siegfried Asche (Skulpturensammlung der Staatlichen Museen Berlin) an die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten, HA Bildende Kunst vom 20.6.1952, BArch DR 1/5825.

⁹¹ Schreiben von Siegfried Asche (Skulpturensammlung der Staatliche Museen Berlin) an die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten, HA Bildende Kunst vom 20.6.1952, BArch DR 1/5825.

⁹² Siehe hierzu Verzeichnis der übergebenen Objekte, die das MfDG vom Hauptamt Kunst des Magistrats von Groß-Berlin erhalten hat, 13.12.1952.

⁹³ Stellenplan des Hauptamtes Kunst beim Magistrat von Groß-Berlin, undat. Die Akte hat eine Laufzeit von 1945-1955, womit eine Datierung des Stellenplans auf die frühen 1950er-Jahre wahrscheinlich ist. LAB, C Rep. 120, Nr. 1240.

⁹⁴ Vgl. GStA PK, NL Kurt Reutti, Nr. 7, Bildnummer 64.

⁹⁵ Vgl. GStA PK, NL Kurt Reutti, Nr. 7, Bildnummer 248f. Im Archiv des Stadtmuseums Berlin ist er nicht nachweisbar. Es existiert auch kein Mitarbeiterverzeichnis, da insgesamt eine Überlieferungslücke für den Zeitraum von 1945 bis 1962 besteht. Freundliche Auskunft per E-Mail von Michaela Lederle, Archiv der Stiftung Stadtmuseum, vom 15.09.2020.

⁹⁶ Die Akte BArch DR 1/5825 mit dem Titel „Museen in Berlin und in den Bezirken. - insb. Organisation, Personal, Haushalt und Aufgabenwahrnehmung“ (Ministerium für Kultur/Staatliche Kommission für

September 1952, dass er inzwischen eine Verteilung von Objekten vorgenommen habe und zwar an das Märkische Museum, Kunstgewerbemuseum, Volkskundemuseum, das Kupferstichkabinett und Museum für Deutsche Geschichte.⁹⁷

Eine summarische Angabe von Übergaben an das Museum für Deutsche Geschichte findet sich in einer Magistratsakte im Landesarchiv Berlin. Dort sind „105 Grafiken, 3 Plastiken, 43 andere Objekte und 176 Fotografien“ vermerkt.⁹⁸ Hierbei scheint es sich aber um eine Mindestangabe zu handeln. Aus dieser Akte geht ebenfalls hervor, dass die Museen selbst Objekte auswählen konnten. So heißt es: „Die Abgabe von Kunstgegenständen aus dem Ermeler-Haus wurde fortgesetzt. Da die einzelnen Museen die Auswahl der Objekte getroffen hatten, konnten die restlichen Gegenstände, die zum grösseren Teil sehr stark beschädigt waren, den Städtischen Bühnen [...] übergeben werden.“⁹⁹

Exemplarisch sei hier die Übergabe einer Empire-Kommode mit Marmorplatte aus dem Ermeler-Haus angeführt, die in einem MfDG-Übergabeverzeichnis als Empfangsbestätigung vom 13. November 1952 an „Herrn Wittich“ im Hauptamt Kunst des Magistrats von Gross-Berlin gelistet ist (Abb. 9).¹⁰⁰ Sie wurde allerdings erst 1961 inventarisiert und sogleich restauriert. Bei der Sichtung der Kommode konnten drei relevante Provenienzmerkmale entdeckt werden: Ein Brandstempel „R.M.f.V.u.P.“ mit Reichsadler und Hakenkreuz auf der Rückseite der Kommode (Abb. 7), eine rote Aufschrift „Wittich“ (Abb. 8) und in den Schubladen die handschriftliche notierte Zahl „69“ (Abb. 6). Auf diesem Wege war es nun möglich, einen weiteren Provenienzschrift festzuhalten: das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Die Zahl 69 entspricht der Listennummer im Inventar des Ermeler-Hauses.¹⁰¹

Kunstangelegenheiten) konnte im ersten Projektjahr im Bundesarchiv in Berlin ausfindig gemacht werden. Sie enthält die Liste der im Ermeler-Haus inventarisierten Kunstobjekte.

⁹⁷ BArch DR 1/5825.

⁹⁸ Vgl. LAB C Rep. 120, Nr. 3086.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 001.

¹⁰¹ Vgl. BArch DR 1/5825.

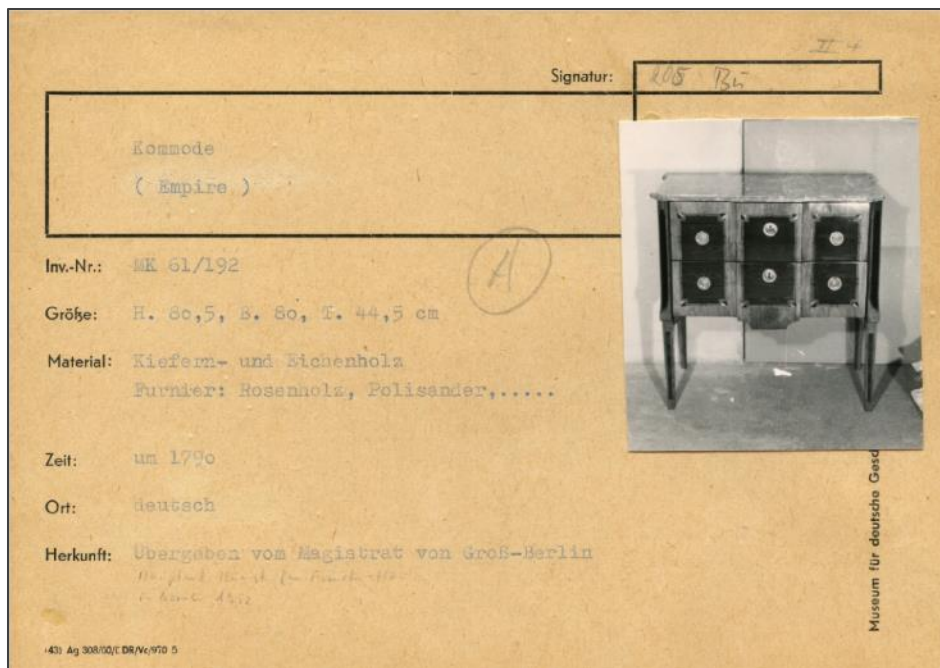


Abbildung 5: Inventarkarteikarte von 1961 mit der annotierten Herkunftsangabe: „Hauptamt Kunst im Ermeler-Haus im November 1952“



Abbildung 6: Schubladenboden mit handschriftlich vermerkter Nummerierung „69“



Abbildung 7: Detailaufnahme der Kommodenrückseite mit Provenienzmerkmal „R.M.f.V.u.P.“



Abbildung 8: Aufschrift „Wittich“ auf der Kommode

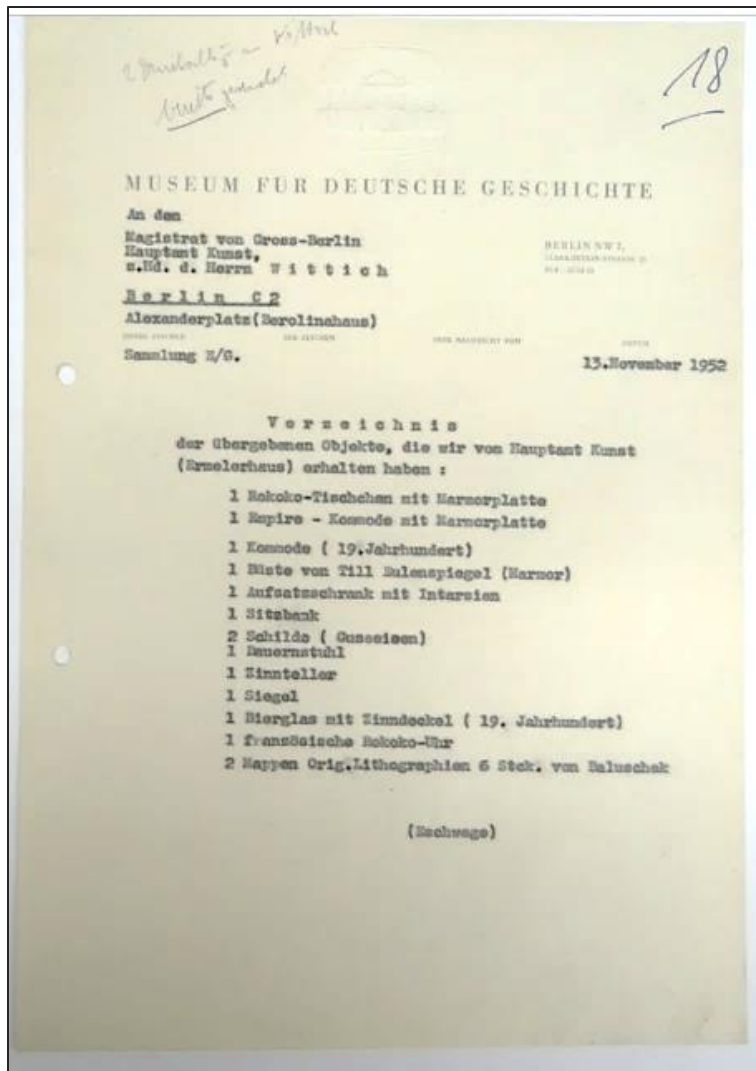


Abbildung 9: Empfangsbestätigung vom 13.11.1952

Naheliegender ist, dass die Kommode zur Ausstattung des Ministeriumsgebäudes gehörte und im Zuge der Bergungsmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden abgeholt wurde. Eventuell stammt sie aber auch vom Landsitz von Joseph Goebbels am Bogensee in Brandenburg, der in der Nachkriegszeit als FDJ-Jugendhochschule genutzt wurde.

In einem nächsten Schritt könnten beispielsweise Akten im Bundesarchiv konsultiert werden, die möglicherweise Auskunft über die Ausstattung des Hauses am Bogensee geben.¹⁰² Dies war im Projektzeitraum nicht mehr möglich. Eine Weiterverfolgung des Falles und auch eine weitere Sichtung der vom Magistrat übergebenen Objekte sind zwingend notwendig, da es sich hier um NS-verfolgungsbedingte Entzüge handeln könnte, zum Beispiel im Zusammenhang mit den Beschlagnahmungen von Einrichtungsgegenständen der sog. M[öbel]-Aktion in den besetzten Gebieten oder im Zuge der „Aktion 3“.

¹⁰² Eventuelle Hinweise im Bundesarchiv-Bestand „R 55, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“: BArch R 55/23474 (Ausstattung der Amtswohnung von Goebbels in der Hermann-Göring-Str. 20) oder R 55/422 (Dr. Goebbels Haus am Bogensee).

b) Rat des Kreises Belzig

Mit dem Rat des Kreises Belzig nahm das Museum für Deutsche Geschichte am 26. März 1954 Kontakt auf. Zuvor hatte das Museum einen Hinweis aus dem Ministerium für Kultur bekommen, dass sich im Belziger Museum als auch in Privathand Stilmöbel aus der Bodenreform befinden sollen.¹⁰³ Das Schreiben kam von Lieselotte (Kramer-)Kaske, die ab 1954 für die Hauptabteilung Kulturelle Massenarbeit im Ministerium für Kultur tätig war.¹⁰⁴ In der Aktennotiz, die über das Schreiben aus dem Ministerium für Kultur berichtet, heißt es:

„Lt. Mitteilung des Ministeriums für Kultur – Hauptabteilung Kultur Massenarbeit, Koll. Kaske, Schreiben vom 25.2.1954 – erfuhren wir, dass sich 'in Belzig eine Menge guter Stilmöbel, die aus der Bodenreform in den Besitz von Privatleuten gekommen waren und die jetzt vom dortigen Museum aufgenommen wurden' befinden. Diese Gegenstände und Möbel aus der Bodenreform können nach Angabe des dortigen Museums jederzeit aufgekauft werden bzw. gegen Austausch von neuzeitlichen Gebrauchsmöbeln erworben werden. Aus dem Wiesenburger Besitz soll die derartige Oberschule ebenfalls über wertvolle Dinge verfügen“. Kollege Levien zur Kenntnis und mit der Bitte, Verbindung sofort aufzunehmen.“¹⁰⁵

Der Abteilungsdirektor Sammlung des MfDG, Rolf Kiau, wandte sich daraufhin in einem Schreiben an den Leiter des Museums in Belzig, um sich über die Bestände an Stilmöbeln zu erkundigen, die sich sowohl im Museum als auch in Privathand befinden sollten.¹⁰⁶ Kiau meldete zugleich das Interesse des MfDG an diesen Möbelbeständen an und bat den adressierten Direktor des Museums in Belzig um die Übersendung von Anschriften von Privatleuten, die im Besitz von Gegenständen aus der Bodenreform sind und die man zwecks eines potenziellen Ankaufs bzw. Tausches dieser Möbel kontaktieren könnte.¹⁰⁷ Beantwortet wurde die Anfrage am 5. April 1954 durch die Abteilung für Kultur des Rats des Kreises Belzig in Person der Sachgebietsleiterin, einer Frau Lindau.¹⁰⁸ In Ihrem Schreiben informierte sie das MfDG darüber, dass man noch dabei sei, die Familien aufzusuchen, die im Besitz von Möbeln aus der Bodenreform seien. Eine weitere Meldung an das MfDG sollte folgen.¹⁰⁹ Nach mehreren Nachfragen des MfDG¹¹⁰ schickte Frau Lindau, nun als Leiterin der Abteilung für Kultur des Rates des Kreises Belzig bezeichnet, am 20. August 1954 ein kurzes Verzeichnis mit Objekten, die für das Museum für Deutsche Geschichte von Interesse sein könnten.¹¹¹ Neben einer

¹⁰³ Vgl. Aktennotiz von Rolf Kiau über eine Mitteilung aus dem Ministerium für Kultur über Möbel aus der Bodenreform in Belzig, 05.03.1954, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 029.

¹⁰⁴ Vgl. ebd.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Vgl. Schreiben Rolf Kiaus an den Leiter des Museums in Belzig, 26.03.1954, DHM-HArch, MfDG/595.

¹⁰⁷ Vgl. ebd.

¹⁰⁸ Vgl. Schreiben der Sachgebietsleiterin in der Abteilung für Kultur beim Rat des Kreises Belzig, Fr. Lindau, an den Leiter des Museums für Deutsche Geschichte, 05.04.1954, DHM-HArch, MfDG/595.

¹⁰⁹ Vgl. ebd.

¹¹⁰ Der Schriftwechsel befindet sich ebenfalls in DHM-HArch, MfDG/ 595.

¹¹¹ Vgl. Schreiben der Leiterin der Abteilung für Kultur beim RdK Belzig, Fr. Lindau, an das MfDG zu dem Betreff "Möbel aus der Bodenreform", 20.08.1954, DHM-HArch, MfDG/595.

Privatanschrift finden sich in dem Verzeichnis die Nennung eines Kinderheims in „Malsdorf“¹¹², in dem sich zwei Schränke befanden, sowie einer Oberschule¹¹³ in Wiesenburg, die einen Schrank und ein Ölgemälde beherbergte. Die besagten „Möbelstücke mit Altertumswert“¹¹⁴ sollten nur gegen die Beschaffung von neuwertigem Ersatzmobiliar aus dem Kreis entfernt werden dürfen.

Im zweiten Projektjahr konnte im DHM-Hausarchiv eine weitere Korrespondenz zu diesem Fall und insbesondere zur Abholung und dem Ersetzen der Möbel gefunden werden. Am 6. Juni 1955 besichtigte der zuständige MfDG-Mitarbeiter der Abteilung Sammlung, Sektor Kunst des MfDG, Heinz Levien, auf einer Dienstreise die alten Möbelbestände des Heimes und fand unter anderem einen Schreibschrank, der für das Museum übernommen werden sollte. Zuerst suchte der Levien die Leiterin der Abteilung Kunst, Frau Lindau, auf, um sich die relevanten Adressen der Besitzer der Bodenreformbestände zu besorgen. Weiterhin sicherte Frau Lindau dem MfDG „weitere gute Zusammenarbeit“ zu und übergab einen „orientalischen Schild“ an das Museum, der vom Sektor Militaria übernommen wurde.¹¹⁵ Es wurde sich seitens des MfDG anschließend für einen Schrank und ein Gemälde aus Wiesenburg sowie für einen Schreibschrank aus Mahlsdorf¹¹⁶ entschieden. Als Ersatz sollte ein „moderner“ Schrank dienen, der zunächst vom Kinderheim gekauft werden sollte und dessen Rechnung das MfDG folglich beglich. Als Höchstgrenze wurden 250 DM festgesetzt. Eine Rücksprache erfolgte mit dem Rat des Kreises Belzig, wo der Schrank erfasst war. Das MfDG erhielt daraufhin die Zustimmung über diese Verfahrensweise.¹¹⁷

Unter den besichtigten Objekten der Oberschule Wiesenburg wird auch ein Gemälde genannt. Die Beschreibung lautet „1 Ölgemälde, Fra. Franck: Gesellschaftsszene (17. Jh., Barock)“.¹¹⁸ Das Gemälde ist heute unter dem Titel „Venezianische Gesellschaft mit Kurtisanen und Konfekttafel“ im Bestand des DHM nachweisbar.¹¹⁹ Wann genau das Gemälde an das MfDG übertragen worden ist, kann nicht genau festgestellt werden. Inventarisiert wurde es erst am 16. Januar 1958, zweieinhalb Jahre nach der erfolgten Besichtigung.¹²⁰

¹¹² In der oben zitierten Liste liegt ein Schreibfehler vor. Gemeint ist hier Mahlsdorf, heute ein Teil der Ortschaft Reetz, die wiederum Teil der Gemeinde Wiesenburg/Mark ist.

¹¹³ Gemeint ist die Landesoberschule Wiesenburg/Mark.

¹¹⁴ Schreiben der Leiterin der Abteilung für Kultur beim RdK Belzig, Fr. Lindau, an das MfDG, 20.08.1954.

¹¹⁵ Bericht über eine Dienstreise des Mitarbeiters der Abteilung Sammlung, Sektor Kunst des Museums für Deutsche Geschichte, Heinz Levien, nach Belzig, Wiesenburg, Reetz und Malsdorf [sic!] vom 10.06.1955, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 027, Bl. 298f. Der betreffende Schild konnte bisher in den Beständen des DHM noch nicht identifiziert werden.

¹¹⁶ Der Schrank (Inv.-Nr. K 56/139) wurde laut APS-Datenbank 1996 aus der DHM-Sammlung ausgesondert und in das Auktionshaus Nagel eingeliefert.

¹¹⁷ Dieser Absatz basiert auf: DHM-HArch, MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 6.1 und auch DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 027, Bl. 298f.

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Das Gemälde des Malers Frans II Francken ist unter der Inventarnummer Kg 58/12 in den Sammlungen des DHM inventarisiert.

¹²⁰ Vgl. Inventarbuch Kg 1958, Eintrag zur Inventarnr. Kg 58/12 vom 16.01.1958. Das Inventarbuch listet als Vorbesitzer die Oberschule Wiesenburg/Mark. Als Zugangsart wird „Geschenk“ angeführt.

Sowohl das Kinderheim in Mahlsdorf als auch die Oberschule in Wiesenburg waren in Immobilien untergebracht, die von der Bodenreform und den damit einhergehenden Enteignungen betroffen waren. Das Spezialkinderheim „Katja Niederkirchner“ in Mahlsdorf wurde in einem Gutshaus eingerichtet, das zuvor Eigentum der Familie von Schwerin war und im Zuge der Bodenreform enteignet wurde.¹²¹ Die vom Rat des Kreises Belzig empfohlenen Objekte könnten also aus diesem Kontext stammen.

c) Rat der Gemeinde Kleinmachnow



Abbildung 10: W. Herbig:
„Gattin des Berliner
Baumeisters“, 1821, Öl auf
Lwd., 105,3 x 77,8 cm



Abbildung 11: W. Herbig:
„Berliner Baumeister“, 1820,
Öl auf Lwd., 105,5 x 78 cm

Im Januar 1958 inventarisierte das Museum für Deutsche Geschichte zwei Ölgemälde des Malers Wilhelm Herbig mit den Titeln „Frauenporträt“ und „Männliches Porträt“ als „Geschenk: Rat der Gemeinde Klein-Machnow.“¹²² Woher stammen die beiden Gemälde des 19. Jahrhunderts, die vom Rat der Gemeinde übergeben wurden? Ein Erwerbungsverfahren in den MfDG-Akten konnte nicht ermittelt werden. In der Sammlung verblieben der „Berliner Baumeister“ und die „Gattin eines Berliner Baumeisters“, ohne dass sich Hinweise auf die Identitäten der Dargestellten oder die Herkunft der beiden Porträts auftaten. Erschwerend kam hinzu, dass die Leinwand doubliert wurde und die Rückseite keine Provenienzmerkmale aufweist.

¹²¹ Vgl. Chronik des Spezialkinderheims "Katja Niederkirchner" Mahlsdorf, Eintrag vom 01.04.1952, KA Potsdam-Mittelmark SPKH 12.

¹²² Vgl. Inventarbuch Kunst 1958 (Inv.-Nrn. Kg 58/7 und 58/8).

Ein Werkverzeichnis über Wilhelm Herbig existiert bisher nicht. Weder das Gemeindearchiv Kleinmachnow,¹²³ welches die Unterlagen des ehemaligen Rates der Gemeinde Kleinmachnow aufbewahrt, noch der Heimat- und Kulturverein Kleinmachnow e. V. oder das Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark in Belzig konnten Vorgänge zu der Schenkung finden.¹²⁴

Im Zentralarchiv der Staatlichen Museen zu Berlin waren keine relevanten Informationen in der Künstlerdokumentation zu Wilhelm Herbig vorhanden.¹²⁵ Jedoch belegen Dokumente in den Akten der Nationalgalerie deutlich, dass Herbig oft Freimaurerlogenbrüder porträtierte.¹²⁶ Herbig selbst war Mitglied in der Johannisloge „Zum Widder“ in Berlin und so lag eine Recherche in den Freimaurerakten des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem nahe. In den dortigen Archivalien der Loge ist seine Mitgliedschaft nachweisbar.¹²⁷ Ob er weitere Logenbrüder porträtierte, blieb unklar. Die Freimaurer-Attribute Winkelmaß und Zirkel sind jedoch eindeutig im Vordergrund von Herbigs Baumeister-Gemälde zu erkennen.

Literaturrecherchen wurden im Zusammenhang mit in Kleinmachnow gelegenen Wohnbauten unternommen, so war beispielsweise in der Neuen Hakeburg nach dem Zweiten Weltkrieg in Kleinmachnow die Parteihochschule „Karl Marx“ untergebracht. Eine Verbringung des Inventars konnte nicht ausgemacht werden. Auch Datenbankabfragen, unter anderem bei German Sales 1930-1945 oder Lostart.de, lieferten keine passenden Ergebnisse.

Als wesentliches Rechercheziel wurde stets die Ermittlung der Identitäten der dargestellten Personen angesehen. Erfreulicherweise konnte im Zuge von weiteren Internetrecherchen nach Berliner Baumeistern eine Verbindung zu Christian August Jannowitz hergestellt werden.¹²⁸ Dieser war zunächst als Baumwollfabrikant und anschließend als Bauunternehmer in Berlin tätig und für die Errichtung der später nach ihm benannten hölzernen Jannowitzbrücke durch seine Finanzierungsmaßnahmen im Jahr 1822 verantwortlich. So ist nun auch zu erklären, dass im Hintergrund Brückenpfeiler aus Holz zu sehen sind und auf dem Porträt der Gattin die vollendete Jannowitzbrücke. Bei seiner Ehefrau handelt es sich höchstwahrscheinlich um Marie Friederike Jannowitz, geb. Winkler.¹²⁹ Diese neuen Hinweise können bei den weiteren Recherchen hilfreich sein.

¹²³ Freundl. Auskunft per E-Mail von Frau Kallies, Gemeindearchiv Kleinmachnow, vom 02.10.2020. Sie prüfte insbesondere die Akten zu „Republikfluchten“, jedoch ohne Erfolg. Als Schwierigkeit hob sie die unspezifischen Auflistungen von zurückgelassenen Objekten hervor.

¹²⁴ Freundliche Auskünfte per Mail von Herrn Kienberg, Heimat- und Kulturverein Kleinmachnow e. V., vom 11.06.2020 und Herrn Paul, Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark in Belzig, am 22.07.2020.

¹²⁵ Vgl. SMB-ZA, V/Slg. Künstler, Herbig, Wilhelm Friedrich.

¹²⁶ Vgl. unter anderem SMB-ZA, I/NG 855, J.-Nr. 279/1936.

¹²⁷ Mitgliederverzeichnis von 1828, GStA PK, FM, 5.1.3., Nr. 5577.

¹²⁸ Vgl. u.a. Frank Eberhardt: Auf, über und unter der Erde. Zur Geschichte der Jannowitzbrücke, 1998, <https://berlingeschichte.de/bms/bmstext/9807deta.htm> und https://de.wikipedia.org/wiki/Christian_August_Jannowitz (Letzter Zugriff: 10.11.2020)

¹²⁹ Vgl. Lüdike, Reinhard: Geschichte der Berliner Stadtgrundstücke seit der Einführung der Grundbücher Ende des 17. Jahrhunderts. Nach den Hypotheken- und Grundbüchern bearbeitet. Bd. 1. Berliner Häuserbuch. Zweiter Teil (Veröffentlichungen der historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin. Band VII.), Berlin, 1933, S. 206.

Die beiden Porträts wurden in den 1980er Jahren im „Biedermeier-Zimmer“ der ständigen Ausstellung zur Deutschen Geschichte im MfDG präsentiert.

A Ordnungsbegriff: Herbig, W.
Objekt: Gemälde Erhaltungszustand:
Herkunftsort:
Ehemaliger Besitzer: Rat der Gemeinde Kl. Nachnow Größe: 95 x 68 cm
Meister, Schule, Werkstatt, Manufaktur: Bez.: Herbig 1820
Inventar-Nr.: Kg 58 - 8
Kunstepoche: 1820
Material: Öl auf Leinwand
Literatur:
Standort: L. (Kunst. Ausst.) Signatur:
Beschreibung: "Berliner Baumeister"
Kniestück. Leicht nach links gerichtet. Der Dargestellte trägt einen dunklen zweireihigen Rock, weißes Hemd und Binder. Volles, links-gescheiteltes Haar. Er steht hinter einer Tischplatte und hat in seiner Hand Winkel und Zeichenstift. Im Hintergrund ist ein Werkhof mit Zimmerleuten. Gegenstück zu Kg 58 - 7.
3064 S YLV Erfurt Ag 308/57/DDR/Vb 3060 (87/10) 62425

Abbildung 12: MfDG-Karteikarte zum Gemälde des „Berliner Baumeisters“ Christian August Jannowitz

3.1.3 Öffentliche Einrichtungen in nach 1945 umgenutzten Schlössern und Herrenhäusern - Schulen, Kinderheime, Ferienheime, Heilanstalten

Die im Zuge der Bodenreform enteigneten Schlösser sollten in „erster Linie sozialen Zwecken dienstbar gemacht werden (Altersheime, Krankenhäuser, Internate für Berufsschulen, Zentralschulen, Erholungsheime, Verwaltungsstellen, usw.)“.¹³⁰ Auch eine museale (bspw. Weißenfels, Wernigerode, Zeitz, Burg Falkenstein) und kommunale Nutzung war vorgesehen.¹³¹ Bereits nach 1945 setzte sich die Denkmalpflege für den Erhalt der Schlösser und Herrenhäuser ein.¹³²

Unter Punkt 4 im „Plan für die Gestaltung von Museen“ bestimmte das brandenburgische Ministerium für Volksbildung, Abteilung Kunst Ende der 1940er Jahre die neue Sinnggebung und Zweckbestimmung der alten Herrenhäuser. Dort sollen Schulen, Kinderheime und FDGB-Heime, Sanatorien und Künstlererholungsheime, landwirtschaftliche Schulen und Versuchsgüter, Jugendherbergen und Wanderheime, Heimatmuseen, Schulungsstätten für Kriegsversehrte, Forstämter oder Altersheime eingerichtet werden.¹³³ Die von Plünderungen, Beschlagnahmen oder Zerstörung heimgesuchten und gefährdeten Bauten erfuhren durch die weitere Nutzung einen Schutz vor Abriss. Es bildete sich eine Kommission, darunter Mitglieder der SED, des FDGB, des

¹³⁰ Durchführung der Bodenreform im Kreis Lebus/Seelow, BLHA, Rep. 250 Le See 392, Bl. 10.

¹³¹ Vgl. Bernd Maether: „Schlösser, Herrenhäuser und Bodenreform“, in: Rüdiger Fikentscher, Boje Schmuhl und Konrad Breitenborn: Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt: Durchführung - Zeitzeugen - Folgen, Halle, 1999, S. 109.

¹³² Vgl. ebd. 1999, S. 110.

¹³³ Vgl. Plan für die Gestaltung von Museen (Ministerium für Volksbildung, Abt. Kunst, 1947-49), BLHA, Rep. 205A 552, Bl. 95.

Ministeriums für Arbeit und Sozialfürsorge und des Volksbildungsministeriums sowie ein Konservator zur Erhaltung der Schlösser und Gutshäuser für die Verwendung als Schulen, Erholungsheime, Krankenhäuser usw. In einem Bericht über die Durchführung der Anordnung bezüglich des Abrisses der Schlösser und Gutshäuser im Lande Brandenburg wurden 1948 vom Abbruch freizustellende Schlösser und Gutshäuser genannt. Hierzu stellte der Landeskonservator eine Liste unter Mitwirkung der Zentralverwaltung Berlin auf.¹³⁴ Die Bildung solcher gemischter Kommissionen ist auf Beschluss des ZK auch in den anderen Ländern angewiesen worden.¹³⁵

In den Inventarbüchern des MfDG finden sich als Einlieferer zahlreiche Schulen, Ferien- und Erholungsheime oder Heilanstalten. Hier waren nach Standortüberprüfungen einzelne Tiefenrecherchen empfehlenswert. Oftmals verblieben nach 1945 noch Kunst- und Kulturgüter und Guts- bzw. Herrschaftsarchive vor Ort und wurden an das Museum für Deutsche Geschichte überwiesen. Nachfolgend werden einige Beispielfälle vorgestellt.

a) Schulen

Im Zuge der Recherchen des Provenienzforschungsprojektes konnten beispielsweise durch Prüfung der museumseigenen APS-Datenbank und des Inventarbuches des Museums für Deutsche Geschichte Erwerbungen von der Zentralschule Marxwalde (Brandenburg) im Jahr 1958 ausgemacht werden. Die Zentralschule mit Lehrerwohnungen sowie einem Kindergarten war nach dem Zweiten Weltkrieg im Schloss Neuhardenberg untergebracht.¹³⁶ Der Ort Neuhardenberg erfuhr 1949 eine Umbenennung in Marxwalde.¹³⁷ Ferner wurden Objekte ermittelt, die vom oder über den damaligen, dort beschäftigten Lehrer (1897-1967) in den 1950er Jahren an das MfDG kamen.

So wird deutlich, dass das MfDG nach einer Dienstreise Anfang 1956 nach Marxwalde Interesse an Objekten aus dem ehemaligen „Besitz des Staatskanzlers“ Karl August von Hardenberg hegte: zwei Plastiken und eine Holztruhe.¹³⁸ In diesem Zusammenhang wurde auch die Zustimmung des Instituts für Denkmalspflege der DDR eingeholt, das bei Ortsveränderungen von Kunstgegenständen zuständig war.¹³⁹ Der Rat des Kreises Seelow, Abteilung Kultur jedoch vertrat damals die Auffassung,

¹³⁴ Vgl. BLHA, Rep. 205A 552, Bl. 105.

¹³⁵ Vgl. Maether, in: Fikentscher, Schmuhl, Breitenborn 1999, S. 110f.

¹³⁶ Am 01.09.1946 war im ehemaligen Schloss Neuhardenberg eine Zentralschule eingerichtet worden. Die Gärtnerei und der Park wurden nach 1945 verpachtet bzw. an Neusiedler vergeben. Vgl. BLHA (Brandenburgisches Landeshauptarchiv), Rep. 208 MfLF 772, Bl. 76.

Von 1921 bis 1944 war Carl-Hans Graf von Hardenberg Schlosseigentümer. Er wurde aufgrund der Mitwirkung an der Verschwörung zum Attentat auf Adolf Hitler am 20.07.1944 durch die Gestapo im Schloss verhaftet und enteignet. Im Jahr 1945 kam es zur erneuten Enteignung im Zuge der Bodenreform.

¹³⁷ Der Ort erfuhr im Laufe der Zeit zahlreiche Umbenennungen: Quilitz, Neu-Hardenberg, Marxwalde und Neuhardenberg.

¹³⁸ Schreiben Kiau, MfDG an Bürgermeister Linse, Marxwalde vom 23.05.1956, DHM-HArch, MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 6.1

¹³⁹ Vgl. Schreiben Dr. Müller, Institut für Denkmalspflege, Aussenstelle Nord I, Leiter an Kiau, MfDG vom 05.05.1956, in: ebd.

dass eine Unterbringung im neu einzurichtenden Heimatmuseum des Kreises Seelow vorzuziehen wäre.¹⁴⁰ Rund ein Jahr später, am 27. Juli 1957 unternahmen Mitarbeiter*innen des MfDG erneut eine Dienstreise nach Marxwalde. In einem Reisebericht wird ausführlich auf die Besichtigung des Ortes eingegangen.¹⁴¹ Zudem gab man in dem Report genaue Standorte von Kulturobjekten im Schloss an, darunter eine Plastik von Hardenberg aus Eisenguss in einem Kamin und eine Clio in sitzender Gestalt. Erstaunlicherweise merkte das Bodenkulturamt Frankfurt/Oder bereits 1947 in einem Schreiben an die Landesregierung Brandenburg, Minister für Wirtschaftsplanung, Abt. Land- und Forstwirtschaft an, dass bis auf eine Bismarck-Büste aus Marmor auf dem Gärtnerei-Grundstück und Möbel bei Ortsbewohnern keinerlei Kunstgegenstände im Schloss mehr vorhanden seien.¹⁴²

Der Lehrer Ernst Tietze übergab ferner im Jahr 1950 aus dem Schloss Neuhardenberg 1680 Akten des Guts- und Herrschaftsarchiv der Familie Hardenberg an das Landesarchiv Brandenburg in Potsdam (heute teilweise noch im Brandenburgischen Landeshauptarchiv vorhanden).¹⁴³ Die Archivalien des Herrschaftsarchives Neuhardenberg wurden der Familie nach erfolgter Restitution im Zusammenhang mit der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts ausgehändigt.¹⁴⁴

Lfd. Nr.	Empfangsdatum	Gegenstand (kurze Beschreibung)	Herkunft (abzuheben u. a.)	Interne Landeskartei	Bemerkungen
3		Truhe	Abgabe: Zentralarchiv Marxwalde, 27.7.57		

Abbildung 13: Inventarbucheintrag der Truhe aus der Zentralschule Marxwalde

Des Weiteren verlagerten Familienmitglieder einige Archivalien Ende des Zweiten Weltkrieges nach Westdeutschland.¹⁴⁵ Die umfangreiche Bibliothek des Staatskanzlers Hardenberg und der Familie von Hardenberg mit rund 16.000 Bänden war ebenfalls im Schloss Neuhardenberg untergebracht.¹⁴⁶ Hr. Tietze überreichte rund die Hälfte der Bücher an die Brandenburgische Landesbibliothek in

¹⁴⁰ Vgl. Schreiben des Rates der Gemeinde Marxwalde, Herr Linse an MfDG vom 27.06.1956, in: ebd.

¹⁴¹ Reisebericht von Jenny Herrmann, MfDG, Abt. 1806-1871 vom 29.07.1957 über eine Dienstreise nach Marxwalde am 27.07.1957, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 027, Bl. 139-141.

¹⁴² Vgl. BLHA, Rep. 208 MfLF 772, Bl. 72.

¹⁴³ Vgl. <https://www.neuhardenberg.org/index.php/biographien#tiet> (letzter Zugriff: 13.07.2020) und Chronik des Ortes, 1959, Nachlass E.T., Archiv des Heimatvereins Neuhardenberg e.V. sowie Herrmann, Nespethal, Pfeil 2002, S. 69.

¹⁴⁴ Vgl. Werner Heegewaldt: „Vom Volkseigentum zum Depositum. Zur Situation der Gutsarchive im Brandenburgischen Landeshauptarchiv“, in: „Der Archivar“, Jg. 57, 2004, H. 2, S. 122.

Im Jahre 2001 wurde bis auf die darin enthaltenen Vorprovenienzen und Einzelstücke der Bestand Rep. 37 Herrschaft Neuhardenberg an die Familie der Grafen von Hardenberg restituiert. Vgl. <http://blha-recherche.brandenburg.de/detail.aspx?ID=106399> (letzter Zugriff: 13.07.2020).

¹⁴⁵ Vgl. Thielen, Peter Gerrit: Karl August von Hardenberg 1750-1822: Eine Biographie, Köln, 1967, S. 414.

¹⁴⁶ Vgl. Hans Meier zu Eissen: „Der Bücherraub in der DDR: Die Plünderung der Adels- und Gymnasialbibliotheken.“, 2008, S. 226.

Potsdam.¹⁴⁷ Ein Teil der Bibliothek wurde neben Kunstwerken, Möbeln, Ausstattungsstücken und Dokumenten der Hardenbergs bereits nach 1945 in die Sowjetunion verbracht.¹⁴⁸

Im November 1957 wurden die Verhandlungen über die Objekte in Marxwalde im Anschluss an die Dienstreise von MfDG-Mitarbeitern im Sommer beidseitig wieder forciert und aufgenommen.¹⁴⁹ Als Vermittler und treibende Kraft fungierte der in Marxwalde bis 1951 tätige Lehrer und Heimatforscher Ernst Tietze. Mit dem Erlös sollte im Schloss eine volkskundliche Heimatschau finanziert werden. Museumsabteilungsleiter Rolf Kiau betonte, dass es zwischen Organen des Staates grundsätzlich nicht üblich sei, dass Bestände verkauft würden, sondern vielmehr umgesetzt bzw. überschrieben. Er möchte aber beim Aufbau der Heimatschau behilflich sein.¹⁵⁰ Die Überlassung der Objekte für 500 DM zog sich bis Februar 1958 hin. Die Inventarisierung erfolgte am 08. Februar 1958.¹⁵¹ In einem Protokoll der Ratssitzung der Gemeinde Marxwalde am 16.09.1958 wurde auf die Kosten der Einrichtung des Heimatmuseums eingegangen.¹⁵²

Der vorliegende Sachverhalt ist außergewöhnlich, handelt es sich hier doch um einen sogenannten Doppelentzug, wobei der NS-verfolgungsbedingte Entzug vorrangig zu berücksichtigen ist. So war es bei vermögenden Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 der Fall, dass die Enteignung durch das nationalsozialistische Regime „bruchlos“ in die der Bodenreform ab 1945 überging.¹⁵³ Zu diesem Vorgang wurde im Projektzeitraum ein umfangreiches Provenienzdossier erstellt. Die Restitution der Objekte wird demnächst erfolgen.

Auch Übergaben aus der Oberschule Wiesenburg hat das MfDG erhalten, siehe Kapitel 3.1.2 b). Darüber hinaus kamen 1952 Objekte von der Landespartei- und SED „Ernst Thälmann“ aus Schmerwitz bei Belzig in die MfDG-Sammlungen. Sie war im schlossähnlichen Gutshaus Schmerwitz untergebracht, das im Zuge der Bodenreform 1945 enteignet worden war. Neben zahlreichen Prunkstühlen, -tischen mit Intarsien und einer umfangreichen Kupferstichsammlung wurden dem

¹⁴⁷ Nach 1990 kam es zur Rückübertragung an die Familie und 2014 zum Erwerb durch die ZLB. Vgl. <https://www.zlb.de/fachinformation/spezialbereiche/historische-sammlungen/sammlungsuebersicht/a-k/hardenberg.html> (letzter Zugriff: 20.07.2020).

¹⁴⁸ Vgl. „Schloss Neuhausen“, Deutscher Sparkassen- und Giroverband und Stiftung Schloss Neuhausen (Hg.), 2009, S. 121. Siehe zur Verbringung der Bibliothek des Fürsten Karl August von Hardenberg auch: <https://germania.diplo.de/ru-de/aktuelles/-/2181184> (letzter Zugriff: 20.07.2020).

¹⁴⁹ Vgl. MfDG-Hausmitteilung Leven an Kiau vom 13.11.1957 und Schriftwechsel mit E.T., Marxwalde, in: Ordner mit Archivalienkopien aus dem DHM-Hausarchiv ohne Aktensignatur.

¹⁵⁰ Vgl. Schreiben Kiau, MfDG an T., Marxwalde vom 29.11.1957, ebd.

¹⁵¹ Vgl. MfDG-Inventarbuch K 1958-1959.

¹⁵² Vgl. Kreisarchiv Seelow (Landkreis MOL, Liegenschafts- und Bauverwaltungsamt), SEE 5242, L 5/58, Ratssitzung am 16.09.1958, Punkt 7 (Bd. 1). Freundliche Auskunft von Holm Discher, Kreisarchiv Seelow vom 10.06.2020.

¹⁵³ Bernd Isphording: „Archive und Provenienzforschung. Überlegungen zur archivischen Erschließung zum Zweck der Provenienzforschung am Beispiel des Teilbestandes 'Kunst und Antiquitäten GmbH' im Bestand DL 210 (Betriebe des Bereichs Kommerzielle Koordinierung) des Bundesarchivs“, Masterthesis, 2018, S. 54.

Museum Jagdgewehre und Amtsblätter geschenkt.¹⁵⁴ Durch die allgemeine Bezeichnung ist eine Identifizierung der Objekte in den Beständen allerdings schwierig und wird weiter verfolgt.

b) Heilanstalten

Seit 1946 wurde das Schloss Langenstein, nördlich von Blankenburg (Harz) gelegen, als Tuberkulose-Heilstätte umgenutzt. Der Verwaltungsleiter der Tbk-Einrichtungen des Kreises Halberstadt, Abt. Rehabilitationsheilstätte Langenstein, Herr Jonath, vermittelte im November 1961 rund 39 Objekte an das MfDG, zum Beispiel Wandleuchter, Betten, Spiegel, Teller und Vasen. Im MfDG-Inventarbuch von 1961 ist unter Herkunft: „Schloss Langenstein bei Halberstadt“ vermerkt.¹⁵⁵ Ein Übergabe-Übernahme-Protokoll vom 9. November 1961 und ein Zusatzprotokoll vom 20. November 1961 sind im DHM-Hausarchiv überliefert.¹⁵⁶ Die zuvor dort ansässige Familie wurde 1945 im Zuge der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone enteignet.¹⁵⁷ Eine Rückübertragung nach § 5 (Rückgabe beweglicher Sachen) Ausgleichsleistungsgesetz¹⁵⁸ an die Familie erfolgte im Jahr 2009.

3.1.4 Weitere „einziehende Dienststellen“/Vollzugsorgane

a) Das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW) bzw. die Zollverwaltung der DDR

Das Museum für Deutsche Geschichte unterhielt Verbindungen sowohl zum Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW)¹⁵⁹ als auch zur Nachfolgeinstitution, der Zollverwaltung der DDR.

¹⁵⁴ Vgl. DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 001.

¹⁵⁵ Vgl. MfDG-Inventarbuch MK 1961.

¹⁵⁶ Vgl. DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 053.

¹⁵⁷ Zur Sammlung R. siehe auch:

http://www.lostart.de/Webs/DE/Datenbank/ObjektgruppeVerlust.html?cms_param=OBJGRP_ID%3D27302 (letzter Zugriff: 04.11.2020).

¹⁵⁸ Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage (Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz, EALG). Als „besatzungshoheitlich“ sind insbesondere Enteignungen im Rahmen der Bodenreform einzustufen und die im Anschluss an den Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 vorgenommenen Enteignungen, die durch den SMAD-Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948, mit dem der Oberste Chef der SMAD die Beendigung des Sequestrierungsverfahrens in der Sowjetischen Besatzungszone anordnete, bestätigt wurden.

Vgl. Harald König: Die Entziehung und Verlagerung von Kulturgütern als offene Vermögensfrage, in: Blübaum, Maaz, Schneider u. a. (Hg.) 2012, S. 30.

„Bei den Räten der Stadt- und Landkreise arbeiteten ab Oktober 1949 Beauftragte für den Schutz des Volkseigentums, die den Leitern der Kreisverwaltung bzw. dem Amt zum Schutze des Volkseigentums unmittelbar verantwortlich waren.“ <http://blha-recherche.brandenburg.de/detail.aspx?ID=53361> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

¹⁵⁹ Das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs wurde am 28. August 1952 geschaffen. Zitiert nach Goll 2011, S. 23.

Am 31. August 1955 informierte Rolf Kiau, Abteilungsdirektor Sammlung des MfDG, in einem Schreiben das AZKW über die Wünsche des Museums.¹⁶⁰ Unter dem Betreff „Übergabe von Sammlungsmaterial an das Museum für Deutsche Geschichte“ wird aufgelistet, mit welchen Objekten das AZKW unterstützen könnte. Die Liste ist in zwei Objektgruppen unterteilt: zum einen Militariaobjekte (z. B. Orden, historische Waffen oder Orden und Uniformteile) und Dokumente (z. B. Historische Urkunden, Flugblätter, Plakate). In beiden Fällen wies Kiau darauf hin, das Museum insbesondere bei anfallenden Publikationen aus Westdeutschland und dem westlichen Ausland zu berücksichtigen.¹⁶¹ Im heutigen Bestand des DHM lassen sich noch 110 Objekte nachweisen, die über das AZKW in die Sammlungen gekommen sind. So lässt sich in den MfDG-Akten im Hausarchiv beispielsweise eine Übernahme von Orden aus Beständen des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs für das Jahr 1955 belegen.¹⁶² Ferner wird in einem MfDG-Perspektivplan der 1960er Jahre die Beschaffung von Orden aus dem Zweiten Weltkrieg über das AZKW durch den Sektor Militaria geplant.¹⁶³

Mit dem Inkrafttreten des neuen Zollgesetzes am 30. April 1962 wurde das AZKW umgewandelt und in „Zollverwaltung der DDR“ umbenannt.¹⁶⁴ Mit der Zollverwaltung wollte das MfDG offenbar die bisherige Vereinbarung erneuern. Aus einem Schreiben des Leiters der Bezirksverwaltung¹⁶⁵ Berlin des Zolls, Zollrat Bentin, an den Leiter der Zollverwaltung, Zollinspekteur Gerhard Stauch¹⁶⁶, lassen sich Hinweise auf die frühere Vereinbarung herauslesen:

„In der Vergangenheit wurde in Einzelfällen aufgrund einer alten Vereinbarung mit dem ehemaligen Kontrollamt Berlin, dem Deutschen Fernsehfunke und dem Museum für Deutsche Geschichte aus beschlagnahmter Westliteratur Material zur Verfügung gestellt. Hierbei handelte es sich um Zeitungen, Zeitschriften, Werbematerial, Schundromane u.ä. Dadurch konnten diese Institutionen beträchtliche Summen an DM/BDL einsparen, ohne dass die Wirksamkeit insbesondere von konterpropagandistischen Sendungen des Deutschen Fernsehfunks herabgesetzt wurde.

Nunmehr wird dieser Wunsch von beiden Institutionen erneut an die Bezirksverwaltung Berlin herangetragen. Ich bitte Sie zu genehmigen, dass diesen beiden Institutionen derartige Westliteratur, die unmittelbar vom Postzollamt der Vernichtung zugeführt wird, weiterhin zur Verfügung gestellt wird.

¹⁶⁰ Vgl. Schreiben Rolf Kiaus an das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs, Abt. Paketkontrolle, Herrn Hamann, 31.08.1955, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 025, Bl. 174.

¹⁶¹ Vgl. ebd.

¹⁶² Vgl. DHM-HArch, MfDG/418, Bl. 322.

¹⁶³ Vgl. DHM-HArch, MfDG/434, Bl. 60.

¹⁶⁴ Vgl. Goll 2011, S. 37f.

¹⁶⁵ Die Bezirksverwaltungen sind Ende August 1960 entstanden. Vgl. Goll 2011, S. 34.

¹⁶⁶ Gerhard Stauch war seit April 1961 Leiter des AZKW. Gleichzeitig war Stauch als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) für das Ministerium für Staatssicherheit tätig. Vgl. ebd., S. 33.

Bei Ihrer Zustimmung wird durch die Bezirksverwaltung Berlin für die Verfahrensweise der Übergabe eine entsprechende Vereinbarung getroffen.¹⁶⁷

Dem Ersuchen des MfDG wurde am 24. Oktober 1962 zugestimmt.¹⁶⁸ Am 11.02.1963 wurde die Vereinbarung zwischen dem Museum für Deutsche Geschichte und der Zollverwaltung der DDR schriftlich festgehalten. Darin heißt es:

„Entsprechend des Antrags des Museums für Deutsche Geschichte zum Bezug von West-Literatur und Druckerzeugnissen aus sichergestellten Beständen der Zollverwaltung wird zwischen der Zollverwaltung der DDR, Bezirksverwaltung Berlin und dem Museum für Deutsche Geschichte folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Zollverwaltung der DDR, Bezirksverwaltung Berlin, stellt dem Museum für Deutsche Geschichte, Berlin bis auf Widerruf westlich lizenzierte Literatur und Druckerzeugnisse aus sichergestellten Beständen kostenlos zur Verfügung. Im einzelnen [sic!] werden zur Verfügung gestellt:

Zeitungen, Zeitschriften, zeitgenössische Schriften, historische Schriften, hektographierte Schriften der Kirche

2. Die Druckerzeugnisse werden beim Postzollamt Berlin, Berlin O 17, Fruchtstr. zur Auswahl und Übernahme bereitgestellt. Die Übernahme der Druckerzeugnisse ist schriftlich zu bestätigen.

3. Die Sichtung des bereitgestellten Materials und die Übernahme der ausgewählten Druckerzeugnisse beim PZA Berlin erfolgt in der Regel alle 2 Wochen. Der Zeitpunkt wird jeweils von dem Bevollmächtigten des Museums für Deutsche Geschichte mit dem PZA Berlin vereinbart.

4. Von der Direktion des Museums für Deutsche Geschichte wird der zur Sichtung und zur Übernahme der Druckerzeugnisse berechnigte Mitarbeiter mit schriftlicher Vollmacht versehen. Eine Ausfertigung dieser Vollmacht ist bei der Zollverwaltung der DDR, Bezirksverwaltung Berlin, zu hinterlegen. Jegliche Änderung wird unverzüglich der Zollverwaltung, Bezirksverwaltung Berlin, mitgeteilt.

5. Die Direktion des Museums für Deutsche Geschichte verpflichtet sich dafür Sorge zu tragen, daß der Transport dieser Druckerzeugnisse in sicheren Transportbehältern unmittelbar vom PZA Berlin zum Museum für Deutsche Geschichte erfolgt und daß unberechtigte Personen nicht in den Besitz dieser Druckerzeugnisse gelangen und jeder Mißbrauch bzw. persönliche Aneignung der Druckerzeugnisse verhindert wird.“¹⁶⁹

Die hier getroffene Vereinbarung umfasst einen weit engeren Umfang, als die zuvor mit dem AZKW vereinbarte. Zudem ist die Beschreibung der gewünschten Objekte sehr allgemein gehalten. Interessant ist allerdings, dass den Mitarbeiter*innen des MfDG alle zwei Wochen Material zur

¹⁶⁷ Schreiben des Leiters der Bezirksverwaltung Berlin, Zollrat Bentin, an den Leiter der Zollverwaltung der DDR, Gerhard Stauch, betreffend die Übergabe von Druckerzeugnissen aus Westdeutschland an das MfDG, 18.10.1962, BArch DL 203/3016, unfol.

¹⁶⁸ Vgl. Schreiben von Zollhauptkommissar Behrendt, Sekretariat des Leiters der Deutschen Zollverwaltung Gerhard Stauch, an den Leiter der Bezirksverwaltung Berlin, Zollrat Bentin, betreffend die Genehmigung der Übergabe von beschlagnahmter Westliteratur an das Museum für Deutsche Geschichte, 24.10.1962, BArch DL 203/3016, unfol.

¹⁶⁹ Vereinbarung zwischen der Zollverwaltung der DDR, Bezirksverwaltung Berlin und dem Museum für Deutsche Geschichte betreffend die Übergabe von westdeutschen Druckerzeugnissen, 11.02.1963, BArch DL 203/3016.

Auswahl vorgelegt werden sollte. Weiterhin erwähnenswert ist, dass die Postzollämter Orte mit besonders hoher Aktivität des Ministeriums für Staatssicherheit waren. Die Postzollämter wurden durch das MfS operativ genutzt und besonders der Brief- und Paketverkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR durch Kontrollen überwacht.¹⁷⁰ Das Postzollamt in der Fruchtstraße in Berlin (heute Straße der Pariser Kommune), also der Ort, an dem das MfDG die zu übernehmenden Objekte prüfte, bildete hier keine Ausnahme.

1965 scheinen dem Museum für Deutsche Geschichte die zuvor vereinbarten Konditionen nicht mehr ausgereicht zu haben. Am 13. Oktober 1965 wandte sich der damalige stellvertretende Direktor des MfDG, Wolfgang Herbst, an die Zollverwaltung, um die Vereinbarung zu erweitern.¹⁷¹ Am 28. Oktober 1965 erfolgte ein Treffen von Rolf Kiau und Wolfgang Herbst vom Museum für Deutsche Geschichte und Vertreter*innen der Bezirksverwaltung Berlin der Zollverwaltung der DDR.¹⁷² Danach wurde die Übergabvereinbarung um Objekte wie „Kinderspielzeug militärischer Art mit Emblemen und Aufschriften der NATO-Staaten“, „faschistische Orden“ oder eine „Originalverpackung von Contergan“ erweitert.¹⁷³

Wie lange diese Vereinbarung bestand hatte, ist noch nicht bekannt. Bisher kann jedoch konstatiert werden, dass das Museum für Deutsche Geschichte seit mindestens 1955 eine Vereinbarung mit dem Zoll der DDR unterhielt und von den dort beschlagnahmten Objekten durch Übergaben profitierte. Im Widerspruch zu der Bedeutung, die Wolfgang Herbst in seinem Schreiben der Zusammenarbeit mit der Zollverwaltung beimaß, steht die geringe Zahl an Objekten, die aus der Zollverwaltung an das MfDG gekommen sind: insgesamt 39 Stücke.

b) Die Dienststellen der Deutschen Volkspolizei

Das MfDG erhielt von Dienststellen der Deutschen Volkspolizei (DVP bzw. VP) Objekte überwiesen und wandte sich mit konkreten Sammlungswünschen an diese. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Militariaobjekte. Als hauptsächliche Provenienzen treten die Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei Berlin, die Bezirksverwaltung der Deutschen Volkspolizei Schwerin und Volkspolizeikreisämter auf. Darüber hinaus war die Volkspolizei unter anderem in Übergabevorgänge von enteignetem Besitz involviert (siehe Kapitel zur Tresorverwaltung und zudem zum Ministerium des Innern).

¹⁷⁰ Siehe hierzu: Goll 2011, S. 161ff.

¹⁷¹ Vgl. Schreiben des stellvertretenden Direktors des MfDG, Wolfgang Herbst, an die Zollverwaltung der DDR, Oberrat Jost, betreffend die Erweiterung der Vereinbarung vom 11.02.1963, BArch DL 203/3016.

¹⁷² Vgl. Bericht über eine Aussprache von Wolfgang Herbst und Rolf Kiau vom MfDG mit Vertretern der Zollverwaltung der DDR bezüglich der Erweiterung Vereinbarung zur Übergabe von Druckerzeugnissen, 29.10.1965, BArch DL 203/3016.

¹⁷³ Vgl. ebd.

Den Polizeidienststellen oblagen beispielsweise auch die Aufgaben zur Ermittlung und Sicherstellung von Kunst- und Kulturgut, das im Zuge der Bodenreform „unter staatlichen Schutz“ gestellt wurde. Dazu gehörte auch die intensive Suche nach „verlorengegangenen kulturhistorischen Wertgegenständen“, die versteckt, gestohlen bzw. geplündert wurden oder in private Kunsthandlungen gelangten.¹⁷⁴ In diesem Zusammenhang wurden auch „polizeiliche Zwangsmittel“ eingesetzt.¹⁷⁵

Das MfDG wurde ferner selbst aktiv und richtete konkrete Anfragen an Volkspolizeiabteilungen, unter anderem wurde das Präsidium der Volkspolizei, Abteilung Versorgung in Berlin vom MfDG mit der Bitte um Überlassung von Uniformen der Volkspolizei zu Ausstellungszwecken kontaktiert.¹⁷⁶ Überdies erkundigte sich das Museum beim Ministerium des Innern, Kasernierte Volkspolizei, Politische Verwaltung nach bis 1952 getragenen VP-Uniformen. Das MfDG solle sich in diesem Fall an die Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei wenden, lautete die Antwort.¹⁷⁷ Der stellvertretende Abteilungsleiter des Sektors Militaria, Herr Heber, wandte sich am 22. Dezember 1970 an die Bezirksbehörde Volkspolizei, Referat Beschaffung in Potsdam, da er Kenntnis davon genommen hatte, dass in Königs Wusterhausen von einem Bürger aus Niederlehme Teile von Maschinengewehren eingezogen wurden. Das MfDG zeigte Interesse am Erwerb der Waffen.¹⁷⁸ Dies verdeutlicht, wie sehr das Museum auf die Schließung vorhandener Lücken in den Beständen bedacht war und auf welchen Wegen Objekte unkompliziert requiriert werden konnten.

Es kam auch vor, dass sich Räte von Städten oder Stadtbezirken beim MfDG meldeten und die ihnen von der Volkspolizei übergebenen Waffen an das Museum weiterverteilten.¹⁷⁹

c) Die Generalstaatsanwaltschaft Groß-Berlin

Die Strafjustiz besaß für den Ausbau und die Festigung des selbstverordneten Führungs- und Machtanspruchs der SED und seines Politbüros des Zentralkomitees der SED einen besonders hohen Stellenwert. Vor allem das „Instrument Staatsanwaltschaft“ sollte nach sowjetischem Vorbild „bei der Ausschaltung gegnerischer und nonkonformer gesellschaftspolitischer Einflüsse und Strömungen mittels der Strafverfolgung und anderer repressiver Maßnahmen wirkungsvoller und zielgerichteter

¹⁷⁴ Ministerium des Innern, DDR (Hg.): Geschichte der Deutschen Volkspolizei. 1945-1961, Band 1, Berlin 1987, S. 63f. Siehe in diesem Zusammenhang auch Kap. 3.1.1 a).

¹⁷⁵ Ebd.

¹⁷⁶ Vgl. DHM-HArch, MfDG/111, Bl. 110.

¹⁷⁷ Vgl. Schreiben des Mdl, Kasernierte Volkspolizei, Politische Verwaltung an das MfDG, 26.03.1954, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 221.

¹⁷⁸ Vgl. DHM-HArch, MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 202.1. Der Erwerbungsverfahren konnte bisher nicht ermittelt werden.

¹⁷⁹ Vgl. bspw. Schreiben des Rates des Stadtbezirks Weißensee mit Information über von VP-Inspektion erhaltenen zwei Seitenwaffen, die aus der Dienststelle abgeholt werden können, 06.02.1957, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 222.

eingesetzt werden“. Hierfür war eine weitere Zentralisierung und Entwicklung zu einem "selbständigen Organ der Staatsgewalt" nötig.¹⁸⁰

Über die Generalstaatsanwaltschaft Groß-Berlin sind 11 Objekte als Übergabe beziehungsweise Überweisung in das MfDG gekommen. Dabei handelt es sich um Objekte aus der Sammlung der uniformkundlichen Grafik. Die genauen Umstände der Übergabe konnten bisher nicht ermittelt werden. Hinsichtlich dieser speziellen Provenienz ist die Herkunft aus einem Strafverfahren jedoch wahrscheinlich. Die General-Staatsanwaltschaft ist auch an Übergaben durch das DDR-Finanzministerium, Abteilung Tresorverwaltung beteiligt gewesen, insbesondere der Berliner Oberstaatsanwalt Heinz Lipka. Siehe in diesem Zusammenhang Kapitel 3.1.1 a).

3.1.5 Museen in der DDR

In den Inventarbüchern finden sich viele Museen der DDR, die als Einlieferer auftraten. In den meisten Fällen handelte es sich auch hierbei um Übergaben. Als Fallbeispiele werden nachfolgend das Museum für Vorgeschichte in Halle und die Staatliche Galerie Moritzburg ausgewählt.

Die Kontakte des Museums für Deutsche Geschichte zu anderen Museen sind insbesondere in der Aufbauphase des Museums und gleichsam der museumspolitischen Umstrukturierungsphase vieler Museen, vor allem lokaler Heimatmuseen in der DDR, sehr umfangreich und es zeigt sich eine sehr gute sowie weitreichende Vernetzung der Museen untereinander. In den zahlreichen Schriftwechselakten des DHM-Hausarchivs mit Museen finden sich Anliegen zu Leihgaben bzw. Leihnahmen, Reproduktionsgenehmigungen, zu Transporten, Übergaben, Tauschgeschäften und Schenkungen, Überweisungen aus magazinierten Beständen, Bodenreformbeständen oder Beständen liquidierter Museen, zu Umwandlungen von Dauerleihgaben in Übereignungen bzw. Überschreibungen und Überlassungen sowie zur Weiterleitung von Angeboten und Hinweisen.

Die herausgestellte Rolle, die das Museum für Deutsche Geschichte sowohl in der Museums- als auch Forschungslandschaft in dieser Zeit einnehmen sollte, ist in diesem Zusammenhang entscheidend. Andreas Ludwig fasst die damalige Funktion des MfDG in seiner Veröffentlichung „Sammelte sich die DDR selbst? Geschichtsverständnis und Sammlungspraxis in ostdeutschen Museen“ wie folgt zusammen:

„Eine herausragende Bedeutung für die Museumsentwicklung in der DDR hatte das Museum für Deutsche Geschichte. 1952 gegründet, sollte es eine Doppelfunktion erfüllen: zum einen war es als 'Leitmuseum' für alle Geschichtsmuseen in der DDR gedacht, zum anderen sollten hier marxistische Historiker wirken, das Museum also

¹⁸⁰ Dieser Absatz basiert auf der Bundesarchiv-Bestandseinleitung (DP 3 Generalstaatsanwalt der DDR), <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DP3-21966/index.htm?kid=2a7ea123-6d65-44bd-b282-a204ee2d24d3> (letzter Zugriff: 18.11.2020).

in die akademische Geschichtswissenschaft zurückwirken, in der damals noch ältere Historiker dominierten.“¹⁸¹

Der Staatssekretär für Hochschulwesen,¹⁸² Gerhard Harig, berief im Januar 1952 Alfred Meusel zum Direktor. Die von ihm eingesetzten Mitarbeiter*innen bzw. Funktionsträger*innen waren zumeist Mitglieder der SED. Größtenteils wurden Studierende der Humboldt-Universität als weitere Mitarbeiter*innen eingestellt.¹⁸³

Jan Scheunemann hebt zudem die mit der Relevanz des in Gründung befindlichen MfDG einhergehende Unterordnung anderer Museen hervor:

„[...] Denn während die SED alles daran setzte, den Aufbau des zentralen Geschichtsmuseums mit hohem finanziellen, personellem und ideologischen Aufwand voranzutreiben, geriet die Arbeit der örtlichen Museen aus ihrem Blickfeld. Als das Museum für Deutsche Geschichte dann schließlich im Jahr 1952 in Ost-Berlin gegründet wurde, befanden sich die Heimatmuseen aufgrund unzureichend geregelter Unterstellungsverhältnisse in einem administrativen Schwebezustand.“¹⁸⁴

In einem Schreiben des kurzzeitig amtierenden MfDG-Direktors Eduard Ullmann an den Staatssekretär Harig vom 25. März 1952 wird deutlich, wie stark das MfDG von kleineren Häusern in der Anfangszeit abhängig war und wie groß der Druck von übergeordneten Stellen auf diese gewesen sein muss, um das zentrale Geschichtsmuseum zu unterstützen:

„Die Eröffnung des Museums für deutsche Geschichte am 1. Mai 1952 hängt davon ab, wie weit das Museum für Deutsche Geschichte Museums-Objekte aus der Republik auf allerschnellstem Wege beschaffen kann. Es müssen in den nächsten Wochen durch Fachkräfte Landes- und Heimatmuseen in der gesamten Deutschen Demokratischen Republik aufgesucht, hierbei Anschauungsmaterial und Archivgut ausgewählt und in kürzester Frist nach Berlin zusammengetragen werden.“¹⁸⁵

Mit der Bitte um Benzin für eine LKW-Nutzung schließt der Brief. Der Konkurrenzdruck zwischen einzelnen DDR-Museen und dem MfDG, wenn es um die Überlassung von Objekten ging, zeigte sich bei der Sichtung von Korrespondenz. Zum Beispiel monierte das Stadtmuseum Jena im Jahr 1956 die Übergabe von Gemälden aus dem Nachlass von Herzog von Sachsen-Altenburg (Schloss „Fröhliche Wiederkunft“ bei Jena) an das MfDG, die inhaltlich eigentlich einen viel stärkeren Bezug zum

¹⁸¹ Andreas Ludwig: Sammelte sich die DDR selbst? Geschichtsverständnis und Sammlungspraxis in ostdeutschen Museen, 2014. http://www.kulturation.de/ki_1_thema.php?id=138 (letzter Zugriff: 04.11.2020).

¹⁸² Das Museum für Deutsche Geschichte war dem Staatssekretariat für Hochschulwesen (ohne ministeriellen Status) unterstellt, 1958 umbenannt in Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, ab 1967 erfolgte die ministerielle Umwandlung (Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR).

¹⁸³ Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Legimitation eines neuen Staates: Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997 (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), S. 176.

¹⁸⁴ Jan Scheunemann: 'Gegenwartsbezogenheit und Parteinahme für den Sozialismus': Geschichtspolitik und regionale Museumsarbeit in der SBZ/DDR 1945-1971, Berlin, 2009, S. 365.

¹⁸⁵ BArch DR 3/4039, Bl. 23.

Stadtmuseum hätten. Der Direktor, Oskar Schmolitzky, schrieb am 21. Februar 1956 resigniert an das MfDG:

„[...] Der Kollege Voigt vom Ministerium für Kultur hat mich jedoch gebeten, zu Ihren Gunsten auf 3 der Bilder zu verzichten. Ich möchte mich den Notwendigkeiten des Museums für Deutsche Geschichte in bezug [sic!] auf Beschaffung von Exponaten nicht verschließen und den Vorschlag – wenn auch schweren Herzens – annehmen.“¹⁸⁶

Angegliedert wurden die Heimatmuseen im Sommer 1945 zusammen mit anderen kulturellen Einrichtungen an die neu gebildeten kommunalen Verwaltungen der Gemeinden, Städte und Kreise.¹⁸⁷ In den MfDG-Akten der DDR-Zeit findet man häufig den Schriftwechsel des MfDG mit den jeweils für die Museen zuständigen Räten, etwa der Städte oder Kreise.¹⁸⁸

Mit der Gründung des Ministeriums für Kultur der DDR (MfK) im Januar 1954 wurde eine Umwandlung der bis dahin bei den Räten der Bezirke und Kreisen angegliederten Abteilungen Kunst und kulturelle Massarbeit vollzogen. Sie wurden fortan als Kulturabteilungen geführt. Die zuvor von 1951 bis 1953 agierende Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten¹⁸⁹ ging im MfK auf. Auch die Abteilung Erwachsenenbildung des DDR-Ministeriums für Volksbildung, die sich für die Heimatmuseen engagierte, wurde in das MfK integriert. Personell durch Lieselotte Kramer-Kaske, die nun die Abteilung Heimatmuseen, Wanderausstellungen, Zoologische und Botanische Gärten innerhalb der Hauptabteilung Kulturelle Massarbeit im MfK übernahm.¹⁹⁰ Dort angesiedelt wurde 1954 überdies die Fachstelle für Heimatmuseen zur fachlichen Anleitung und Kontrolle der Heimatmuseen mit Sitz in Halle unter der Leitung zunächst von Heinz Arno Knorr,¹⁹¹ der 1948 an das neu geschaffene Landesamt für Natur- und Kulturpflege berufen und mit der Bergung von Kunst- und Kulturgut im Zuge der Bodenreform beauftragt wurde. Darüber hinaus leitete er von 1952 bis 1954 die Galerie Moritzburg in Halle und die Landesmuseumspflege in Sachsen-Anhalt.¹⁹² Zwischen Knorr und dem MfDG bestand in den 1950er Jahren regelmäßiger Kontakt. So gab er bei einem Besuch des MfDG-Abteilungsleiters, Rolf Kiau, in der Moritzburg/Halle, wo die Fachstelle untergebracht war, Hinweise auf die Bodenreform in Beichlingen.¹⁹³ Ferner informierte er über die Ausstattung von

¹⁸⁶ DHM-HArch, MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 6.1.

¹⁸⁷ Vgl. Susanne Köstering: Linientreue oder Eigensinn? Die brandenburgische Museumslandschaft in der DDR, in: Museumsblätter. Mitteilungen des Museumsverbandes Brandenburg, Nr. 20, September 2012, S. 19.

¹⁸⁸ Zum Beispiel: Schreiben des Rates der Stadt Rudolstadt (Thüringen), der stellvertretende Bürgermeister, an MfDG, Sektor Militaria vom 12.02.1954 zwecks Übergabe von Harnischteilen aus dem Heimatmuseum als Beitrag zum Aufbau des Sektors Militaria. Vgl. DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 221.

¹⁸⁹ Siehe hierzu Jochen Staadt: Die Eroberung der Kultur beginnt! Die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten der DDR (1951–1953) und die Kulturpolitik der SED (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Bd. 15), Frankfurt am Main u. a., 2011.

¹⁹⁰ Vgl. Scheunemann 2009, S. 156.

¹⁹¹ Siehe auch Personendokumentation (Anhang).

¹⁹² Vgl. Scheunemann 2009, S. 155f.

¹⁹³ Vgl. DHM-HArch, MfDG/484.2, Bl. 178.

Museen beziehungsweise über die Verteilung von Objekten an diese¹⁹⁴ oder versprach Stilmöbel, mittelalterliche Glasfenster, etc. an das MfDG zu vermitteln und diesbezüglich behilflich zu sein. Die Möbel können laut Knorr jederzeit aus dem Depot der Moritzburg bezogen werden.¹⁹⁵ Darüber hinaus wurde beispielsweise über Restaurierungspraktiken korrespondiert oder über die Zusage der Unterstützung von Ausstellungen kleinerer Museen seitens des MfDG, etwa mit historischen Waffen.¹⁹⁶

Das Museum für Deutsche Geschichte bemühte sich 1953 um die Rückführung der Bestände des ehemaligen Zeughauses und stellte in diesem Zusammenhang Nachforschungen an, die von der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, HA Bildende Kunst, Abt. Kunstsammlungen und Denkmalpflege sowie dem Staatssekretariat für Hochschulwesen unterstützt wurden. Die Erlaubnis für die Nachforschungen und die Entsendung von MfDG-Beauftragten für Depotsichtungen in den Museen der DDR wurde von Stakuko-Abteilungsleiter, Kurt Schifner, am 4. Dezember 1953 erteilt.¹⁹⁷ Am 24. Juni 1953 war vom Staatssekretariat für Hochschulwesen bereits eine "Anordnung über die Erfassung der Bestände des ehemaligen Zeughauses zu Berlin" erlassen worden, die eine Überweisung aller Gegenstände des ehemaligen Zeughauses an das neugegründete Museum verfügte.¹⁹⁸

Wertvolle Inventare der Schlösser und Herrenhäuser gingen durch Plünderungen, Zerstörungen, Verkäufe und Verbringungen durch die Rote Armee in die Sowjetunion in der unmittelbaren Nachkriegszeit verloren. Die noch vorhandenen Restbestände von Kunst- und Kulturgütern, Guts- und Herrschaftsarchiven, Bibliotheken, Möbeln u.v.m. verblieben am bzw. im Ort oder wurden verteilt. Insbesondere die Nachforschungen zur Translokation und Zirkulation von Beständen der Bodenreform über Museen der DDR bildeten einen wesentlichen Bestandteil der Projektarbeit im zweiten Jahr. Anhand der nachfolgenden Fallbeispiele zeigt sich, dass es häufig zu einer Umverteilung von Kunst- und Kulturgütern, die im Zuge der Bodenreform im gesamten Gebiet der SBZ aus Schlössern, Guts- und Herrenhäusern enteignet wurden, zwischen den DDR-Museen bzw. an das MfDG kam.¹⁹⁹

¹⁹⁴ Schriftwechsel mit Dr. H. A. Knorr, Direktor der Fachstelle für Heimatmuseen, Juli 1954 über zwei Stichwaffen, die das Heimatmuseum Burg Posterstein durch Herrn Knorr aus dem Feudal-Museum Wernigerode als Leihgaben erhielt. Es handelte sich jedoch um Waffen aus ehemaligem Zeughausbesitz, in: DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 221.

¹⁹⁵ Vgl. DHM-HArch, MfDG/484.3, Bl. 43.

¹⁹⁶ Vgl. DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 52 und MfDG/Rot/vorl. 222.

¹⁹⁷ Vgl. Schreiben des Abteilungsleiters Kunstsammlungen und Denkmalpflege, Kurt Schifner, (Stakuko) an MfDG-Direktor Eduard Ullmann, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 221.

¹⁹⁸ Vgl. ebd. und https://provenienz.gbv.de/Zeughaus_Berlin (letzter Zugriff: 05.11.2020).

¹⁹⁹ Als Grundlage können die SMAD-Gesetzgebungen Nr. 85 vom 2. Oktober 1945 und Nr. 177 vom 18. Juni 1946 angesehen werden, die u.a. eine Magazinierung des „sichergestellten“ Kunstgutes in den Museen vorschrieben. Vgl. Bernd Maether: Brandenburgs Schlösser und Herrenhäuser 1945-1952. Brandenburgische historische Hefte, Nr. 12, Potsdam, 1999, S. 120 und Konrad Breitenborn: „Eigentum des Volkes“ – Kunst und Kulturgutentziehungen durch die Bodenreform, in: Fikentscher, Schmuhl und Breitenborn 1999, S. 120.

Die Bodenreform in der SBZ stellte nach einem Resümee von Torsten Hartisch die größte Umwandlung der eigentumsrechtlichen Situation und der Sozialstruktur des ländlichen Raumes im 20. Jahrhundert dar. Brandenburg sei als gutsherrschaftlich geprägtes Flächenland besonders von diesen Veränderungen betroffen gewesen.²⁰⁰

In der Provinz Sachsen (später umbenannt in Provinz Sachsen-Anhalt, bis 1952 Land Sachsen-Anhalt) wurde die „Kunstgutsicherstellung“ beispielsweise zentral durchgeführt. Zunächst war für die dortige Sicherstellung der Provinzial- bzw. Landeskonservator, Wolf Schubert, zuständig (1945-1948), dann übernahm das Ministerium für Volksbildung, Landesamt für Naturschutz und Kulturpflege unter H. A. Knorr die Leitung.²⁰¹ Konrad Breitenborn führt in seinem Aufsatz „‘Eigentum des Volkes’ - Kunst- und Kulturgutenteignungen durch die Bodenreform“ die Begriffe „Erst- und Zweitverbringung“ an, demnach gelangte Kunst- und Kulturgut in Sachsen-Anhalt zuerst in „Kreisarchive, Volksbüchereien, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Pfarrämter und über 20 Museen, insbesondere in die Museen Magdeburg, Bernburg, Weißenfels und Wollmirstedt – vor allem jedoch in die Moritzburg zu Halle und in das Wernigeröder Schloss.“²⁰² Als eine Art „Zweitverbringung“ bezeichnet Breitenborn die weitere Verteilung auf Museen des Landes durch „Leihscheinregelung“, dokumentiert in den „Knorr-Karteikarten“.²⁰³ Jedoch zeigten sich auch Übergaben im Zuge einer „Zweitverbringung“, die als Übereignungen ohne Leihvertrag und über den Bereich Sachsen-Anhalts hinaus, von der Staatlichen Galerie Moritzburg in Halle an das MfDG übersandt wurden, wie das Fallbeispiel unter Kapitel 3.1.5 b) veranschaulicht.

a) Das Museum für Vorgeschichte in Halle

Das Museum für Vorgeschichte fällt besonders durch die hohe Zahl an Gegenständen auf, die von dort dem MfDG in den 1950er/1960er Jahren übergeben wurden. Insgesamt handelt es sich um knapp 3.000 Einzelobjekte. Den überwiegenden Teil dieses Konvoluts bilden Druckgrafiken, aber auch Gipsabgüsse, unter anderem der Büste der Königin Luise von Preußen oder des Fürsten Otto von Bismarcks, die wohl aus der ehemaligen Greffschen Sammlung stammen und nach 1945 im Landesmuseum für Vorgeschichte Halle magaziniert wurden²⁰⁴ sowie ein Gemälde und Schallplatten.

Exemplarisch soll hier die Herkunft des Ölgemäldes etwas genauer vorgestellt werden. Das übergebene Bild zeigt den von Adolf Jebens 1876 gemalten preußischen Historiker Leopold von

²⁰⁰ Torsten Hartisch: Quellen zur Bodenreform 1945ff. im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, 2018. https://blha.brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/01/Hartisch_Bodenreform_2018_klein.pdf (letzter Zugriff: 06.11.2020).

²⁰¹ Vgl. Breitenborn 1999, S. 129.

²⁰² Breitenborn 1999, S. 137.

²⁰³ Breitenborn 1999, S. 144.

²⁰⁴ Vgl. Dieter Kaufmann: Das Landesmuseum für Vorgeschichte Halle (Saale) nach 1945, in: Jahresschrift für Mitteldeutsche Vorgeschichte, Band 67, 1984, S. 139, <https://journals.ub.uni-heidelberg.de/index.php/jsmv/article/view/52707/46313> (letzter Zugriff: 05.11.2020).

Ranke (Kopie nach Julius Schrader) und wurde 1961 unter der Nummer Kg 61/1 inventarisiert. Dem Briefwechsel zwischen dem MfDG und dem Museum für Vorgeschichte kann man Informationen über die Herkunft des Gemäldes entnehmen. Die Beschreibung dort lautet: „Die Kopie eines Ranke-Bildnisses. Es ist für die Historiker bestimmt. Das Bild, aus der Bodenreform stammend, soll in den Besitz des Museums für Deutsche Geschichte übergehen.“²⁰⁵ Das Schreiben legt direkt offen, dass es sich um ein Gemälde handelt, dass im Zuge der Bodenreform enteignet worden ist. Eine Prüfung des Gemäldes auf Provenienzmerkmale erbrachte einen Aufkleber auf der Rückseite, der die Aufschrift „Lodersleben“ trägt.



Abbildung 14: Detail der Rückseite des Ranke-Bildnisses
(Aufkleber mit „Lodersleben“-Aufschrift)

Das Gemälde hing vermutlich im Schloss Lodersleben (Querfurt/Sachsen-Anhalt). Leopold von Ranke hielt sich häufiger in Lodersleben auf.²⁰⁶ Später ging der Besitz auf die Familie von der Schulenburg über. In der Nachkriegszeit wurde es zur Flüchtlingsunterkunft. Dank Jan Scheunemann konnten weitere Informationen über das Ranke-Porträt (Kopie) in der Bergungs-Akte zum Kreis Querfurt nachgewiesen werden.²⁰⁷ Das Gemälde wurde am 11. November 1945 durch den Beauftragten des Landeskonservators in Lodersleben sichergestellt und zunächst in das Kulturamt nach Querfurt überführt. Es gelangte am 29. November 1945 zusammen mit anderen Ranke-Objekten in das Landesmuseum nach Halle.

Vor dem Hintergrund der Provenienz des Ranke-Gemäldes sind auch die weiteren Objekte, die dem MfDG vom Museum in Halle²⁰⁸ überwiesen worden sind, kritisch auf deren Provenienz zu prüfen.

²⁰⁵ Schreiben Volker Toepfers vom Museum für Vorgeschichte, Halle an Fritz Kunter vom MfDG, u.a. zum Transport eines Ranke-Gemäldes, 24.01.1961, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 054.

²⁰⁶ Vgl. <https://schloss-lodersleben.de/schloss> und Ulrich Muhlack: „Ranke, Leopold von“, in: Neue Deutsche Biographie 21 (2003), S. 140-142, <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118598279.html#ndbcontent> (letzte Zugriffe: 05.11.2020).

²⁰⁷ Vgl. LASA (Landesarchiv Sachsen-Anhalt), Abt. Magdeburg, K10, Nr. 7424, Bl. 238 f.

²⁰⁸ Im Hausarchiv des Landesmuseums für Vorgeschichte in Halle befindet sich ein Konvolut von Unterlagen aus den Übergabezeiten. Zudem ist im Fundstellenarchiv eine Auflistung der Abgüsse aus der Sammlung Greff vorhanden. Freundl. Mitteilung von Heidi Knörich, Archivmitarbeiterin im Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Landesmuseum für Vorgeschichte vom 06.02.2020. Leider war eine

b) Staatliche Galerie Moritzburg (Halle/Saale)

„Die Moritzburg in Halle an der Saale diente bekanntlich als Hauptdepot für Kunst- und Kulturgut, das im Zuge der Bodenreform im Gebiet des Landes Sachsen-Anhalts enteignet wurde (mit Außenstelle in Wernigerode).“ Katja Schneider leitet mit diesem Satz ihren Publikationsbeitrag über die Moritzburg als Durchgangslager für enteignetes Kunstgut ein.²⁰⁹ Ein weiteres zentrales Magazin befand sich im Schloss Beichlingen.²¹⁰ Die „Landesgalerie Sachsen-Anhalt“ in Moritzburg war ab dem 1. April 1950 vom Volksbildungsministerium mit der „Verwaltung und Verwertung“ des durch die Bodenreform enteigneten Kunst- und Kulturgutes beauftragt. Vorrangig waren diese Objekte für eine museale Nutzung vorgesehen und wurden dafür zentral katalogisiert.²¹¹ Jan Scheunemann erforscht von 2018 bis 2021 im Rahmen eines vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste finanzierten Forschungsprojektes die Rolle der Moritzburg als zentrale Sammelstelle für im Zuge der Bodenreform unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges im Land Sachsen-Anhalt beschlagnahmte Objekte.²¹² Ferner gibt es Ausführungen von Konrad Breitenborn über die Moritzburg als Depot.²¹³

In den MfDG-Akten ließen sich im zweiten Projektjahr zum einen eine Überlassung von 7 Militaria-Objekten „aus den Beständen der Bodenreform“ am 20. Juli 1956 nachweisen, die, wie sich im Nachhinein herausstellte, aus dem ehemaligen Berliner Zeughaus stammten.²¹⁴ Der Direktor der Staatlichen Galerie Moritzburg, Otto-Heinz Werner, antwortete am 31. Oktober 1956 auf MfDG-Abteilungsleiter Kiaus Frage, wo sich diese Gegenstände befunden haben:

„Anlässlich einer Überprüfung der Möbelstücke, die wir als Kulturgut im Zuge der Bodenreform geborgen haben, fanden wir in einem Schränkchen, das aus dem Schloss Ermlitz, Bezirk Leipzig, stammt, die von uns übersandten Gegenstände. [...] Eine Umfrage bei meinen Mitarbeitern, die seit 1951 an den Bergungsaktionen teilnahmen, verlief ohne Erfolg. [...] Vielleicht ist jedoch Herr Knorr, der jetzt Direktor der Fachstelle für Heimatmuseen ist, in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob Militariagegenstände im Schloss Ermlitz geborgen wurden.“²¹⁵

Das Herrenhaus Ermlitz gehörte bis 1945 der Familie Apel und wurde anschließend als Kinderheim genutzt. Bisher ist noch unklar, wie die Objekte in das Gutshaus gelangten.

Einsichtnahme aufgrund der Schließung des Archivs im Zusammenhang mit den Corona-Beschränkungen innerhalb des Projektzeitraums nicht mehr möglich.

²⁰⁹ Katja Schneider: Sicherstellung und Zweitverbringung. Die Moritzburg in Halle (Saale) als Auffang- und Durchgangslager für enteignetes Kunstgut, in: Blübaum, Maaz, Schneider u. a. (Hg.) 2012, S. 49.

²¹⁰ Vgl. Breitenborn 1999, S. 137.

²¹¹ Vgl. ebd., S. 143.

²¹² Vgl. u.a. Jan Scheunemann: Die Moritzburg in Halle (Saale) als Zentrallager für enteignetes Kunst- und Kulturgut aus der Bodenreform, in: Deutsches Zentrum Kulturgutverluste: Provenienz & Forschung Heft 1/2019, 2019, S. 26-33.

²¹³ Vgl. u.a. Breitenborn 1999.

²¹⁴ Vgl. DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 222.

²¹⁵ Ebd.

Zum anderen konnte ein Übereignungsprotokoll, unterzeichnet von Elisabeth Speer, Mitarbeiterin der Gemäldeabteilung der Moritzburg in Halle, und von MfDG-Mitarbeiter, Heinz Levien, entdeckt werden, das insgesamt sechs Ölbilder listet, die 1963 von der Staatlichen Galerie Moritzburg in Halle an das MfDG überwiesen wurden.²¹⁶ Fünf von ihnen wurden nach 1990 zurückgegeben, da sie nachweislich aus dem ehemaligen Besitz verschiedener adliger Familien stammen. Die Bildnisse „Alfred Krupp“ und „Bertha Krupp“ sind dem DHM als Dauerleihgaben zur Verfügung gestellt worden. An diesem Beispiel zeigt sich, dass eine „Zweitverbringung“ von Kunstwerken aus dem Depot der Staatlichen Galerie Moritzburg in Museen nicht nur leihweise und im Bereich Sachsen-Anhalts erfolgte, sondern auch als konkrete Übereignungen in das Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin.

3.1.6 Massenorganisationen – Beispiel: Kulturbund

Die Rolle der 1945 gegründeten kulturellen Massenorganisation „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“²¹⁷ wurde im Bericht bereits an verschiedenen Stellen erläutert. Dennoch soll noch einmal die wichtige Bedeutung der Massenorganisationen im Hinblick auf den Erwerb von Objekten durch das Museum am Beispiel des Kulturbundes beleuchtet werden.

Unter Punkt 10 der „Grundsätze für den Aufbau des Museums für Deutsche Geschichte“ von 1951 ist hierzu vermerkt:

„Die verantwortlichen Genossen in den Massenorganisationen und wissenschaftlichen Gesellschaften werden verpflichtet, die aktive Teilnahme ihrer Organisationen an der Schaffung des Museums für Deutsche Geschichte zu gewährleisten, indem sie dem Museum das erforderliche Material über die Tätigkeit dieser Organisationen zur Verfügung stellen [...]“²¹⁸

Die Beschaffung von Gegenwartsmaterial durch Anschreiben an Organisationen, darunter der Friedensrat, Zentralrat der FDJ, Nationalrat, der Bundesvorstand des FDGB und die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, ist in einem Arbeitsbericht des Jahres 1955 nachweisbar.²¹⁹ Unter anderem sollten Flugblätter, wichtige Einzelnummern von Zeitungen und Zeitschriften, Plakate, Flugschriften, vornehmlich aus Westberlin und Westdeutschland über Organisationen und zudem

²¹⁶ Vgl. DHM-HArch, MfDG/Abt. Slg.-Fundus/vorl. 252.2.

²¹⁷ Erster Präsident war bis 1958 Johannes R. Becher.

„Kennzeichnend für den Kulturbund waren seine zahlreichen Arbeits- und Interessengemeinschaften, Arbeits- und Freundeskreise, Fachausschüsse und Fachgruppen mit ehrenamtlicher Leitung, in denen ein reges Vereinsleben entfaltet wurde. Die Kreise und Gruppen boten staatlich subventioniert vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, Hobbyforschung, Traditions- und Erbpflege, der Beschäftigung mit Sammelgebieten und der künstlerischen Betätigung. Der Kulturbund unterhielt rund 450 kleine Galerien, in denen auch weniger bekannte Künstler oder Volkskunstschaffende ihre Werke ausstellen konnten.“

<http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy27/index.htm?kid=020865c8-2c24-4def-bfc4-971d857c4116> (letzter Zugriff: 12.11.2020) und siehe auch die Publikation von Andreas Zimmer von 2019.

²¹⁸ Grundsätze für den Aufbau des Museums für Deutsche Geschichte (1951), DHM-HArch, MfDG/o40, Bl. 23.

²¹⁹ Vgl. Arbeitsbericht der Abteilung Sammlung für das dritte Quartal 1955, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 029.

über das ZK der SED, über die KPD (Verfolgung von Kommunisten, Arbeit in der Gewerkschaft etc.) in die Sammlungen des Museums gelangen.²²⁰ Insbesondere die Zusammenarbeit mit lokalen Kulturbundstellen spielte für den Erhalt von Objekten eine entscheidende Rolle.

Ohne Zierrahmen gelangte beispielsweise am 26. November 1955 ein Gemälde der Anna Maria, Freiin von Müller, in der Mitte des 18. Jahrhunderts entstanden, als Schenkung des Kulturbundes Bad Salzungen in die MfDG-Sammlung. Auf der Rückseite des Werkes befindet sich lediglich die MfDG-Plakette mit der Inventarnummer. Jedoch sind auf der rückseitigen Leinwand der Name der Dargestellten sowie ihre Lebensdaten handschriftlich notiert. Das Motiv lässt auf eine adlige Herkunft des Gemäldes schließen. Anna Maria, Freiin von Müller, war die Mutter von Freiherr von Boyneburg zu Lengsfeld, der 1757 in Weilar geboren wurde.²²¹ Bisher konnte nicht herausgefunden werden, ob das Gemälde im Zuge der Bodenreform eventuell aus einem Schloss oder Herrenhaus aus dem Kreis Bad Salzungen in Thüringen (Bezirk Suhl) beschlagnahmt wurde.²²² Leider war kein konkreter Übergabevorgang im DHM-Hausarchiv auszumachen. Ein Zusammenhang zu den Erwerbungsverfahren Mitte der 1950er Jahre über den Kulturbund-Kreissekretär in Bad Salzungen ist aber sehr wahrscheinlich.



Abbildung 15: Gemälde der Anna Maria, Freiin von Müller

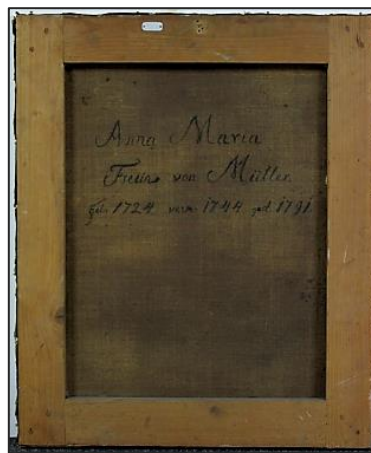


Abbildung 16: Rückseite des Porträts

3.1.7 Zusammenfassende Betrachtung der ausgewählten Beispiele

Aus den behandelten Beispielen lässt sich ablesen, dass das Museum für Deutsche Geschichte seine Objekte aus den unterschiedlichsten staatlichen Quellen bezog. Darunter waren auch Institutionen wie Ministerien und die Räte von Bezirken, Kreisen etc. Insbesondere die Räte der Kreise sind als kritische Provenienz hervorzuheben, da dort Objekte konzentriert wurden, die aus Enteignungen

²²⁰ Vgl. Vorschlag der Abteilung Sammlung, Sektor Dokumente über die Beschaffung zeitgenössischen Materials vom 01.02.1955, DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 029.

²²¹ Vgl. Karl Wilhelm Justi: Grundlage zu einer hessischen Gelehrten-, Schriftsteller- und Künstler-Geschichte vom Jahre 1806 bis zum Jahr 1830, Band 19, Marburg 1831, S. 825.

²²² In Frage kämen unter anderem eventuell Schloss Weilar oder die Burg Lengsfeld.

stammen können. Die Referate bzw. Sachgebiete „Staatliches Eigentum“ oder „Verwaltung des staatlichen Eigentums“ und auch die verschiedenen Abwandlungen der „Abteilung Kultur“ dokumentierten, verwalteten und verwerteten entzogenes Eigentum aus der Bodenreform, aber auch die Rücklässe von „Republikflüchtigen“. Hiervon hatte auch das Museum für Deutsche Geschichte Vorteile, das sich mit der Bitte um Unterstützung beim Sammlungsaufbau an die Räte wandte. Die aktive und systematische Bemühung des MfDG sukzessive Lücken in den Beständen zu schließen und die von der Bevölkerung, von Museen, Massenorganisationen und staatlichen Stellen in der gesamten Deutschen Demokratischen Republik eingeforderte Unterstützung des „Leitmuseums“ beim Aufbau der Sammlungen wurde in hohem Maße und Umfang belohnt und entsprochen. So konnten die Bestände neben Ankäufen durch zahlreiche Übergaben vergrößert werden, insbesondere auch von museumswürdigen Objekten, die nach 1945 in Staatseigentum übergegangen waren. Viele Überweisungen wurden mit dem Argument der besonderen Eignung für ein kulturhistorisches Museum wie dem MfDG begründet. In diesem Zusammenhang mussten auch einliefernde öffentliche Einrichtungen, die nach 1945 in umgenutzten Schlössern und Herrenhäusern untergebracht und die im Zuge der Bodenreform enteignet wurden, für tiefergehende Provenienzforschungen stets im Blick behalten werden.

Auch Weiterleitungen von Objekten aus den spezifischen SBZ/DDR-Entziehungskontexten an das Museum für Deutsche Geschichte über Museen und Räte der Kreise, Städte und Gemeinden, über den Kulturbund oder die Volkspolizei sind nachweislich vorgenommen worden, zumeist wirkten und arbeiteten mehrere Stellen, insbesondere auf lokaler Ebene zusammen. Das MfDG war stets daran interessiert, möglichst viele Kontakte herzustellen und das Wissen der Personen über potentiell für das Museum geeignete Stücke für Erwerbungs Zwecke zu nutzen. Um diese komplexen Netzwerke und Übergabeprozesse zu entdecken und nachzuvollziehen, bedurfte es der intensiven Aktenprüfung, in besonderem Maße der MfDG-Archivalien im hauseigenen Archiv. Oftmals kann durch eine Sichtung des Inventarbuches nur ein Verdacht auf mögliche vorhergehende Entzüge des übergebenen Kunst- und Kulturguts geweckt werden. In vielen Fällen ist der staatliche Einlieferer nur ein Übergabebeteiligter. Eine weitere kritische Provenienz ist die Tresorverwaltung beim Ministerium der Finanzen, die bis 1956 als zentrale Verwertungsstelle für eingezogene Wertgegenstände, die auch für das Museum von Interesse waren, agierte. Zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass es sich bei den dargestellten Provenienzen lediglich um eine Auswahl handelt, die für die Betrachtung im Rahmen des Forschungsziels besonders geeignet erschienen.

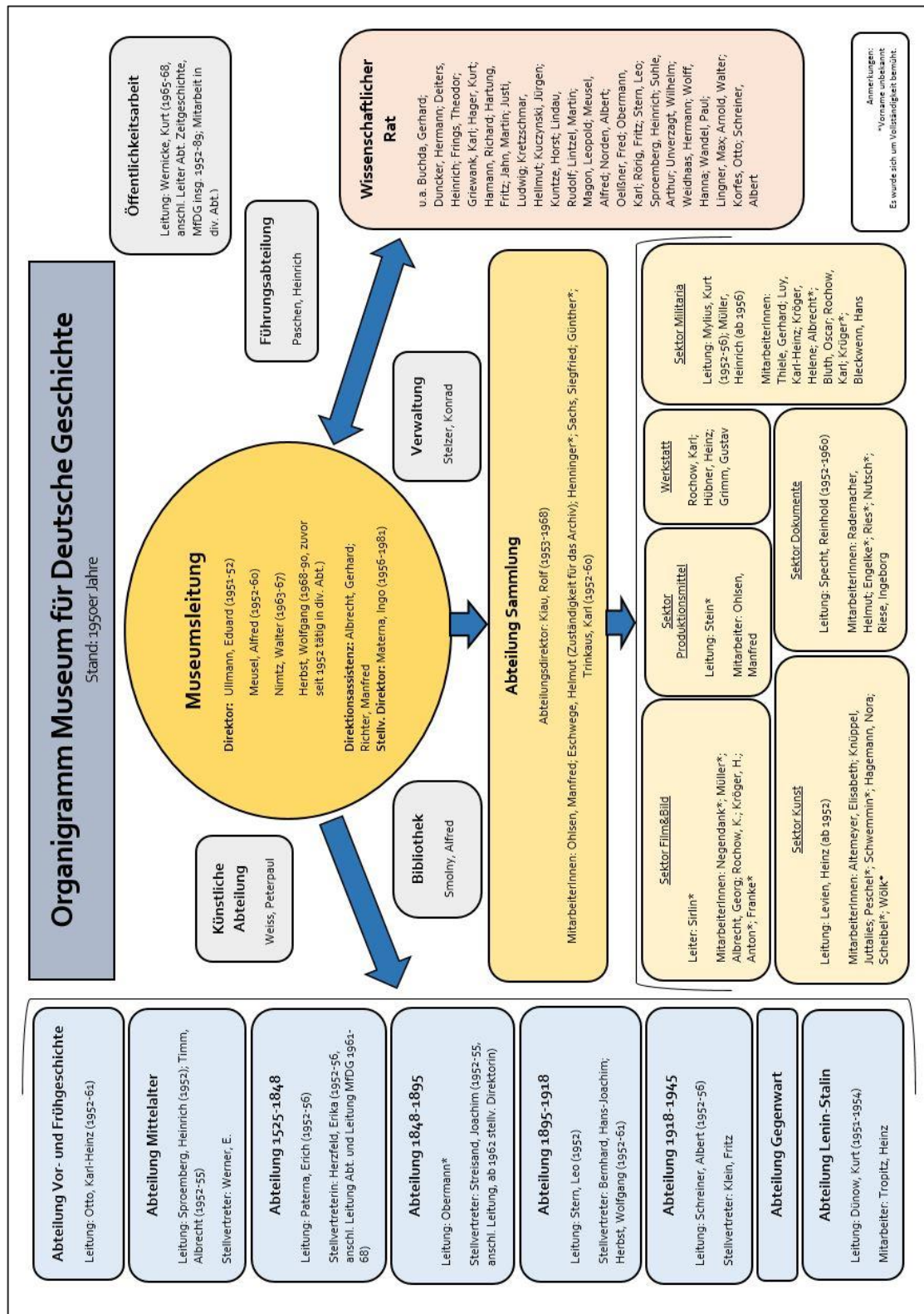


Abbildung 17: Organigramm des Museums für Deutsche Geschichte mit Fokus auf die 1950er Jahre

3.2 Literaturverzeichnis und Internetquellen (Auswahl)

- Amos, Heike: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949 - 1963: Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster, 2003 (Diktatur und Widerstand 4).
- Andrews, Mary-Elizabeth: »Memory of the Nation«: Making and re-making German history in the Berlin Zeughaus, Sydney, 2014. Online: <https://ses.library.usyd.edu.au/handle/2123/11994>, Stand: 22.11.2018.
- Badstübner-Gröger, Sibylle, Markus Jäger und Freundeskreis der Schlösser und Gärten der Mark (Hg.): Schlösser und Gärten der Mark: Festgabe für Sibylle Badstübner-Gröger, Berlin, 2006.
- Bait, Andrea: Im Kampf um die Konstruktion des »deutschen« Geschichtsbildes. Zur Entwicklung von historischen Nationalmuseen in Ost- und Westdeutschland, in: Brunner, Detlev; Grashoff, Udo; Kötzing, Andreas (Hg.): Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin, 2013 (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), S. 21–37.
- Behling, Klaus; Klemm, Bettina: Auf den Spuren der alten Meister Kunsthandel und Kunstraub in der DDR, Berlin, 2018.
- Berkholz, Stefan: Goebbel's Waldhof am Bogensee, Berlin, 2004.
- Bischof, Ulf: Die Kunst und Antiquitäten GmbH im Bereich Kommerzielle Koordinierung, Berlin, 2003 (Schriften zum Kulturgüterschutz/ Cultural Property Studies, Band 9).
- Bispinck, Henrik: »Republikflucht«: Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung, in: Hoffmann, Dierk; Institut für Zeitgeschichte (Hg.): Vor dem Mauerbau: Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München 2003 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), S. 285–311.
- Bispinck, Henrik; van Melis, Damian (Hg.): »Republikflucht«: Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Veröffentlichungen zur SBZ-/DDR-Forschung im Institut für Zeitgeschichte, München, 2006. Online: <<https://doi.org/10.1524/9783486706321>>, Stand: 09.10.2020.
- Blübaum, Dirk: Provenienzforschung am Staatlichen Museum Schwerin, in: Mitteilungen des Museumsverbandes in Mecklenburg-Vorpommern e.V., Jg. 27, 2018, S. 9-15.
- Blübaum, Dirk; Maaz, Bernhard; Schneider, Katja u. a. (Hg.): Museumsgut und Eigentumsfragen. Die Nachkriegszeit und ihre heutige Relevanz in der Rechtspraxis der Museen in den neuen Bundesländern. Workshop und Erfahrungsaustausch veranstaltet von der Konferenz nationaler Kultureinrichtungen in Zusammenarbeit mit der Kulturstiftung der Länder am 18. und 19. April 2012 im Staatlichen Museum Schwerin – Museum Schloss Güstrow, 2012. Online: <http://www.konferenz-kultur.de/Downloads/Tagungen/Tagungsband_Museumsgut_Eigentumsfragen.pdf?m=1367873057&> Stand: 05.10.2020. Mit umfangreichem Glossar von Cornelia Munzinger-Brandt.
- Blutke, Günter: Obskure Geschäfte mit Kunst und Antiquitäten: Ein Kriminalreport, Berlin, 1990.
- Bomski, Franziska; Seemann, Hellmut; Valk, Thorsten u. a. (Hg.): Spuren suchen: Provenienzforschung in Weimar, Göttingen, 2018 (Jahrbuch der Klassik Stiftung Weimar 2018).
- Braun, Jutta: Die zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Wirtschaftsstrafrecht und Enteignungspolitik in der Gründungs- und Frühphase der der DDR, in: Hoffmann, Dierk; Wentker, Hermann (Hg.): Das letzte Jahr der SBZ: Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß

der Gründung der DDR, München, 2000 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Sondernummer), S. 169–185.

- Breitenborn, Konrad: „Eigentum des Volkes“ – Kunst und Kulturgutentziehungen durch die Bodenreform, in: Fikentscher, Rüdiger, Schmuhl, Boje und Breitenborn, Konrad: Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt: Durchführung - Zeitzeugen – Folgen, Halle, 1999. S. 117-152.
- Breitling, Stefan: Lieberose, in: Burgen in Brandenburg und Berlin, o. D. Online: <<https://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/burg-und-herrschaft/brandenburg/Lieberose/>>, Stand: 10.09.2019.
- Broszat, Martin; Weber Hermann; Braas, Gerhard; Universität Mannheim und Institut für Zeitgeschichte München (Hg.): SBZ-Handbuch: Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München, 1990.
- Brunner, Detlev; Grashoff, Udo; Kötzing, Andreas (Hg.): Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin, 2013 (Forschungen zur DDR-Gesellschaft).
- Buch, Günther: Namen und Daten wichtiger Personen der DDR, Berlin, Bonn, 1979.
- Clemens, Petra; Clemens, Hans-H. und Demminer Regionalmuseum (Hg.): Güter, Kultur, Nachkrieg: Kulturgutbergung im Landkreis Demmin 1946-1950. Berlin, 2015.
- Deinert, Mathias: Die Forschung zu Kulturgutentziehungen in SBZ und DDR. Aufgaben und Möglichkeiten des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste, in: Museumsblätter. Mitteilungen des Museumsverbandes Brandenburg, DDR-Geschichte im Museum - neue Themen, neue Ansätze, Nr. 31, Dezember 2017, S. 82–87.
- Deutsches Zentrum Kulturgutverluste: Provenienz & Forschung Heft 1/2019, 2019.
- Dickel, Friedrich (Hg.): Geschichte der Deutschen Volkspolizei: 1945-1961. Ministerium des Innern, Kommission zur Erforschung und Ausarbeitung der Geschichte der Deutschen Volkspolizei, Berlin, 1987.
- Dietrich, Gerd: Kulturgeschichte der DDR, Göttingen, 2018.
- Doll, Anton: Das Archiv der Grafen Eckbrecht von Dürckheim-Montmartin, in: Unsere Archive (6), 11.1976, S. 1–5.
- Doll, Anton: Archiv der Grafen von Dürckheim-Montmartin im Landesarchiv Speyer, in: Der Archivar (2), 05.1976, S. 221.
- Dümmel, Karsten; Schmitz, Christian; Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Was war die Stasi? Einblicke in das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS), Sankt Augustin, 2002 (Zukunftsforum Politik 43).
- Ebenfeld, Stefan: Geschichte nach Plan? Die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft in der DDR am Beispiel des Museums für Deutsche Geschichte in Berlin (1950 bis 1955), Marburg, 2001.

- Engelmann, Roger (Hg.): Das MfS-Lexikon: Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, Berlin, 2011.
- Eschwege, Helmut: Fremd unter meinesgleichen: Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin, 1991.
- Faensen, Hubert: Die Neue Hakeburg: Wilhelminischer Prachtbau, Hitlers Forschungszentrum, SED-Kaderschmiede, Berlin, 2018.
- Fikentscher, Rüdiger; Schmuhl, Boje; Breitenborn, Konrad u. a. (Hg.): Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt: Durchführung, Zeitzeugen, Folgen; Tagung in Stendal am 21. und 22. November 1997, Halle an der Saale, 1999.
- Frach, Friederike: Schloss Wiepersdorf: Das »Künstlerheim« unter dem Einfluss der Kulturpolitik in der DDR, Berlin, 2012.
- Freydank, Ruth: Der Fall Berliner Theatermuseum, Berlin, 2011.
- Friedrich, Julia; Prinzing, Andreas und Museum Ludwig (Hg.): »So fing man einfach an, ohne viele Worte«: Ausstellungswesen und Sammlungspolitik in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, [Berlin], Köln, 2013.
- Gesamtdeutsches Institut – Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben: Bestimmungen der DDR zu Eigentumsfragen und Enteignungen. Ausgabe August 1971. Online: <https://bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Vermoegensrecht_und_Entschaedigungen/regelung-offener-vermoegensfragen-anlage1.pdf?__blob=publicationFile&v=4>, Stand: 26.10.2020.
- Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit: Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/90, in: Analysen und Dokumente, Nr. 20, Berlin, 2000.
- Gill, Ulrich: FDGB: Die DDR-Gewerkschaft von 1945 bis zu ihrer Auflösung 1990, Köln 1991 (Gewerkschaften in Deutschland 13).
- Goll, Jörn-Michael: Kontrollierte Kontrolleure: Die Bedeutung der Zollverwaltung für die »politisch-operative Arbeit« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2011 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 44).
- Goralczyk, Peter: Das Schicksal von Schlössern, Herrenhäusern und Burgen in der DDR-Zeit, in: Schlösser, Herrenhäuser, Burgen und Gärten in Brandenburg. Zum Jubiläum des Freundeskreises Schlösser und Gärten in der Mark, Berlin, 2012. S. 52–67.
- Haase, Gisela; Karpinski, Jürgen (Hg.): Sächsisches Glas, Leipzig, 1988.
- Haase, Günther: Die Kunstsammlung des Reichsmarschalls Hermann Göring: Eine Dokumentation mit 40 Fotos und Faksimiles sowie einem Dokumentenanhang, Berlin, 2000.
- Hammerstein, Katrin; Scheunemann, Jan und Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hg.): Die Musealisierung der DDR: Wege, Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung von Zeitgeschichte in stadt- und regionalgeschichtlichen Museen, Berlin, 2012.
- Hartisch, Torsten: Die Enteignung von »Nazi- und Kriegsverbrechern« im Land Brandenburg: Eine verwaltungsgeschichtliche Studie zu den SMAD-Befehlen Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 bzw. Nr. 64

vom 17. April 1948, Frankfurt am Main, 1998 (Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 7).

- Hartisch, Torsten: Quellen zur Bodenreform 1945ff. im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, 2018. Online: <https://blha.brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/01/Hartisch_Bodenreform_2018_klein.pdf> (Stand: 06.11.2020).
- Heftrig, Ruth: Fanatiker der Sachlichkeit: Richard Hamann und die Rezeption der Moderne in der universitären deutschen Kunstgeschichte 1930-1960, Berlin, München, Boston, 2014. Online: <<https://doi.org/10.1515/9783050095035>>, Stand: 08.10.2020.
- Heegewaldt, Werner: Vom Volkseigentum zum Depositum. Zur Situation der Gutsarchive im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, in: Der Archivar. Mitteilungsblatt für deutsches Archivwesen, Jg. 57, Heft 2, 2004. S. 119-123. Online: <<https://docplayer.org/5684486-Inhalt-literaturbericht.html>>, Stand: 09.10.2020.
- Heinz, Helmut: Die Gründung des Museums für Deutsche Geschichte und die Konzeption der ersten Ausstellung 1952, in: Beiträge und Mitteilungen. Museum für Deutsche Geschichte Berlin (7), 1981, S. 7-24.
- Heitzer, Heinz; Noack, Karl-Heinz; Schmidt, Walter und Akademie der Wissenschaften der DDR (Hg.): Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft: Biographien, Berlin, 1989.
- Herbst, Wolfgang; Materna, Ingo (Hg.): Museum für Deutsche Geschichte, Berlin 1978.
- Herr, Ulrich: Kirchenrat Franz Bonsack - Der Eidverweigerer, der keiner sein wollte, in: Herbergen der Christenheit 28/29 (Sonderdruck), 2005.2004, S. 189-204.
- Hoffmann, Dierk; Institut für Zeitgeschichte (Hg.): Vor dem Mauerbau: Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München, 2003 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer).
- Hoffmann, Dierk; Wentker, Hermann (Hg.): Das letzte Jahr der SBZ: Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München, 2000 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer).
- Horstmann, Thomas: Logik der Willkür: Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle in der SBZ/DDR von 1948 bis 1958, Köln, 2002 (Arbeiten zur Geschichte des Rechts in der DDR 3).
- Iselt, Kathrin: »Sonderbeauftragter des Führers«: Der Kunsthistoriker und Museumsmann Hermann Voss (1884-1969). Studien zur Kunst, Nr. 20, Köln, 2010.
- Isphording, Bernd: Archive und Provenienzforschung. Überlegungen zur archivischen Erschließung zum Zweck der Provenienzforschung am Beispiel des Teilbestandes „Kunst und Antiquitäten GmbH“ im Bestand DL 210 (Betriebe des Bereichs Kommerzielle Koordinierung) des Bundesarchivs, Potsdam, 2018. Online: <<https://d-nb.info/1156900964/34>>, Stand: 29.11.2018.
- Judt, Matthias: KoKo - Mythos und Realität: Das Imperium des Alexander Schalck-Golodkowski, Berlin 2015.
- Kaiser, Olivia; Köstner-Pemsel, Christina und Stumpf, Markus: Treuhänderische Übernahme und Verwahrung: International und interdisziplinär betrachtet. Wien, 2018. Online: <<http://www.oapen.org/search?identifizier=1000363>>, Stand: 15.07.2020.

- Kaiser, Paul; Rehberg, Karl-Siegbert und Kunstfonds des Freistaates Sachsen (Hg.): Enge und Vielfalt: Auftragskunst und Kunstförderung in der DDR: Analysen und Meinungen, Hamburg, 1999.
- Karge, Wolf: Was bleibt von den DDR-Museen? Eine Bilanz aus der Sicht der neuen Bundesländer, in: Vom Elfenbeinturm zur Fußgängerzone: drei Jahrzehnte deutsche Museumsentwicklung; Versuch einer Bilanz und Standortbestimmung, [Tagungsband zum gleichnamigen Kolloquium der Bildungsstätte für Museumspersonal, Abtei Brauweiler, vom 20.-23. November 1994 in Essen-Heisingen], Opladen, 1996. S. 177–194. Online: <<https://katalog.ub.uni-heidelberg.de/cgi-bin/titel.cgi?katkey=9620643>>, Stand: 13.05.2020.
- Kaufmann, Dieter: Das Landesmuseum für Vorgeschichte Haale (Saale) nach 1945, in: Jahresschrift für Mitteldeutsche Vorgeschichte, Band 67, 1984, S. 116-168. Online: <https://journals.ub.uni-heidelberg.de/index.php/jsmv/article/view/52707/46313>, Stand: 05.11.2020.
- Klein, Fritz: Drinnen und draußen: Ein Historiker in der DDR; Erinnerungen, Frankfurt am Main, 2000.
- Knorr, Heinz Arno: Handbuch der Museen und Wissenschaftlichen Sammlungen. Fachstelle für Heimatmuseen beim Ministerium für Kultur, Halle an der Saale, 1963.
- Köhler, Jan Thomas: Zwischen 1945 und 1989. Ein Forschungsbericht an der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, in: Museumsblätter. Mitteilungen des Museumsverbandes Brandenburg, Nr. 23, Dezember 2013, S. 34–39.
- Köstering, Susanne: Linientreue oder Eigensinn? Die brandenburgische Museumslandschaft in der DDR, in: Museumsblätter. Mitteilungen des Museumsverbandes Brandenburg, Nr. 20, September 2012, S. 18-25.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht: Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin, 2003 (Forschungen zur DDR-Gesellschaft).
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Legimitation eines neuen Staates: Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997 (Forschungen zur DDR-Gesellschaften).
- Krempel, Ulrich; Sprengel Museum Hannover (Hg.): Erblickt, verpackt und mitgenommen - Herkunft der Dinge im Museum: Provenienzforschung im Spiegel der Zeit; [Beiträge des Symposiums »Erblickt, verpackt und mitgenommen - Herkunft der Dinge im Museum. Provenienzforschung im Spiegel der Zeit« am 9. und 10. November 2010], Hannover, 2012.
- Kretschmann, Georg: Das Silber der Wettiner: Eine Schatzsuche zwischen Moskau und New York, Berlin, 1995.
- Kück, Jennifer: Provenienzforschung in der Bibliothek des Deutschen Historischen Museums Berlin anhand des Katalogs der Zentralstelle für wissenschaftliche Altbestände in der Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz, Potsdam, 2013 (Unveröffentlichte Bachelorarbeit).
- Kuhrt, Eberhard (Hg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft - Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen, 1999 (Am Ende des realen Sozialismus).
- Lehfeldt, Paul; Voss, Georg: Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach: Verwaltungsbezirk Dermbach: Amtsgerichtsbezirke Vacha, Geisa, Stadtlengsfeld, Kaltennordheim und -ostheim v. d. Rhön. Bd. 4. (Bau- und Kunst-Denkmäler Thüringens 37), Jena, 1888. Online:

<<https://digitalesammlungen.uni-weimar.de/viewer/!metadata/PPN63256699X/3/-/>>, Stand: 17.06.2020.

- Licht, Ronny: Wettiner Provenienzen in Berliner Museen. Untersuchung zu Erwerbs- und Verwertungsstrategien von Kunst- und Kulturgut durch das Ministerium der Finanzen der DDR, Halle an der Saale, 2018 (unveröffentlichte Masterarbeit).
- Lindenberger, Thomas: Volkspolizei: Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952 - 1968, Köln, 2003 (Zeithistorische Studien 23).
- Lüdicke, Reinhard: Geschichte der Berliner Stadtgrundstücke seit der Einführung der Grundbücher Ende des 17. Jahrhunderts. Nach den Hypotheken- und Grundbüchern bearbeitet. Bd. 1. Berliner Häuserbuch. Zweiter Teil (Veröffentlichungen der historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin. Band VII.), Berlin, 1933.
- Ludwig, Andreas: Sammelte sich die DDR selbst? Geschichtsverständnis und Sammlungspraxis in ostdeutschen Museen, 2014. Online: <http://www.kulturation.de/ki_1_thema.php?id=138>, Stand: 08.10.2020.
- Maether, Bernd: Brandenburgs Schlösser und Herrenhäuser 1945-1952. Brandenburgische historische Hefte (Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung), Nr. 12, Potsdam, 1999.
- Maether, Bernd: Schlösser, Herrenhäuser und Bodenreform, in: Fikentscher, Rüdiger, Schmuhl, Boje und Breitenborn, Konrad: Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt: Durchführung - Zeitzeugen – Folgen, Halle, 1999. S. 101-116.
- Maresch, Hans; Maresch, Doris: Berlins und Brandenburgs Schlösser, Burgen & Herrenhäuser, Husum, 2013.
- Marshall, David Edward: Das Museum für Deutsche Geschichte: A Study of the Presentation of History in the Former German Democratic Republic, University of California, Riverside, 2002.
- Melis, Damian van; Bispinck, Henrik; Institut für Zeitgeschichte (Hg.): «Republikflucht»: Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961; Veröffentlichungen zur SBZ-/DDR-Forschung im Institut für Zeitgeschichte, München, 2006 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer).
- Mrusek, Hans-Joachim: Hermann Wäscher und die Burgenforschung, in: Burgen und Schlösser. Zeitschrift für Burgenforschung und Denkmalpflege 11, Nr. 2, 1988. S. 67–73.
- Müller, Heinrich: Das Berliner Zeughaus: Vom Arsenal zum Museum, Berlin, 1994.
- Müller-Enbergs, Helmut; Wielgohs, Jan; Hoffmann, Dieter u. a. (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn, 2001.
- Mundt, Barbara: „Die deutschen Kunstgewerbemuseen im 19. Jahrhundert. Studien zur Kunst des neunzehnten Jahrhunderts“, Bd. 22. München, 1974.
- Museumsverband des Landes Brandenburg e.V. (Hg.): Museumsblätter. Mitteilungen des Museumsverbandes Brandenburg: Provenienzforschung: Bilanz und neue Wege, Nr. 35, Dezember 2019.

- Nehring, Christopher; Whitney, Craig R.: Millionär in der DDR: Die deutsch-deutsche Geschichte des Kunstmillionärs Siegfried Kath, Marburg, 2018.
- Olsen, Jon Berndt: Tailoring truth: politicizing the past and negotiating memory in East Germany, 1945-1990. Studies in contemporary European history, Bd. 15, New York, 2015.
- Paffrath, Constanze: Macht und Eigentum: Die Enteignungen 1945 - 1949 im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung, Köln, 2004.
- Raabe, Paul: Blaubuch 2006: Kulturelle Leuchttürme in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Berlin 2006. Online: <http://www.konferenz-kultur.de/Downloads/Blaubuch_2006.pdf>, Stand: 06.11.2018.
- Reineke, Brigitte: Zeitschichten und Objektgeschichten, in: Museumsjournal (1), 2019, S. 30–32.
- Richter, Birgit: Adelsarchive in Sachsen zwischen staatlichem Anspruch und Familientradition vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, in: Der Archivar. Mitteilungsblatt für deutsches Archivwesen 56, Nr. 4, 2003. S. 313–317.
- Rollka, Bodo; Spiess, Volker und Thieme, Bernhard (Hg.): Berliner biographisches Lexikon, Berlin, 1993.
- Rudloff-Hille, Gertrud: Hilfsbuch der Museumsarbeit, Dresden 1953.
- Sabrow, Martin (Hg.): Historische Forschung und sozialistische Diktatur: Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig, 1995 (Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 13).
- Scheunemann, Jan: »Gegenwartsbezogenheit und Parteinahme für den Sozialismus«: Geschichtspolitik und regionale Museumsarbeit in der SBZ/DDR 1945-1971, Berlin, 2009.
- Scheunemann, Jan: Museen in der DDR, in: Handbuch Museum: Geschichte, Aufgaben, Perspektiven, Stuttgart, o. J., S. 61-64 (65).
- Schroeder, Klaus; Alisch, Steffen: Der SED-Staat: Partei, Staat und Gesellschaft 1949 - 1990, München, 1998.
- Schroll, Heike: Ost-West-Aktionen im Berlin der 1950er Jahre: Potentiale und Grenzen behördlicher Überlieferungen zum Kunsthandel in der Viersektorenstadt und in der jungen Hauptstadt der DDR, Berlin, 2018 (Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin).
- Stadt, Jochen (Hg.): »Die Eroberung der Kultur beginnt!«: Die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten der DDR (1951-1953) und die Kulturpolitik der SED. Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Bd. 15, Frankfurt am Main, New York, 2011.
- Staatliche Kunstsammlungen Dresden (Hg.): Für Sachsen erworben-Schätze des Kunstauses Wettin, in: Patrimonia (Kulturstiftung der Länder), Bd. 1., Dresden, 2000.
- Staatliche Kunstsammlungen Dresden (Hg.): Kunstbesitz. Kunstverlust. Objekte und ihre Herkunft, Dresden, 2018.

- Steinkamp, Maïke: Das unerwünschte Erbe: Die Rezeption »entarteter« Kunst in Kunstkritik, Ausstellungen und Museen der SBZ und frühen DDR. Schriften der Forschungsstelle »Entartete Kunst«, Bd. 2, Berlin, 2008.
- Thielen, Peter Gerrit: Karl August von Hardenberg 1750-1822: Eine Biographie, Köln, 1967.
- Timm, Albrecht; Schmidtchen, Volker und Jäger, Eckhard (Hg.): Wirtschaft, Technik und Geschichte: Beiträge zur Erforschung der Kulturbeziehungen in Deutschland und Osteuropa: Festschrift für Albrecht Timm zum 65. Geburtstag. Schriften des Nordostdeutschen Kulturwerks Lüneburg, Berlin, 1980.
- Verkehrsmuseum Dresden; Breuninger, Joachim; Runge, Dana u. a. (Hg.): Verkehrsmuseum Dresden: Dresden. Mobile Welt erleben, Wettin-Löbejün, 2012 (Sächsische Museen 22).
- Voßke, Heinz: Zentrales Parteiarchiv 1963-1973, Berlin, 1973.
- Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur: Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, 1996 (Analysen und Dokumente 6).
- Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht: Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression. Forschungen zur DDR-Gesellschaft, Berlin, 1997.
- Wettstein, Manfred: Die Enteignung von »Republikflüchtigen«: am Beispiel der Familie Eißer in Wechmar (bei Gotha) 1958, Erfurt, 2001 (Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR informiert).
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags: Restitution von Kunst- und Kulturgut, das von Behörden der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone/DDR entzogen wurde. Historischer Hintergrund und Überblick der gegenwärtigen Problemlagen, Ausarbeitung WD 10-3000-010/15, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags, 12.02.2015, S. 33. Online: <<https://www.bundestag.de/blob/410162/f8e20bf7b43f6d2c82c89d3a7efd1723/wd-10-010-15-pdf-data.pdf>>, Stand: 07.09.2020.
- Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hg.): Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros u. seines Sekretariats, Bd. 3, Berlin, 1952.
- Zimmer, Andreas: Der Kulturbund in der SBZ und in der DDR: Eine ostdeutsche Kulturvereinigung im Wandel der Zeit zwischen 1945 und 1990, Wiesbaden, 2019.

Weitere Internetquellen:

- <http://www.verfassungen.de/ddr/>, unter anderem:
- Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17. Juli 1952, Stand: 20.01.2020. <http://www.verfassungen.de/ddr/vermoegenssicherung52.htm>.
- Anordnung über die Behandlung des Vermögens der Personen, die die Deutsche Demokratische Republik nach dem 10. Juni 1953 verlassen, Stand: 20.01.2020. <http://www.verfassungen.de/ddr/vermoegensverordnung53.htm>.

- Verordnung über die in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und den demokratischen Sektor von Groß-Berlin zurückkehrenden Personen vom 11. Juni 1953, Stand: 20.01.2020.
<http://www.verfassungen.de/ddr/rueckkehrverordnung53.htm>.
- Bundesstiftung Aufarbeitung: Biographische Datenbanken (auf Basis der Publikationen: Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien und Deutsche Kommunisten: Biographisches Handbuch 1918 bis 1945)
- Bundesstiftung Aufarbeitung: Abkürzungsverzeichnis
<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/abkuerzungsverzeichnis>
- Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR- Das MfS-Lexikon
<https://www.bstu.de/mfs-lexikon/>
- BStU; Deutsches Zentrum Kulturgutverluste (Hg.) und Blum, Ralf; Heidemeyer, Helge; Polzin, Arno: Auf der Suche nach Kulturgutverlusten. Ein Spezialinventar zu den Stasi-Unterlagen. Berlin, 2020
<https://www.bstu.de/informationen-zur-stasi/publikationen/publikation/auf-der-suche-nach-kulturgutverlusten/>
- Abkürzungen aus Beständen der Parteien und Massenorganisationen der DDR
<https://www.bundesarchiv.de/sed-fdgb-netzwerk/abkuerzungen.html?q=B>
- Kunst in der DDR – Glossar
(Begriffserklärungen und Definitionen zur Kunst- und Kulturpolitik der DDR)
<https://www.bildatlas-ddr-kunst.de/glossary>
- Staatliche Kunstsammlungen Dresden (Provenienzforschung – Provenienzmerkmale und Archivmaterial):
https://skd-online-collection.skd.museum/Home/Index?page=1&k=WEB_PROV03
<https://www.skd.museum/forschung/skd-archiv-und-dokumente/>
- Datenbank »German Sales«
<https://www.arthistoricum.net/themen/portale/german-sales/>
- Lost Art-Datenbank
<http://www.lostart.de/Webs/DE/LostArt/Index.html>

3.3 Abbildungsnachweis

Tabelle 1 erstellt von Christopher Jütte
Abbildung 1 erstellt von Doris Kachel
Abbildung 2 Bestand ©DHM
Abbildung 3 erstellt von Doris Kachel
Abbildung 4 erstellt von Doris Kachel
Abbildung 5 Bestand ©DHM
Abbildung 6 erstellt von Christopher Jütte
Abbildung 7 erstellt von Doris Kachel
Abbildung 8 erstellt von Christopher Jütte
Abbildung 9 DHM-HArch, MfDG/Rot/vorl. 001
Abbildung 10 Inv.-Nr. Kg 58/7, Bestand ©DHM
Abbildung 11 Inv.-Nr. Kg 58/8, Bestand ©DHM
Abbildung 12 Bestand ©DHM
Abbildung 13 Bestand ©DHM
Abbildung 14 Inv.-Nr. Kg 61/1, Bestand ©DHM
Abbildung 15 Inv.-Nr. Kg 55/192, Bestand ©DHM
Abbildung 16 Inv.-Nr. Kg 55/192, Bestand ©DHM
Abbildung 17 erstellt von Marius Schmidinger und Doris Kachel